

2

Bonn, 17. Januar 1958

Sprecher: Adenauer, Arnold, von Brentano, Cillien, Dichtel, Etzel, Fay, Fricke, Gerstenmaier, von Hassel, Hellwig, Frau Jochmus, Johnen, Lensing, Meyers, [Müllenbach], Oberländer, Osterloh, Pettenberg, Reinert, Schmücker, Seffrin, Stoltenberg, Zimmermann.

Organisationsfragen. Bericht zur innenpolitischen Lage. Bericht zur außenpolitischen Lage. Bundesparteitag 1958.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 15.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! (Der Bundeskanzler zeigt eine neue Glocke.) Diese Glocke ist mir vom Kölner Handwerk zu meinem Geburtstag geschenkt worden, um sie hier im Kabinett zu benutzen. Sie hat einen guten Klang. Es ist gut, wenn wir sie auch in diesem größeren Kreis benutzen. Das Kabinett ist im allgemeinen nicht so unruhig wie diese Versammlung. (*Widerspruch.*) Ich habe gesagt, nicht so unruhig; denn es wird dort geregelter gesprochen, und es werden auch nicht so viele Privatunterhaltungen geführt.

Nun möchte ich Ihnen folgendes vorschlagen. Wir haben im engeren Kreise unser Gewissen erforscht über das, was auf organisatorischem Gebiet erfolgen muß. Auch ich schlage an meine Brust. Bitte tun Sie das gleiche. Wir müssen feststellen, daß wir die Aufträge, die uns das neue Parteistatut¹ gegeben hat, zum großen Teil bisher nicht erfüllt haben. Daher erscheint es notwendig, die organisatorischen Fragen – nicht so, wie wir es bisher getan haben, nämlich an das Ende unserer Tagesordnung zu setzen – an die Spitze unserer Tagesordnung zu setzen, damit wir hier ernsthaft darüber sprechen und wir endlich einmal in der Hinsicht weiterkommen. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, die Organisationsfragen, die auf der Tagesordnung an zweiter Stelle stehen, noch vor meinem Bericht zu behandeln. Weiter möchte ich Ihnen vorschlagen, mir zu erlauben, bei meinem Bericht eine Zweiteilung vorzunehmen, und zwar Ihnen zunächst zu berichten über die innenpolitische Lage und das Verhältnis zu den anderen Parteien, daß wir daran eine Diskussion anschließen. Dann würde ich über die außenpolitische Lage berichten. Wir könnten im Anschluß daran

¹ Vom 28. April 1956. – Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 208–212.

darüber diskutieren. Das hat auch den Vorteil, daß Sie – weil Sie sich ja für die außenpolitischen Fragen sicher sehr interessieren – bis zum Schluß hier bleiben. Darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind?

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Wir sind damit einverstanden, auch aus der Distanz. *(Adenauer hat, anders als bei früheren Versammlungen, nicht an der Spitze, sondern in der Mitte des Tisches Platz genommen.)* Wir konnten nicht wissen, daß der erste Vorsitzende der Partei seinen Standort verändert hat. Aber auch aus dieser „Distanz“ möchte ich Ihnen im Namen des Bundesvorstandes der CDU die herzlichsten Glückwünsche erstens zum neuen Jahr und zweitens zu Ihrem 82. Geburtstag aussprechen. *(Lebhafter Beifall.)* Wir sind immer in der mißlichen Lage, daß wir sozusagen hintendrein das sagen müssen; am 5. Januar waren wir zwar rechtzeitig zur Stelle, aber die Glückwünsche zum neuen Jahr kommen etwas verspätet. Nichtsdestoweniger sind sie recht herzlich. Wir haben nur den einen Wunsch, daß Sie auch in diesem Jahr in alter, ungebrochener Kraft und Frische uns vorangehen. Wir werden versuchen, Ihnen dabei getreulich zu folgen. *(Beifall.)*

Adenauer: Ich danke Ihnen sehr, lieber Herr Gerstenmaier, für die Worte, die Sie namens der Anwesenden an mich gerichtet haben. Ich danke Ihnen, meine Freunde, für den Beifall, den Sie den Worten des Herrn Kollegen Gerstenmaier gespendet haben. Was soll ich viel darauf sagen und große Versprechungen abgeben? Sie kennen mich und wissen, daß ich diese sehr schwere Aufgabe, die von Jahr zu Jahr schwerer wird, als eine Last ertrage, die mir auferlegt ist von einem Höheren. Jeder von uns ist verpflichtet, die Aufgabe, die ihm nun einmal gestellt ist, bis zum letzten Rest seiner Kraft zu erfüllen. Und das, meine Freunde, verspreche ich Ihnen zu tun.

Lassen Sie mich eines hinzufügen! Wir haben jetzt zum dritten Mal die Bundestagswahlen gewonnen und haben eine Mehrheit im Bundestag. Glauben wir aber nicht, daß damit nun die Erfüllung unserer Aufgabe, die wir uns gesetzt haben, gesichert sei. Ich kann von mir sagen, daß ich am 16. September, am Tage nach der Wahl, als ich hier in diesen Räumen war, mit großer Sorge an die Landtagswahlen in diesem Jahr und auch an die kommenden Bundestagswahlen gedacht habe. Die Bundestagswahlen waren am 15. September. Danach war etwa einen Monat lang eigentlich niemand zu erreichen, weil jeder, soweit er konnte, sich seine wohlverdienten Ferien nahm. Dann trat der Bundestag zusammen. In der neuen Bundestagsfraktion sind, soviel ich weiß, ein Drittel neue Mitglieder. Dann konstituierte sich das Präsidium; es mußten Ausschüsse usw. gebildet werden. Alle diese internen Fragen, die draußen wenig beachtet werden, mußten erledigt werden. Dann erfolgte die Kabinettsbildung, von der man hätte annehmen sollen, sie würde sehr leicht und sehr schnell vor sich gehen. Aber Kabinettsbildungen haben es in sich und an sich. Es spielen dabei viele Erwägungen, teils berechtigter, teils weniger berechtigter Art, eine Rolle, so daß dadurch immerhin viel Zeit in Anspruch genommen wird. Dann rückte allmählich Weihnachten in Sicht. Nun ist es eine Erfahrung, die wir in den vergangenen Jahren immer wieder gemacht haben, daß eine Zusammenkunft des Parteivorstandes und des Parteiausschusses im Dezember von

den Mitgliedern höchst ungern gesehen wird. Und so rutschten wir fast ganz von selbst in den Monat Januar hinein.

Nun werden Sie aber aus den Organisationsvorschlägen, die Ihnen gleich Herr Meyers vortragen wird, entnehmen, daß wir beabsichtigen, zwischen dem Parteivorstand und der Fraktion eine engere Zusammenarbeit als bisher herbeizuführen, und daß wir mit dem Vorstand der Fraktion häufiger als bisher zusammenkommen wollen. Ich wünsche auch, daß wir uns vor allem im Kreise des Bundesvorstandes in den nächsten Jahren häufiger als bisher sehen. Ich denke natürlich nicht daran, Ihnen vorzuschlagen, nun etwa – wie die Sozialdemokraten – jeden Samstag und Sonntag hier in Bonn zusammenzukommen. Das hat keinen Sinn. Das können Sie auch nicht übernehmen. Aber eine engere Fühlungnahme hier im Bundesvorstand als bisher muß kommen!

Ehe ich nun das Wort weitergebe, lassen Sie mich Ihnen die Mitglieder nennen, die sich für heute entschuldigt haben: Frau Dr. Helene Weber, dienstliche Gründe; Bundesminister Ernst Lemmer, dienstliche Gründe; Hugo Scharnberg, Auslandsreise. Ich hätte gern Herrn Scharnberg hier gesehen. (*Zuruf*: Sein Vertreter ist da.²) Ich hätte ihn aber persönlich gern gesehen. – Dr. Gebhard Müller, dienstliche Gründe; Dr. Hanns Seidel, dienstliche Gründe; Kurt Georg Kiesinger, dienstliche Gründe; Dr. Zimmer, dienstliche Gründe; Frau Dr. Rehling³, dienstliche Gründe; Jakob Kaiser, krank.

Sie wissen, daß Herr Kaiser sehr schwer erkrankt war und er noch nicht wieder hergestellt ist. Ich darf wohl um die Ermächtigung bitten, ihm ein Telegramm oder einen Brief zu schicken, worin wir ihm recht baldige Genesung wünschen. (*Beifall*.) Dann hat Herr Dr. Heck sein Amt als Bundesgeschäftsführer niedergelegt. Herr Heck ist in den Bundestag eingetreten. Er hat dort den Vorsitz eines ungewöhnlich wichtigen Ausschusses übernommen.⁴ Nun kann der Mensch nicht zwei Herren dienen. Herr Heck muß sich also dieser Aufgabe in der großen Bundestagsfraktion im allgemeinen und den besonderen Aufgaben, die ihm übertragen worden sind, widmen. Er hat wirklich keine Zeit mehr für die Bundesgeschäftsführung. Sie werden mir wohl alle darin zustimmen, daß wir ihm für die Treue und gewissenhafte Arbeit, die er in den vergangenen Jahren als Bundesgeschäftsführer immer geleistet hat, unseren herzlichsten Dank aussprechen. (*Starker Beifall*.) Seiner ganzen Art entsprechend ist diese Arbeit nicht immer nach außen in Erscheinung getreten; noch weniger hat sie sich vollzogen unter großem Geräusch, aber sie war um so nachhaltiger und nachdrücklicher und von Erfolg begleitet. Wenn wir mit einer solch großen Befriedigung auf das Ergebnis der letzten Wahlen zurückblicken können, dann ist

2 Dr. Robert Seffrin (1905–1985), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU Altona, 1953–1965 MdB, 1959–1965 Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Hamburg.

3 Dr. Luise Rehling (1896–1964), 1949–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 76 Anm. 11.

4 Ausschuß für Kulturpolitik und Publizistik.

das nicht zuletzt auch seiner Arbeit zuzuschreiben. Ich möchte ihm deshalb nochmals recht herzlich für seine Arbeit danken. (*Beifall.*)

Und nun darf ich auf die Ausführungen von Herrn Gerstenmaier zurückkommen. Ich darf Sie bitten, meine Freunde, noch etwas näher zu rücken. Es sieht so aus, als ob wir hier zwei Häupter hätten. Da sitzt das große Haupt, und hier sitzt das kleine Haupt. Ich habe mich nur deshalb hierhin gesetzt, weil mir aus dem Schoße der Versammlung gesagt worden ist, daß ich hier von der Mitte des Tisches aus viel besser zu verstehen sei als von der Spitze da unten.

Dann darf ich wohl Herrn Meyers bitten, das Wort zu ergreifen. Auch ihm danke ich gleichzeitig für seine nunmehr in eineinhalb Jahren geleistete Arbeit. Ich bitte ihn, uns über die Erfahrungen, die er bei seinen zahlreichen Besuchen an vielen Orten gemacht hat, zu berichten. Er wird uns auch die Vorschläge vortragen, die er hat, um die Organisation der Partei in Ordnung zu bringen.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde!

Adenauer: Darf ich Sie unterbrechen, Herr Meyers! Meine Damen und Herren! Lassen Sie bitte in diesem Kreis das Wort „Bundeskanzler“ weg. Ich bin nicht als Bundeskanzler, sondern als Vorsitzender der Partei hier.

ORGANISATIONSFRAGEN

Meyers: Herr Parteivorsitzender! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Meine lieben Freunde! Als wir uns einige Tage nach der Wahl hier versammelten und stolz darauf waren, daß wir es wieder geschafft hatten, hat uns der Herr Bundeskanzler seine Sorgen vorgetragen, die er hatte, trotz oder gerade wegen unseres Wahlsieges. Zu diesen Sorgen gehört auch die Frage: Ist denn nun die Christlich-Demokratische Union in ihrer Organisation und ihrem Mitgliederstand so gefestigt, daß sie Bestand haben wird, wenn einmal Stürme über sie hinweggehen? Ist es nicht unsere Verpflichtung, in der Zeit, wo es uns gut geht, das Haus so zu bauen, daß es auch Stürmen widerstehen kann?

Sie wissen, daß einige Zeitungen, die uns wohlwollend gegenüberstehen – auch solche gibt es noch in der Bundesrepublik – in sehr ernstgemeinten Artikeln geschrieben haben: Was tut Ihr nun dafür, daß die CDU wirklich den Zusammenhalt bekommt, den sie haben muß. Gerade nach der Hamburger Wahl haben sich diese Stimmen wieder gemehrt und verstärkt. Zeitungen, die sehr positiv zu uns stehen, haben ihre ernststen Sorgen über die Entwicklung zum Ausdruck gebracht, die nach ihrer Ansicht in der Hamburger Bürgerschaftswahl⁵ zum Ausdruck gekommen sind.

Nun ist die Frage, was haben wir selbst dazu getan. Wir haben zunächst einmal auf dem Parteitag in Stuttgart ein neues Statut der Partei verabschiedet. Sie werden sich entsinnen, daß die Verhandlungen damals bis in die Abendstunden

⁵ Bürgerschaftswahl am 10. November 1957: SPD 53,9 %, CDU 32,2 %, FDP 8,6 %, DP 4,1 %.

dauerten und daß eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt wurde, die mehr oder weniger in dem allgemeinen Unwillen, sich nicht länger mit Geschäftsordnungsfragen zu beschäftigen, unterging. Sie wurden also nicht sehr wohlwollend von der Versammlung behandelt, obwohl diese Anträge, die Herr Wackerzapp⁶ damals vorzutragen sich bemühte, gar nicht so dumm waren, zumindest nicht in einzelnen Punkten. Das stellt man fest, wenn man einmal die stenografische Niederschrift durchliest.

Aufgrund des Statuts sind dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuß eine Reihe von Aufgaben übertragen worden, die unbedingt zu einer geschäftsmäßigen Verankerung einer Organisation wie die Christlich-Demokratische Union gehören, z.B. eine Geschäftsordnung, eine Finanzierungsordnung und eine Ehrengerichtsordnung.

So kann beispielsweise in irgendeinem Landesverband ein Ehrengerichtsfall nicht erledigt werden, wenn nicht eine Ehrengerichtsordnung erlassen ist. Wir haben darüber hinaus in diesem Statut wichtige Dinge beschlossen, die vielleicht in unserer Erinnerung schon untergegangen sind. So steht z.B. darin, daß der Bundesvorstand eine Wahlkommission für die Aufstellung der Bundestagsabgeordneten einsetzen und daß er Richtlinien für diese Kommission erlassen soll. Das ist eine Aufgabe, die im Hinblick auf die Wahlen von 1961 in Angriff genommen werden sollte. Es muß überlegt werden, wie weit geht es überhaupt im Hinblick auf die gesetzliche Regelung, was wollen wir tun, damit nicht später jemand sagen kann: Wenn wir gewußt hätten, daß so viele Leute in den Bundestag kämen, hätten wir noch schärfer gesiebt. Diese Dinge müssen also in die Richtlinien hineinkommen. Es bestehen auch juristische Bedenken darüber, wie weit die Richtlinien gehen können im Hinblick auf das noch bestehende Wahlgesetz. Die Frage ist, müssen wir nicht notfalls die entsprechenden Konsequenzen ziehen und hinsichtlich des Einflusses, den der Parteivorstand auf die Kommission ausübt, irgendeine gesetzliche Regelung finden.

Wir haben für den heute nachmittag tagenden Parteiausschuß eine Reihe von Dingen vorliegen, die verabschiedet werden müssen. Herr Müllenbach⁷ hat mir eben eine Aktennotiz gegeben „Genehmigung der Ersatzwahl für die Frauenvereinigung“. Die Frauenvereinigung hat darum schon seit längerem gebeten. Das gleiche gilt für die Mittelstandsausschüsse. Wir müssen einen neuen Mann für den verstorbenen Dr. Lenz⁸ wählen. Die Frage ist, soll das jetzt gemacht werden, oder soll es der Parteitag tun, auf den ich noch zu sprechen komme. Schließlich liegt noch eine Bitte des Vorsitzenden des Kriegsopferausschusses vor, wobei wiederum die Frage ist, wie können wir insbesondere das, was Herr Heck im Jahre 1956 anläßlich einer Sitzung

6 Oskar Wackerzapp (1883–1965), 1949–1953 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 7a.

7 Peter Müllenbach (geb. 1919), 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 378 Anm. 121.

8 Dr. Otto Lenz (1903–1957), 1951–1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1953–1957 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 50f. Anm. 26; LENZ.

des geschäftsführenden Vorstandes angesprochen hat, nämlich die Ausschüsse unserer Partei in ihrer Arbeit zu fördern, verwirklichen. Wir haben eine große Anzahl von Bundesausschüssen der Partei mit einer manchmal erschreckend großen Zahl von Mitgliedern. Diese Organisation steht aber, das müssen wir zugeben, wenn wir ehrlich sind, größtenteils nur auf dem Papier. Der eine oder andere Ausschuß, der arbeitet, ist damit nicht angesprochen. Aber der größte Teil der Ausschüsse steht nur auf dem Papier und arbeitet nicht. Wenn sie arbeiteten, dann entstünde für uns die weitere Frage: Wie können wir diese Arbeit effektuieren, und zwar so, daß das, was dort erarbeitet wird, auch ihren Niederschlag in der Fraktion findet.

Damit komme ich auf das Problem: Wie können wir die Beziehungen zwischen der Partei und der Fraktion intensivieren? Es geht also um die Frage der Zusammenarbeit. In den Versammlungen draußen im Land wird von unseren Mitgliedern immer wieder über folgendes geschimpft: Wenn der Herr Bundeskanzler etwas zur Außenpolitik sagt, dann äußern sich dazu unmittelbar danach der Herr Heine⁹ von der SPD und der Herr Mende von der FDP, aber von der CDU als Partei hört man nichts. Davon werde überhaupt nichts erwähnt. Das hängt damit zusammen, daß wir in unserer Organisation anders aufgebaut sind als die SPD. Das hängt auch damit zusammen, daß wir noch nicht den richtigen Kontakt in der Arbeit zwischen der Fraktion und der Partei gefunden haben. Das ist auch insofern schwieriger, als die Herren, die von der SPD und FDP angegriffen werden, unsere Mitglieder in der Regierung sind, die ihrerseits eine Meinung zu vertreten haben, die selbstverständlich die Meinung der CDU schon ist. Aber das geht dem einfachen und naiven Rundfunkhörer nicht ein. Man hört überall diese Vorwürfe, daß die CDU in dieser Hinsicht anscheinend nicht existiere. Das wäre zur vertikalen Lage zu sagen.

Die Arbeit in den Ausschüssen ist aber auch umsonst getan, wenn wir nicht einen Weg finden, diese Arbeit nach unten zu intensivieren. Das hat – lassen Sie mich es offen sagen – nichts mit einem Eingriff in den Föderalismus der Landesverbände zu tun. Das Ergebnis dieser Arbeiten muß übergreifen und sich auswirken auf die Landesverbände und dann weiter nach unten hin. Eine Reihe von Ausschüssen hat zwar noch entsprechende Auswirkungen auf der Landesebene, aber weiter nach unten hin ist die Verbindung völlig abgeschlossen. Es ist selbstverständlich und liegt in der Natur der Sache, daß Vereinigungen innerhalb der CDU, wie sie im § 12 des Statuts aufgezählt sind¹⁰, in sich geschlossener sind; so arbeitet z.B. die Kommunalpolitische Vereinigung von ihrer Zentrale aus bis in die untersten Gremien hinein. Das hängt einmal mit dieser Vereinigung zusammen, weil sie in sich einen Kegel darstellt, und Kommunalpolitik zum anderen unten von der Gemeinde her betrieben wird. Diese ganze Vereinigung wäre also fehl am Platz, wenn sie nicht bis nach unten

9 Fritz (Friedrich) Heine (geb. 1904), 1946–1957 Mitglied des geschäftsführenden PV und Pressechef der SPD. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 9 Anm. 35.

10 Frauenausschüsse, Junge Union, Sozialausschüsse, Kommunalpolitische Vereinigung, Mittelstandsausschüsse.

hin arbeiten würde. Auch die Sozialausschüsse sind von ihrer Spitze aus bis nach unten hin durchgegliedert; sie haben in etwa das Ideal erreicht, das ich mir vorstelle, wenn wir überhaupt Bundesausschüsse vorsehen wollen. Dazu gehört, daß wir die Bundesausschüsse auf ein tragbares Maß verringern. Wir haben heute eine solche Fülle von Ausschüssen, daß wir dadurch zu keiner richtigen Arbeit mehr kommen, weil die einzelnen Gebiete nicht zu übersehen sind. Es hängt natürlich auch viel davon ab, was die Vorsitzenden aus einem solchen Ausschuß machen.

Nun müssen wir unter uns so offen sein, personell zu überprüfen, wer seit vielen Jahren in irgendeinem Ausschuß nicht zur Aktivität gekommen ist. Wenn das auch manchmal im Einzelfall nicht einfach ist, so müßten wir doch so offen untereinander sein. Dann müßte man den betreffenden Herren sagen: So geht es nicht weiter. Wir wollen einmal versuchen, ob es nicht besser wird. Das setzt natürlich eine sehr intensive Beschäftigung voraus.

Meine Freunde! Bei jedem Punkt gibt es eine Fülle von Problemen. Ich greife einmal die Finanzierungsordnung heraus. Herrn Bach wird das sicher interessieren. Bei der Frage der Parteifinanzierung durch den Staat entsteht wiederum die Frage: Ist es nicht so, daß wir auf die Dauer einer ganz erheblichen politischen Depression ausgesetzt werden, daß nämlich die Finanzierung nachher die Politik bestimmt? Sie werden mir zugeben, ein solches Problem kann man nicht in dem großen Gremium des Parteivorstandes behandeln; denn dann müßte Ihre Arbeitszeit über Gebühr in Anspruch genommen werden. Da wir also, wie der Herr Parteivorsitzende eben sagte, nicht jedes Wochenende zusammenkommen wollen, würde die Behandlung dieser Angelegenheit sich auf einen sehr langen Zeitraum erstrecken müssen. Man müßte also – und das wäre heute nachmittag dem Parteiausschuß vorzuschlagen – irgendeinen Modus finden, damit wir die Behandlung dieser Frage in Angriff nehmen und durchführen, ohne das große Gremium hier damit zu befassen. Selbstverständlich sind die Zuständigkeiten für den Erlass irgendeiner Ordnung sowieso gegeben, da sie im Statut niedergelegt sind. Zum Teil ist der Bundesvorstand und zum Teil ist der Bundesausschuß zuständig. Der Bundesausschuß hat die größeren Ordnungen zu erledigen, die kleineren, aber darum nicht minder wichtigen Regelungen sind ausschließlich dem Bundesvorstand vorbehalten worden.

Die Intensivierung der Arbeit innerhalb der Partei nach unten hin ist auch deshalb so wichtig, weil in diesem Jahre in fünf Ländern Landtagswahlen stattfinden. Es ist nicht einzusehen, daß unsere Erfahrungen, die wir bei den Bundestagswahlen gemacht haben, nun gewissermaßen ein sorgsam gehütetes Geheimnis innerhalb der Bundes-CDU bleiben sollen; denn die Landesverbände sind ihrerseits, mutatis mutandis, vor die gleichen Probleme gestellt. Warum sollen sie nicht von den Erfahrungen partizipieren? Täten sie es nicht, so wäre das ein fehlinvestiertes Kapital, weil jeder Landesverband von sich aus alles das noch einmal neu erarbeiten müßte, was schon vorhanden ist. Sie würden sicherlich ähnliche Fehler machen, wie wir sie auch gemacht haben. Wir werden also diese Erfahrungen an die Landesverbände weitergeben, und diese werden sie selbstverständlich transponieren und weiter vermitteln;

denn man kann nicht ohne weiteres die Slogans des Bundestagswahlkampfes für die Landtagswahlen übernehmen. So würde z.B. in Hessen sehr schlecht zu sagen sein: Keine Experimente.

Wir haben aber auch innerhalb der CDU eine zu geringe Fluktuation von unten nach oben. Es kommt zu wenig durch. Was beispielsweise in einzelnen Gemeinden eine Rolle spielt, kann durchaus anregend sein für die Gesamtpartei. Es könnte den anderen Landesverbänden zur Verfügung gestellt werden, die ihrerseits aus irgendwelchen Gründen nicht auf diese Dinge gestoßen sind. Das setzt eine entsprechende Zusammenarbeit der Gremien auf der Kreisebene und der Landesebene voraus. Von der Landesebene muß dann in die Bundesebene hineingewirkt werden.

Die Verbindung zur Presse liegt uns ganz besonders am Herzen. Trotz aller Wünsche und Mahnungen haben wir hier noch nicht den gebührenden Platz erreicht. Ich meine nicht die große Presse, Herr Lensing¹¹, Sie sehen mich so an! Sie sind nicht betroffen. Ich meine die Ortspresse. Wir hatten damals die von der Bundespartei aufgezogenen Pressetagungen. Man hat angeregt, wir sollten diese Pressetagungen in gewissen Zeiträumen wiederholen und dafür sorgen, daß die Kreisparteien mit ihrer örtlichen Presse, die die Meinung stark beeinflußt, in Kontakt bleiben. Es sollten sogenannte Kontaktleute aufgestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl. Innerhalb der CDU haben wir noch eine Zersplitterung – Herr Pettenberg, der die Bearbeitung des Pressewesens übernommen hat, ist anwesend –, die uns leider noch nebeneinander arbeiten läßt, wo wir eigentlich miteinander arbeiten müßten. Es ist weiter die Frage, wie ist das Verhältnis der Bundespartei zur Bonner Unionspresse. Wie können dieser Verein und die Bundespartei enger aneinandergeknüpft werden, damit das Verhältnis der Presse, insbesondere unserer Presse zur Bundespartei, besser wird. (*Zuruf*: Linksstehender Beruf!) Ich höre eben den Zuruf „die Presse ist ein linksstehender Beruf“. Es ist klar, daß wir gewisse Tendenzen der großen Presse überhaupt nicht überwinden können, weil dort Aversionen gegen unsere Politik sind oder weil sie sich berufsmäßig angeblich freiheitlicher geben. Merkwürdigerweise ist die Freiheitlichkeit in Deutschland sehr stark mit „links“ verbunden.

Das führt weiter dazu, daß wir unsere Arbeit den geistigen Berufen zuwenden müssen. Wir haben schon im geschäftsführenden Vorstand im Juli 1956 angeregt, unsere Professoren und Studenten unter unsere Fittiche zu nehmen, wobei ich die Studenten Herrn Stoltenberg¹² überlasse. Es darf nicht heißen: Die Studenten müssen links, also bei der SPD sein. Das muß gar nicht sein. Das französische Sprichwort

11 Lambert Lensing (1889–1965), Verleger; 1945–1946 und 1951–1959 Landesvorsitzender der CDU Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen.

12 Dr. Gerhard Stoltenberg (geb. 1928), 1954–1957 und 1971–1982 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1955–1961 Vorsitzender der JU, 1957–1971 MdB, 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1982–1989 für Finanzen, 1989–1992 für Verteidigung, seit 1983 MdB.

„Wer in der Jugend nicht radikal und im Alter nicht konservativ war, der hat nicht gelebt“ mag richtig sein, aber wir sehen an der „Civis“, der Zeitung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten – die die beste ist –, daß wir eine Reihe von hochqualifizierten Studenten haben, die gerne mitarbeiten, wenn wir uns von der Partei aus um sie bemühen. Es geht nicht, daß wir uns ab und zu mit diesem Problem befassen und sagen: So ist das nicht richtig, sondern es muß hier endlich einmal etwas geschehen. Das kann nur so sein, daß wir einzelne Mitglieder unserer Partei oder eine gewisse Zahl von Gremien, die nicht so groß sein dürfen, mit bestimmten Problemen beauftragen. Wir haben damals versucht, mit der Hochschule zu Rande zu kommen. Das ist uns nicht geglückt. Wir haben dann in Nordrhein-Westfalen wiederum den gleichen Versuch gemacht – ich weiß nicht, wie das ausgehen wird –, weil wir uns gesagt haben, auch für die Landtagswahlen ist es wichtig, daß wir uns dem Sektor der Hochschule annehmen.

Diese Landtagswahlen werden davon abhängen, ob es uns gelingt, möglichst viele Wähler an die Urnen zu bringen. Die meisten Landtagswahlen in der Vergangenheit sind deshalb schlechter als die Bundestagswahlen ausgefallen, weil es uns nicht gelungen ist, einen bestimmten Prozentsatz von Wählern, die bei der Bundestagswahl gewählt haben, an die Wahlurne für die Landtagswahlen zu bringen. Das waren die Leute, die uns gewählt hatten, die aber bei der Landtagswahl fehlten, so daß wir in Nordrhein-Westfalen und in Bayern eine Zeitlang die stärkste Partei waren, aber die anderen regierten. Das ist etwas, was wir auf die Dauer nicht ertragen können; denn es fügt der Partei den größten Schaden zu.

Wir alle, die wir in der Opposition waren, haben erfahren, daß in der Opposition in den Ländern nicht viel zu ernten ist. Ob im Bundestag etwas zu machen ist, das ist eine andere Frage; aber in den Ländern ist nicht viel zu machen, weil die Kompetenz des Bundes immer dominiert und die Länder weitgehend Verwaltungsgemeinschaften geworden sind, (*lebhafter Widerspruch. – Zuruf: Hört! Hört!*) wenn man einmal von der Kulturpolitik und der Finanzpolitik absieht. Die Leute interessieren sich für die Finanzpolitik im allgemeinen nicht, weil sie Steuern bezahlen müssen, (*Zuruf: Das ist aber komisch! – Weiterer Zuruf: Merkwürdig!*) aber die Kulturpolitik, wie wir sie vertreten, ist so, daß die Wähler zu uns gehalten haben bei der Bundestagswahl. Bei den Landtagswahlen sind sie jedoch wieder in das liberale oder sozialistische Lager zurückgetrieben worden. Es gibt aber durchaus Möglichkeiten – Herr Heck ist Vorsitzender im Kulturausschuß des Bundestages –, unsere Kulturpolitik so dem Volke vorzutragen, daß diejenigen, die uns aus anderen Gründen wählen, auch auf diesem Gebiete für uns eingenommen werden. Das erfordert natürlich Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit. Das erfordert weiter viel Zeit in einem Gremium, das nicht so groß ist wie der Bundesvorstand, geschweige denn der Parteiausschuß.

Mit diesem Überblick darf ich zunächst einmal schließen, weil ich den Anregungen aus dem Vorstand, auch aus der Sicht der einzelnen Länder, in denen die Probleme verschiedenartig sind oder sein können, nicht vorgreifen möchte. Es ließe sich zu den einzelnen Punkten noch manches sagen.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich vielleicht einige Bemerkungen machen. Ich habe dem, was Herr Kollege Meyers gesagt hat, nur wenig hinzuzufügen. Aber was ich hinzufügen könnte, würde wahrscheinlich noch negativer lauten als das, was er gesagt hat; denn er hat sich hier eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, die ich verstehe. Diese Zurückhaltung darf uns aber nicht die Augen davor verschließen, daß die Organisationsstärke unserer Partei außerordentlich gering ist.

Nun wollen wir uns nicht trösten mit einem Blick auf die SPD, die fortwährend nach Organisationsformen sucht, sondern wir wollen positiv arbeiten und zunächst einmal die Ansätze, die wir haben, aktivieren. Herr Meyers hat sich auf meinen Wunsch hin im Bundestag von Aufgaben möglichst freigehalten, damit er seine Erfahrungen, die er in den letzten Jahren gesammelt hat, dem Aufbau unserer Partei widmen kann. Sie alle – ich glaube, darin gehe ich nicht fehl nach alledem, was ich bisher gehört habe – werden mit mir darin übereinstimmen, daß er wirklich der geeignete Mann für diese sehr wichtige und sehr undankbare Aufgabe ist. Daher schlage ich Ihnen vor, wenn Sie jetzt das Wort nicht weiter wünschen, Herrn Dr. Meyers zu beauftragen, diese Aufgaben, die er angedeutet hat, in die Hand zu nehmen, nämlich Vorschläge zu machen zur Verstärkung und zum Ausbau der Organisation, und zwar zunächst im engeren Vorstand¹³. Anschließend würde dann der große Vorstand darüber zu entscheiden haben, was dem Parteiausschuß und später dem Parteitag vorzulegen ist.

Sind Sie damit einverstanden? Das scheint der Fall zu sein. (*Reinert:* Ich hatte schon bei früherer Gelegenheit darum gebeten, Herrn Dr. Meyers auch noch mit der Aufgabe zu beauftragen, die Einigungsverhandlungen an der Saar vom Bundesvorstand her zu unterstützen.) Ich habe gerade gestern einen Brief von Professor Görgen¹⁴ bekommen. (*Reinert:* Er hat mir eine Abschrift geschickt.) Er hat Ihnen eine Abschrift geschickt! Danach sind die Einigungsverhandlungen an der Saar in einem guten Fortschritt, aber trotzdem begrüße ich es, wenn in die Verhandlungen zwischen den beiden Brüdern, die nicht zusammenkommen können – um mich ganz vorsichtig auszudrücken –, vom Bundesvorstand aus ein Katalysator eingeschoben wird. Als solchen wird man Herrn Meyers – das haben Sie schon gehört – sehr begrüßen. Ich darf wohl annehmen, daß Sie, der Meinung der Herren von der Saar entsprechend, Herrn Meyers ersuchen, mit großer Energie, aber auch mit dem Charme, der ihn auszeichnet, diese Sache in die Hand zu nehmen. Auch damit sind Sie einverstanden. (*Stoltenberg:* Ich möchte gerne noch etwas zur Organisation sagen!) Bitte sehr!

¹³ Gemeint ist wohl der geschäftsführende Vorstand (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 915). Das Gremium „engerer Vorstand“ wurde erst später gebildet.

¹⁴ Dr. Mathias Görgen (geb. 1908), Professor in Rom; 1938 Emigration, 1955 Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks, 1957–1961 MdB (CSU Saar).

Stoltenberg: Ich möchte Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Ich kann mich nach den Ausführungen zur Lage sehr kurz fassen und brauche nur zu sagen, daß die Frage des Aufbaues der Organisation von uns in den zwei Jahren mit Hilfe der Bundespartei sehr stark vorangetrieben werden konnte. Wir haben in den letzten zwei Jahren über 30.000 neue Mitglieder für die Junge Union gewonnen, die größtenteils auch gleich in die Partei hineingekommen sind. Die anderen werden fraglos in den nächsten Jahren hineinwachsen. Wir haben in den letzten vier Jahren vor der Wahl in unseren Wahlversammlungen und in der politischen Arbeit draußen eine Anteilnahme und eine Zustimmung in einer solchen Weise erfahren, die uns selbst überrascht hat, gerade aus der Jugend. Eine solche Anteilnahme konnte von uns selbst vorher nicht erwartet werden. Ich könnte Ihnen eine Fülle von interessanten Begebenheiten berichten, wo in Versammlungen Hunderte von jungen Leuten plötzlich auftauchten und für unsere Politik Stellung nahmen. Wir haben auch die Reaktion der SPD, vor allem des Herrn Heine, auf dieses Phänomen in einer sehr aggressiven Art erfahren, aber diese Reaktion war in ihrer Auswirkung und Auswertung doch positiv. Ich glaube, daß wir jetzt von dieser Stimmung her, wie sie einige Monate vor der Bundestagswahl zu verzeichnen war, noch die Chance hätten, das zu realisieren, was hier als notwendig angesprochen wurde, nämlich einen Einbruch in neue Schichten zu erzielen, um einige zehntausend neue Mitglieder für uns zu gewinnen.

Nun haben wir leider durch die Finanzprobleme und Finanzsorgen der Partei seit Oktober eine Situation, wonach unsere Möglichkeiten im Bund völlig gedrosselt sind. Die Ausweitung unserer Organisation mit einem kleinen hauptamtlichen Mitarbeiterstab ist in den zwei Jahren vor der Bundestagswahl planmäßig geschehen, aber sie ist offensichtlich nur aus Mitteln vollzogen worden, die bis zur Wahl befristet waren. Wir haben die guten Mitarbeiter zunächst unbefristet angestellt. Wir können nun diesen Leuten nach der Wahl nicht mit sechswöchiger Frist kündigen.

Auf der anderen Seite können wir aber auch nicht einmal die Hälfte der Ausgaben seit der Wahl decken. Das ist ein Zustand, der für uns als Vorstand der Jungen Union nicht tragbar ist. Wir finanzieren die Hälfte unserer vertraglichen Verpflichtungen seit Oktober damit, daß wir Gelder dafür nehmen, die wir an sich aus öffentlichen Mitteln für die politische Bildungsarbeit bekommen, die bis zum 1. April ordnungsgemäß abgerechnet werden müssen.

Unsere Arbeit vollzieht sich so, daß wir etwa 70 % der Arbeit, die wir als Junge Union leisten, aus den Mitteln des Bundesjugendplans, aber in stärkerem Maße noch aus den Mitteln der Länder, die wesentlich größer sind, finanzieren. Es ist Ihnen bekannt, daß diese Mittel zweckgebunden sind für bestimmte Aufgaben der politischen Bildung, die uns als Partei zugute kommt, auch der Organisation. Wir brauchen aber eine Basis von vielleicht 25 bis 30 % der Mittel, die wir für reine Organisationsausgaben nehmen müssen, wenn die anderen 70 % fruchtbar werden sollen. Diese Basis ist seit dem 1. Oktober leider nicht mehr vorhanden. Herr Meyers hat freundlicherweise zugesagt, sich mit besonderer Kraft für uns einzusetzen. Ich habe leider gehört, daß der Bundesschatzmeister nicht in der Lage sei, die Zusage

von Herrn Meyers zu realisieren. Ich muß dem Bundesvorstand mitteilen, daß der Vorstand der Jungen Union einfach nicht mehr in der Lage ist, für diesen Zustand über den 1. Februar hinaus die Verantwortung zu tragen.

Adenauer: Ich kann jedes Wort meines Vorredners nur gründlich unterstreichen, und zwar einmal, daß die Junge Union bei der Bundestagswahl eine entscheidende Rolle gespielt hat; zweitens, daß wir nicht die Jugend gewinnen können, sondern daß die Junge Union uns neue Schichten zuführen muß. Sie ist auf dem besten Wege dazu. Daher halte ich es auch für absolut notwendig, daß ihre Organisation für sich bestehen bleibt; sie darf nicht etwa in die Landesorganisation übernommen werden. Natürlich müssen sie zusammenarbeiten, aber als Organisation für sich bestehenbleiben. Daher muß sich auch unser verehrter Schatzmeister, Herr Bach, um die Frage kümmern, woher er das Geld bekommt, um die organisatorischen Ansätze, die die Junge Union geschaffen hat, aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Er muß diese Angelegenheit aufnehmen in den Aufgabenkreis des Schatzmeisters der gesamten Union. Es darf nicht nur eine Organisation sein, die dafür da ist, wenn das Haus brennt oder wenn es zu brennen droht, sondern es muß eine dauernde Organisation mit dem Ziel sein, daß eine dauernde Erneuerung des ganzen Apparates in der Union stattfindet.

Ich kann also nur das wiederholen, was Herr Stoltenberg gesagt hat. Ich danke Ihnen dafür und bitte Sie, auch den Dank des Bundesvorstandes der Jungen Union für ihre Arbeit zu übermitteln. Sie hat sehr erfolgreich gearbeitet.

Meyers: An der Saar sieht die Situation ähnlich aus wie bei der Jungen Union. An der Saar hat man an die Kreisgeschäftsführer mitgeteilt, daß ihre weitere Beschäftigung nicht mehr möglich sei. (*Reinert:* Das war schon am 15. November!) Die Leute sagen, wir wissen nicht, wie lange wir in unserer Existenz gesichert sind. Das ist ein unerfreulicher Zustand, insbesondere hinsichtlich der Landtagswahlen in fünf Ländern in diesem Jahr. Im nächsten Jahr haben wir wiederum, wenn ich nicht irre, drei Landtagswahlen, so daß also die Organisation nicht aufhören darf.

Ich habe eben vergessen, von der Mitgliederwerbung zu sprechen. Die Mitgliederwerbung hat bisher nicht gezeigt, daß wir unseren Sieg vom 15. September 1957 auszunutzen verstehen. Wir müssen überlegen, wie wir zu neuen Methoden der Mitgliederwerbung kommen können. Herr Bach hat einen Vorschlag gemacht; aber das kann man nicht hier in einem solchen Gremium besprechen; darüber muß man in einem kleineren Gremium reden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist gefragt worden, ob etwas zur Zusammenarbeit zwischen der Partei und der Fraktion gesagt werden soll. Herr Krone bittet, ihn zu entschuldigen. Er hat eine schwere Grippe hinter sich und ist noch nicht arbeitsfähig. Ich würde vorschlagen, Herr Cillien, daß wir die Angelegenheit in einem kleineren Kreis besprechen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

BERICHT ZUR INNENPOLITISCHEN LAGE

Dann komme ich zur innenpolitischen Lage. Wenn auch die außenpolitischen Fragen die entscheidenden sind, so sind doch die innenpolitischen Probleme auch von Bedeutung, weil sie auf das außenpolitische Gebiet erheblich einwirken. Es ist von den Landtagswahlen gesprochen worden. Herr Meyers hat gesagt: Verwaltungsgemeinschaften. Das hat unseren Freund von Hassel zum Aufzucken gebracht. Ich glaube, Herr Meyers hat das nicht so gemeint, wie Sie es aufgefaßt haben. Wenn auch die Länder Verwaltungsaufgaben im größten Umfang haben, so haben sie doch auch sehr wichtige gesetzgeberische Funktionen.

Ich brauche nur auf den Bundesrat zu verweisen, über den die Länder ja einen starken Einfluß auf die Tätigkeit des Bundestages und der Bundesregierung ausüben können. Aber davon abgesehen haben sie auch spezielle politische Aufgaben. Endlich, meine Freunde, sind auch Verwaltungsaufgaben von sehr großer Bedeutung und Wichtigkeit; denn schließlich sind die Organe, die das, was in Bundestag und Bundesrat beschlossen wird, an den Bürger heranbringen, von besonderer Bedeutung. Es kommt darauf an, wie es an den Bürger herangebracht wird. Länderregierungen und Länderparlamente können auf eine ganz harmlos erscheinende Weise einen sehr großen Einfluß ausüben. Sie üben ihn auch aus. Ich weiß nicht, ob Sie den Artikel gelesen haben, der in diesen Tagen in der „Kölnischen Rundschau“ stand¹⁵, über die Personalpolitik von Nordrhein-Westfalen. Das ist für den Kenner der Verhältnisse keine besondere Überraschung; aber es ist doch erschütternd, in welcher rücksichtsloser Weise die Sozialdemokraten den ganzen Beamtenapparat, insbesondere an entscheidenden Punkten, besetzen. Wenn z.B. ein Kriminaldirektor – oder was er war – mit guten Zeugnissen usw. einfach auf irgendeinen Nebenposten abgeschoben wird, damit ein Sozialdemokrat auf seinen Posten kommt, der kaum die Qualifikationen aufweist, so ist das doch unerhört. Ich habe von der Polizei in Nordrhein-Westfalen gehört, daß dafür alle irgendwie maßgebenden Posten bei der Polizei von Sozialdemokraten besetzt werden, so daß die ganze Polizei – ich übertreibe absichtlich ein bißchen – in Nordrhein-Westfalen ein Instrument der Sozialdemokratie ist und auch zunächst bleiben wird. Sie werden also sicher mit mir darin übereinstimmen, daß auch die Verwaltungstätigkeit, die die Länder ausüben, von einer großen staatspolitischen Bedeutung ist. Das gilt auch von den Kommunen. Was ich über Begünstigungen von Mitgliedern der Sozialdemokratie, und zwar in der unverfrorensten Weise, in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen höre, das ist geradezu haarsträubend.

Die Menschen sind nun einmal so, daß sie dort hingehen – auch in der Politik –, wo sie glauben, etwas davon zu haben oder zu erreichen. Unser gutes deutsches Volk besteht wirklich nicht aus lauter Idealisten. Ich will es nicht einmal von uns sagen, daß wir hundertprozentige Idealisten sind. Auch der Durchschnittsmensch ist kein

¹⁵ „Kölnische Rundschau“ vom 15. Januar 1958 (Personal„politik“).

Idealist, sondern er lenkt seine Nase immer dorthin, wo er glaubt, etwas zu erreichen. Er fragt sich immer, was habe ich davon.

Daher sind die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen – das möchte ich nachdrücklich unterstreichen – von der allergrößten Bedeutung. Ich habe den Eindruck, wenigstens aus meiner unmittelbaren Nähe, soweit ich das beobachten konnte, daß wir als Partei die Bedeutung der Kommunalwahlen vernachlässigt haben. Wir haben uns den großen Aufgaben unterzogen, aber darüber andere vernachlässigt. Herr Meyers, Sie sollten in Ihr Programm auch die Frage der Vertretung in den Kommunen aufnehmen. Die diesjährigen Landtagswahlen beginnen im Juli in Nordrhein-Westfalen und endigen im November in Bayern. Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg sind vorbei.

Nun will ich mit dem, was ich jetzt sage, niemand verletzen, aber man kann aus den Fehlern nur lernen, wenn man die Fehler auch erkennt und darüber spricht. Das jammervolle Ergebnis der Hamburger Wahl war seit vielen Monaten vorauszusehen. Solange ich Vorsitzender der CDU in der britischen Zone war, hat mir keine Landespartei so viel Sorgen gemacht wie die Landespartei in Hamburg. Wir haben versucht, noch etwas zu retten, indem wir den Parteitag nach Hamburg gelegt haben. Wir haben nichts gerettet! Der Parteitag, der gut und eindrucksvoll war, ist verpufft; er ist in keiner Weise von der Hamburger Partei verwertet oder ausgenutzt worden.

Ich hatte – es ist vielleicht komisch, wenn ich das sage – vor einer Anzahl von Monaten mit den damaligen Vorsitzenden der Hamburger Parteien ein Gespräch darüber: Wie werden Sie nun Ihre Parteiführung endlich einmal verjüngen? Ich wiederhole, es ist komisch, wenn ich das sage. Ich bekam zur Antwort: Das ist im Werden, der und der kommt in den Vorstand. Ich habe gefragt: Was sind das für Herren? Nun, so hieß es, der eine wird jetzt pensioniert, der andere ist gerade pensioniert worden, und der dritte scheidet wegen vorgerückten Alters aus seiner Stellung aus. Kurz und gut, es wurden mir vier Namen von Alterspensionären genannt. Das war also die „Verjüngung“! Nun suche ich fortwährend den Artikel in der „Zeit“ aus Hamburg.¹⁶ (*Zuruf*: Hier ist er, den meinen Sie doch!) Darin steht ein Satz – ich weiß nicht, ob ich ihn sofort finde –, daß endlich einmal aufgeräumt werden müsse in der Hamburger CDU mit der Sattheit und mit der Einbildung über das, was Senator ist und was Senator gewesen ist, also mit der ganzen Überheblichkeit, die früher einmal vielleicht in Hamburg berechtigt war, die aber in unserer Zeit, in der Hamburg mehr eine Industriestadt als Hafenstadt ist, gar nicht mehr am Platze ist. Ich kann nur sagen, der junge Mann, der das geschrieben hat, hat nach meinen Erfahrungen richtig geschrieben.

Als ich Vorsitzender der CDU in der britischen Zone war, habe ich in Hamburg einen unvergeßlichen Nachmittag erlebt. Es war 1946 oder 1947. Ich war damals mit drei Herren zusammen, von denen einer noch aktiver Senator war, die beiden anderen waren einmal Senator gewesen. Wer früher in Hamburg einmal Senator war, hatte

¹⁶ „Die Zeit“ vom 16. Januar 1958: „Schwung aus der Schlappe“.

damit einen Adel erreicht, der ihm bis zu seinem Lebensabend verblieb. Wenn ich nun an dieses Kaffeestündchen mit den drei Senatoren denke, dann möchte ich gerne ein Theaterstück darüber schreiben. Ich kann es leider nicht; ich erlebe selbst zu viel Theater; dann kann man es nicht schreiben. Es hat einmal ein Stück gegeben – ich weiß nicht, ob es sich auf Hamburg bezog –, das hieß „Der Herr Senator“. So etwas hätte ich da gerne geschrieben. (*Heiterkeit.*) Ich kann nur wünschen, daß die Jugend in Hamburg eine gründliche Revolution innerhalb der Partei macht und daß sie tut, was sie kann, damit dieser Zustand endlich einmal aufhört. Was soll man zu den Pannen sagen, die während der vier Jahre im Senat gerade bei CDU-Senatoren passiert sind? Und wenn der Herr Sieveking mitten im Wahlkampf ankündigt, es müsse nach der Wahl eine Regierung mit der SPD gebildet werden, dann ist das ein Zeichen dafür, daß man von Wahlpsychologie so wenig Ahnung hat wie dieser Tisch hier, an dem wir sitzen, zumal zwischen der SPD und der FDP lange vorher ein Wahlbündnis bestand und jedes Kind wußte, daß es abgeschlossen war.

Wenn irgendwo, dann bringen Sie bitte die Jugend in Hamburg an die Front. Bringen Sie einen neuen Geist nach vorn! Ich wiederhole nochmals: Die Entwicklung seit 1945 hat Hamburg zu einer Industriestadt gemacht; mit der Hafenstadt als solcher ist es vorbei. Es ist vor allem in Hamburg vernachlässigt worden, die mittleren Schichten der Bevölkerung anzusprechen. Ich habe das den Hamburgern immer wieder gepredigt, aber ohne jeden Erfolg. Die Hamburger Wahl war – wir wollen das nicht verkleinern – für uns nach diesem Sieg bei der Bundestagswahl ein sehr unangenehmer Rückschlag. Es war uns 1953 gelungen – wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt –, zum ersten Mal die Sozialdemokraten zu schlagen. Und dann haben wir von der CDU aus diesen Erfolg einfach nicht zu nutzen verstanden. Man komme mir nicht mit dem Herrn Rademacher¹⁷. Herr Rademacher hat früher keine Rolle in Hamburg gespielt. Die CDU hätte es nach meiner Meinung in der Hand gehabt, dafür zu sorgen, daß er auch jetzt keine Rolle spielen kann. Aber es muß gearbeitet werden! Wir haben es doch gesehen, der Erfolg fällt keinem einfach in den Schoß, der Erfolg ist die Frucht einer gewissen und zähen Arbeit.

Nun komme ich zu den anderen Landtagswahlen. Ihr Ausgang wird über die Mehrheit im Bundesrat entscheiden. Wenn durch diese Landtagswahlen der Bundesrat eine sozialistische Mehrheit bekäme, dann würde der Mehrheit im Bundestag große Schwierigkeiten gemacht werden. Nun höre ich, daß schon hier und da – vielleicht schon an mehr Stellen, als wir wissen – der Gedanke ausgesprochen wird: Das ist eine richtige Arbeitsteilung, im Bundestag die CDU und in den Ländern die SPD; in den

17 Willy Max Rademacher (1897–1971), vor 1933 DDP/Deutsche Staatspartei, 1945 FDP, 1946–1949 MdHB, 1949–1965 MdB. – Rademacher war Verfechter einer Politik der „ständigen Regierungsbeteiligung“ der FDP (STUBBE-DA LUZ S. 142); vor der Bürgerschaftswahl hatten FDP und SPD das bisherige Mehrheitswahlrecht mit Verhältnisausgleich in ein reines Verhältniswahlrecht geändert und somit den Koalitionswechsel angedeutet (vgl. Artikel Rademachers im „Hamburger Echo“ vom 21. Dezember 1957).

Ländern die SPD, weil die dann dafür sorgen wird, daß uns von den Gewerkschaften usw. weniger Schwierigkeiten gemacht werden. Das kann doch nur jemand sagen, meine Freunde, der von Politik keine Ahnung hat; denn wie kann man die Wähler bei der Bundestagswahl an die Wahlurne bringen, wenn man keine Gegensätze zu anderen Parteien ihnen vor Augen führen kann? Wenn nämlich der Wähler in den Kommunen und in den Landtagen vier Jahre lang ein im großen und ganzen harmonisches Zusammenarbeiten zwischen der SPD und der CDU sieht, woher soll er dann die Kraft nehmen, nun bei der Bundestagswahl in der Sozialdemokratie den Gegner der CDU zu sehen, den er mit seiner Stimme besiegen muß? Man sollte also die psychologischen Zusammenhänge zwischen den Landtagswahlen und den Bundestagswahlen viel mehr als bisher berücksichtigen.

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen wird im Juli dieses Jahres sein. Wir haben jetzt Mitte Januar. Für die Wahlagitiation in Nordrhein-Westfalen ist also die Zeit sehr knapp. Es fällt Karneval hinein. Der Kenner Nordrhein-Westfalens weiß, daß dies für politische Fragen eine ungünstige Zeit ist. Es fällt die Karwoche mit Ostern und es fällt auch Pfingsten in diese Zeit hinein. Ich hoffe aber, daß trotzdem energisch und zielbewußt dort gearbeitet wird. Wir müssen dort jetzt schon mit unserer Arbeit beginnen. In Nordrhein-Westfalen – das haben nämlich die politischen Vorgänge der letzten Wochen gezeigt – werden die außenpolitischen Fragen eine entscheidende Rolle spielen. Wir werden noch energischer das behandeln müssen, was jetzt überall Tagesgespräch ist, nämlich die außenpolitische Situation. Ich glaube, daß die Stellung der Partei zur Außenpolitik auch maßgebend sein wird für die kommenden Landtagswahlen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß zwischen der SPD und der FDP auf der einen Seite und uns auf der anderen Seite im Laufe dieses Sommers eine Annäherung auf außenpolitischem Gebiet stattfinden wird. Ich komme aber darauf noch zurück in meinen Ausführungen über die Außenpolitik.

Ich erblicke eine sehr große Gefahr für unsere Partei in den Gesprächen, die jetzt in München stattgefunden haben. (*Zuruf*: Sehr richtig!) In München hat die Katholische Akademie eine Aussprache mit den Sozialdemokraten veranstaltet. Die Evangelische Akademie ist vorangegangen. Soweit ich unterrichtet bin, hat es die Katholische Akademie in München nicht in Ruhe gelassen, nun auch auf diesem Gebiet etwas zu tun. Die Berichte über den Ablauf der Gespräche in München sind noch nicht vollständig, aber wenn man den Bericht des Herrn Wenger¹⁸ im „Rheinischen Merkur“ von dieser Woche liest, dann ist man doch außerordentlich davon beeindruckt. Herr Wenger schreibt, wie Sie wissen, eine sehr scharfe Feder; manchmal zu spitz. Herr Wenger ist dahin gegangen – ich hatte nicht mit ihm gesprochen – als ein absoluter Gegner dieser Gespräche. Und nun schreibt er einen Artikel, der diese Aussprache fast glorifiziert! Seien wir uns über eines klar: Was da geschieht, sei es in der

18 Paul Wilhelm Wenger (1912–1983), seit 1948 beim „Rheinischen Merkur“; darin sein Artikel vom 17. Januar 1958: „Christentum und Sozialismus. Zum Gespräch in der Katholischen Akademie in Bayern“.

Evangelischen Akademie oder sei es in der Katholischen Akademie in München, das geht an die Wurzel unserer Partei. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn das so weitergeht, wie soll man dann noch der Bevölkerung klarmachen, warum eine christliche Partei notwendig ist.

Ich muß Sie bitten, das, was ich jetzt sage – wir sind ja in einem vertraulichen Kreise –, auch vertraulich zu halten. Sämtliche katholischen Bischöfe in der Bundesrepublik, mit Ausnahme des Münchener Erzbischofs, sind gegen dieses Gespräch gewesen, weil sie die große Gefahr erkannt haben, die darin liegt. Es hat aber doch stattgefunden, und es wird unzweifelhaft seine Wirkung haben. Wir müssen uns mit dieser Frage sehr genau und sehr eingehend beschäftigen. Da wir nicht alles auf Herrn Meyers abladen können, bitte ich Sie zu überlegen, ob wir nicht aus unserer Mitte vier oder fünf Mitglieder bestimmen sollen, die sich gerade mit dieser Bewegung eingehend befassen. Ich würde dann, wenn Sie diesem Gedanken zustimmen, darum bitten, in diesen kleinen Ausschuß Angehörige beider Konfessionen hineinzunehmen. Ich gestehe freimütig, wenn ich den Glauben hätte, daß die Sozialdemokratie diejenigen Dinge, die uns zutiefst am Herzen liegen, toleranterweise auch in Zukunft behandeln würde, dann wäre ich sehr froh darüber; vor allen Dingen dann, wenn man zu dem Ergebnis käme, daß das deutsche Volk insgesamt bereit ist, seine Politik auf einer christlichen Grundlage aufzubauen. Dann hätte die Gründung der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union wirklich einen großartigen Erfolg gehabt. Aber dieser Glaube fehlt mir restlos.

Was da in Bayern gemacht worden ist, ist eine rein parteipolitische Falle gewesen, auf die man katholischerseits hereingefallen ist. Die Zeit ist zu kurz, um alles im einzelnen auszuführen, warum wir nicht diese Überzeugung haben können. Aber glauben Sie mir, wer mitten im politischen Leben steht wie Sie und ich, der weiß doch ganz genau, wie der weitaus größte Teil der sozialdemokratischen Führer und der sozialistisch Geführten dem Christentum und seinen Grundsätzen gegenübersteht.

Ich möchte meine Ausführungen zu dieser Frage heute damit beschließen, daß ich Ihnen vorschlage, einen Ausschuß von etwa fünf Leuten zu wählen, der diese Frage ganz besonders studieren soll, und zwar sowohl auf evangelischer Seite wie auf katholischer Seite. Ich habe mir weiter notiert: Das Verhältnis zu den anderen Parteien. Über das Verhältnis zur SPD und FDP möchte ich in meinen Ausführungen zur außenpolitischen Lage sprechen, weil hier die Meinungsverschiedenheiten z.Z. außerordentlich groß sind und ich jetzt nicht das vorwegnehmen möchte, was ich nachher im Zusammenhang zu sagen beabsichtige. Aber eines kann ich hier nicht unterdrücken: Die FDP putzt noch mehr die Türklinken des Herrn Smirnow¹⁹ als die SPD. Z.Z. ist die FDP geradezu intim mit der russischen Botschaft. Dabei spielt eine große Rolle das Winken mit Aufträgen nach Sowjetrußland. Wir sind ziemlich genau

19 Andrej A. Smirnow (1905–1982), sowjetischer Diplomat; seit 1936 im auswärtigen Dienst, 1956 Botschafter in Österreich, 1956–1966 in der Bundesrepublik, 1966–1968 in der Türkei, 1968–1973 stv. Außenminister.

über die ganzen Zusammenhänge und die Verbindungen mit der russischen Botschaft unterrichtet. Ich muß sagen, die Situation finde ich geradezu erschütternd, daß zwei deutsche Parteien so im russischen Fahrwasser schwimmen, wie das leider der Fall ist.

Ich hatte daran gedacht, in der Hauptsache das Verhältnis zu den kleineren Parteien jetzt anzuschneiden. Dazu nehme ich zur Hand die Teste von Allensbach und EMNID. Sie zeigen, daß die FDP noch 8 %, der BHE noch 5 % und die DP noch 4 % hat. Die Bayernpartei hat noch 1 %. Darüber brauche ich hier – Herr Strauß²⁰ ist auch nicht da – nicht zu sprechen. Die müssen sehen, wie sie mit Herrn von Knoeringen²¹ fertig werden. Aber wir müssen uns die Frage vorlegen: Wie ist das Verhältnis zur FDP, zum BHE und zur Deutschen Partei? Wenn ich bei der letzten anfangen darf, bei der Deutschen Partei, so kann ich sagen, mir machen die Differenzen, die nun zwischen der CDU und einem Teil der Deutschen Partei – an der Spitze Ministerpräsident Hellwege – entstanden sind, ernste Sorgen.

Herr Hellwege war diese Woche bei mir und hat darüber gesprochen. Ich hatte mit dem Herrn Kollegen Cillien verabredet, daß er mit Herrn Fricke und mir heute abend nach der Sitzung zusammenbleiben soll, damit wir über die Verhältnisse in Niedersachsen und die Entwicklung der DP zur CDU einmal in Ruhe sprechen können. In gleicher Weise muß über das Verhältnis des BHE zur CDU/CSU gesprochen werden. Vielleicht werden uns die Herren, die den BHE von früher kennen, einen Beitrag zu dieser Frage beisteuern. Wir müssen, da nicht zu erwarten ist, daß der BHE die 5%-Klausel überspringen wird, zu erreichen versuchen, daß der größte Teil der BHE-Mitglieder zu uns kommt und nicht zu den Sozialdemokraten geht. Das erfordert natürlich eine sehr gut überlegte und ausgewogene Taktik. Wir können wohl annehmen, daß bei der nächsten Bundestagswahl auch die FDP weiter absinken wird. Ich wollte über die FDP in diesem Zusammenhang jetzt nur wenig sagen. Ich darf nur auf folgendes hinweisen. Mir ist vor kurzem von einem sehr respektablen Mitglied der FDP ein Vorschlag gemacht worden – er sagte, er mache ihn nicht für seine Person, sondern für seine Fraktion –, nämlich zu einer freundschaftlichen Opposition.

Aber zu der gleichen Zeit, als mir dieser Vorschlag gemacht wurde, haben Herr Haußmann²² und Herr Mende in Stuttgart Reden gehalten, von denen man zum Teil sagen muß: Diese Unkenntnis der Dinge, die sich da gezeigt hat, ist überhaupt nicht

20 Franz Josef Strauß (1915–1988), 1949–1978 MdB (CSU), 1956–1962 Bundesminister für Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 120 Anm. 27. Die Erinnerungen. Berlin 1989.

21 Waldemar von Knoeringen (1906–1971), Bibliothekar; 1926 SPD, 1933 Emigration, 1946–1970 MdL Bayern (SPD), 1949–1951 MdB, 1947–1963 Vorsitzender der SPD Bayern, 1958–1961 stv. Vorsitzender der Gesamtpartei. – Hartmut MEHRINGER: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie. München 1989.

22 Dr. Wolfgang Haußmann (1903–1989), 1946–1972 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1953–1966 Justizminister. – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 588 Anm. 14. – Am 6. Januar 1958 fand in Stuttgart das Dreikönigstreffen der FDP statt (vgl. auch Anm. 87).

mehr zu übertreffen. Es zeigt sich zum Teil dort eine Gesinnungsweise, die der unsrigen geradezu diametral entgegengesetzt ist. Wir müssen also diese Vorgänge in der FDP mit größter Aufmerksamkeit beobachten, auch mit Rücksicht auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, Herr Dichtel²³, daß die FDP, wenn sie weiter so fortfährt, eine schwere Einbuße bei allen ihren noch leidlich vernünftigen Anhängern erleiden wird. Wir müssen diese Chance natürlich nutzen.

Herr Meyers hat von der Presse gesprochen. Ich habe mir diese Frage vor einigen Tagen durch den Kopf gehen lassen. Ich finde, daß wir eigentlich gar nicht so ohne Presse sind; nur hält diese Presse nicht immer zu uns. Das ist das Merkwürdige dabei. Wir haben die „Kölnische Rundschau“ und die „Bonner Rundschau“. Ich weiß nicht, wie groß ihre Auflagen jetzt sind. Immerhin sind sie relativ hoch. Wir haben weiter die „Rheinische Post“, die doch eine Auflage von 240.000 hat. (Pettenberg: Die „Rundschau“ hat 150.000 Auflagen.) Also sind das zusammen schon rund 400.000. Dann haben wir Ihr Blatt, Herr Lensing! (Lensing: Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft mit der „Westfalenpost“, zusammen etwa 310.000. – Meyers: Die „Aachener Volkszeitung“!) Wir haben in Rheinland-Pfalz ein Blatt, das über 150.000 Auflagen hat.²⁴ Diese Blätter haben also, alles zusammengenommen, eine Auflage von weit über eine Million. Nur übertreiben sie nach meiner Meinung, wenigstens zum Teil, etwas das Gefühl der Selbständigkeit und der Freiheit, soweit Artikel in Frage kommen. Ich bin davon überzeugt, daß sie Wert darauf legen, in CDU-Kreisen möglichst viele Abonnenten zu bekommen.

Die „Welt“ hat vielleicht 220.000 (Pettenberg: 200.000.) und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ etwa ebensoviel. (Pettenberg: 200.000.) Wir haben weiter eine enge Fühlungnahme mit einem großen Teil mittlerer und kleinerer Blätter. Anhand von Angaben und Ziffern kann man feststellen, daß die journalistische Kraft, die der CDU zur Verfügung steht, viel größer ist, als das im allgemeinen angenommen wird. Nur wäre es notwendig, daß diese Blätter unter sich zu einer Annäherung kämen, damit in gewissen entscheidenden Fragen ein Kurs eingeschlagen wird, der im großen und ganzen der gleiche ist. Wenn das geschähe, dann würde man in Deutschland und auch außerhalb Deutschlands doch darauf hören, daß ein verhältnismäßig großer Prozentsatz der deutschen Zeitungen unsere Politik vertritt. Das ist auch eine große Aufgabe. Herr Meyers, wollen Sie sich ihr widmen? (Meyers: Von Zeitungen verstehe ich nicht viel!) Ich sage ihm darauf, das ist das Beste an ihm. Wenn er zuviel davon verstünde, würde er sich gar nicht daranwagen; aber so gehen Sie unverdrossen daran. Wenn es Ihnen aber zuviel wird, dann sagen Sie es bitte, und dann muß man sehen, wie man in einer anderen Weise hier Abhilfe schafft.

²³ Anton Dichtel (1901–1978), 1948–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 4 Anm. 18.

²⁴ Möglicherweise meint Adenauer „Die Rheinpfalz“ in Ludwigshafen (STAMM 1958 2 S. 104).

Über die Junge Union haben wir eben gesprochen. Ich möchte nun ein Wort zur Finanzfrage sagen. Das ist aber nur für uns bestimmt, und zwar in aller Vorsicht. Wir müssen, was die Finanzen angeht, unter allen Umständen in viel stärkerem Maße als bisher auf eigenen Füßen stehen. Damit hängt zusammen auch die Mitgliederwerbung. Es sind aber auch Überlegungen anzustellen, wie man es sonst schaffen kann. Gott sei Dank hat die Wirtschaft bisher, wenn sie Geldmittel für die Wahlen gesammelt hat, nie Bedingungen an die Hergabe des Geldes geknüpft. Aber es könnte auch mal anders kommen, wenn andere Leute da sind. Es könnte auch einmal der Wirtschaft schlechter gehen als heute, gerade dann, wenn Wahlen sind. Dann wird der Strom viel dünner fließen. Deswegen müssen wir, auch um dem Odium zu entgehen, daß wir eine Partei irgendwelcher Wirtschaftskreise seien, unter allen Umständen unsere eigenen Einnahmequellen stärker ins Fließen bringen.

Ich will nicht sagen, daß das absolut gut ist, was jetzt kommt. Es ist einmal der Vorschlag gemacht worden, es sollten entsprechend der Zahl der Stimmen, die die einzelnen Parteien bei der letzten Bundestagswahl aufgebracht hätten, Zuteilungen durch den Staat erfolgen, also aus öffentlichen Mitteln. Erschrecken Sie nicht vor diesem Gedanken zurück, sondern bedenken Sie, wenn alle etwas bekommen, und zwar nach einem bestimmten Schlüssel, dann ist das in mancher Hinsicht besser und sicherer, als wenn man immer herumlaufen und mit geöffneter Hand an dieser oder jener Tür anpochen muß. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Das sind Fragen, die wir einmal überlegen müssen. Ich bin auch zuerst – es liegt schon einige Jahre zurück – vor dem Gedanken erschrocken; aber die Sozialdemokraten haben immer die Gewerkschaften und zum Teil auch die Wirtschaft im Rücken. Damit haben sie also einen sicheren finanziellen Fundus. Das können wir nie erreichen. Wir müssen daher unsere Partei vor den nächsten Bundestagswahlen finanziell so gesichert haben wie nur irgendwie denkbar; denn – ich wiederhole nochmals – es könnten eines Tages an die Hergabe von Geld aus der Wirtschaft Bedingungen geknüpft werden. Es wäre für uns natürlich unmöglich, solche Bedingungen anzunehmen. Wenn Wahlen in wirtschaftlich schlechten Zeiten stattfinden, dann wird natürlich bedeutend weniger gegeben, und dann werden wir – jede Wahl kostet viel Geld – mit sehr traurigen Gesichtern dastehen.

Meine Freunde! Ich möchte noch ein Wort sagen über die mittleren Schichten der Bevölkerung. Wir haben darüber vor der Wahl gesprochen. Wir müssen nun das Wort, das wir vor der Wahl gegeben haben, auch endlich einlösen. Ich meine jetzt nicht so sehr Mittelstandspolitik in dem Sinne, wie früher vielfach das Wort gebraucht wurde, nämlich die Sorge für das Handwerk und für den kleinen Kaufmann. Natürlich müssen wir diese Sorge weiterverfolgen, aber es gehören auch die Intellektuellen dazu. Vor allem aber müssen wir darauf drängen, daß eine Politik eingeschlagen wird, die verhindert, daß Mammutgebilde immer größer werden, damit nicht die kleinen und kleineren industriellen Existenzen von ihnen aufgefressen werden. (*Zuruf*: Sehr richtig! – *Schmücker*: Darum Fernsehen!) Ich halte dies für eine absolute Notwendigkeit. Die Zeichen für diese Gefahr sind deutlich. Wir müssen verhindern,

daß eine Anzahl von Mammutgebilden in der Wirtschaft – ich gebrauche diesen Ausdruck bewußt noch einmal – entsteht, damit nicht die kleineren Betriebe einfach verschwinden; denn das wäre auch das Ende der Demokratie. Es darf nicht dazu kommen, daß eines Tages auf der einen Seite eine Anzahl von – in dem Ausdruck soll jetzt nichts Schlechtes liegen – Leitern der Mammutgebilde und auf der anderen Seite die Leiter des anderen Wirtschaftsfaktors, nämlich der menschlichen Arbeitskraft, dastehen. Daß sich bei den Gewerkschaften Mammutgebilde entwickelt haben, das müssen wir bedauern; denn dort ist – fast noch gefährlicher – eine Konzentration von Macht vorhanden, die für die Demokratie wahrhaftig nicht gut ist. Von den achtzehn Millionen Beschäftigten sind zwar nur sechs Millionen in Gewerkschaften organisiert, aber diese sechs Millionen beherrschen die anderen zwölf Millionen, so daß im großen und ganzen die achtzehn Millionen geschlossen dastehen. Das ist eine wenig erfreuliche Entwicklung. Ich wollte hier nur die Gefahr, die darin liegt, andeuten.

Das, meine Freunde, sind im großen und ganzen die Fragen der Innenpolitik. Wir werden im ersten Jahr des Bundestages bei der Einbringung neuer Gesetze Rücksicht nehmen müssen auf die Landtagswahlen, und zwar sowohl nach der positiven Seite wie nach der negativen Seite hin; nach der positiven Seite, indem wir Gesetze einbringen, die unsere Sorge für die ganze Bevölkerung erkennen lassen, nach der negativen Seite, indem wir mit einigen anderen Dingen zurückhalten. (Arnold: Bundesbahntarife!) Herr Kollege Arnold erwähnt die Bundesbahntarife.²⁵ Das zwingt mich, nun doch ein Wort dazu zu sagen, obgleich es noch zu früh ist. Herr Etzel wird das zu gegebener Zeit tun. Die Lage der Bundesfinanzen ist sehr ernst. Ich will versuchen, Ihnen das in wenigen Sätzen klarzumachen. Die Aufrüstung kostet – das schwankt je nach der Entwicklung der Waffen – x-Milliarden Mark. Eine Aufrüstung läßt sich nicht in zwei oder drei Jahren machen, sondern dazu gehört eine Anzahl von Jahren; sagen wir mal, von y-Jahren. Nun hat der vorangegangene Bundesfinanzminister²⁶, an sich von seinem Gesichtspunkt aus betrachtet ganz richtig – weil im ersten Jahr soundso viel gebraucht wurden, im zweiten und im dritten Jahr soundso viel, im vierten vielleicht x-mal soviel und im fünften Jahr noch mehr –, für jedes der in Aussicht genommenen Aufrüstungsjahre den gleichen Betrag x, geteilt durch die y-Jahre, in den Haushaltsplan eingebracht, und zwar in der Hoffnung und Erwartung, daß dann der Teil der Summe des ersten, des zweiten, des dritten Jahres usw., der in den Jahren nicht ausgegeben werden konnte, reserviert blieb für die großen Aufgaben, die das vierte, fünfte und sechste

²⁵ Beschluß des Kabinetts am 20. Januar, die Regeltarife um 8,7 %, die Sozialtarife (mit bestimmten Ausnahmen) um 50 % zu erhöhen. Zum letztenmal waren die Tarife 1951/52 erhöht worden (FAZ vom 16. Januar 1958).

²⁶ Fritz Schäffer (vgl. Anm. 30).

Jahr bringen werde. So ist der fälschlich so genannte Juliusturm entstanden.²⁷ Dort häuften sich nun die Milliarden, die bestimmt waren, in den späteren Jahren für die Aufrüstung ausgegeben zu werden.

Das Anhäufen einer solchen Summe erweckte zunächst im Ausland den ganz falschen und bösen Eindruck, als ob das deutsche Volk dauernd reich sei; es weckte die Begehrlichkeit aller Parteien – ich nehme unsere Partei nicht aus – und vieler Leute, die sagten, warum sollen wir das Geld nicht nehmen und dieses oder jenes damit tun. Ich habe damals – weil ich die Gefahr kommen sah – mit den damaligen Leitern der Bank Deutscher Länder, bei der das Geld deponiert war und in den dortigen monatlichen Ausweisen erschien, den Herren Vocke²⁸ und Bernard²⁹, ein Gespräch darüber geführt, wie man es machen könne, damit dieses Geld verschwinde. Die Herren sagten mir: Herr Schäffer³⁰ gibt uns dieses Geld nur auf tägliche Kündigung, infolgedessen können wir nichts damit machen. Wenn er uns das Geld mit längerer Kündigungsfrist gäbe, dann könnten wir dafür sorgen, daß diese verführerische Lockspeise aus den Augen der Leute verschwände. Es ist mir dann in zwei- oder dreimonatiger Arbeit gelungen, Herrn Schäffer dazu zu bekommen, daß er bereit war, das Geld auf längere Zeit zu geben. Nunmehr erklärten die Herren von der Bank Deutscher Länder, nein, wir können mit dem Geld nichts machen, so daß also das Geld da liegen blieb, anscheinend als Überschuß oder wie man es nennen will. Nun entstand ein sehr ernster Fehler, an dem auch unsere Fraktion und unsere Partei eine große Schuld tragen.

Als die Wahlen herankamen, hat man gefragt: Wie können wir uns jetzt Freunde erwerben mit dem ungerechten Mammon? Dann kamen aus der Fraktion von allen

27 Tabellen über die Kassenüberschüsse (Juliusturm) bei Franz NEUMANN: Daten zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1950–1975. Baden-Baden 1976 S. 327ff. Zur Diskussion um den Juliusturm vgl. „Juliusturm oder Danaidenfaß?“ („Grüner Brief“ 12/Januar 1956 des Instituts „Finanzen und Steuern“); Juliusturm und Steuersenkung. Kritische Betrachtungen zur Finanzpolitik und zu den Steuerschätzungen des Bundesfinanzministeriums. Teil I: Haushaltslage des Bundes – Juliusturm. Hrsg. vom Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V. Stuttgart April 1956. – Gemeint ist der sog. Juliusturm von Bundesfinanzminister Schäffer: Der Aufbau deutscher Militärverbände hatte sich aufgrund des Scheiterns der EVG verzögert. Dadurch lag im Verteidigungsetat eine zunehmend höhere Summe still, so daß die Haushaltsreste 1955 im Vergleich zu 1954 um über 4 Milliarden DM anstiegen. Dazu kamen Rückstellungen für zu erwartende Forderungen der Alliierten für Besatzungskosten in Höhe von 2,5 Milliarden DM.

28 Dr. Wilhelm Vocke (1886–1973), 1946–1948 stv. Leiter der Reichsbankstelle für die britische Zone, 1948–1957 Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank (Erinnerungen: Memoiren. Stuttgart 1973).

29 Karl Bernard (1890–1972), 1948–1957 Präsident des Zentralbankrats der Bank Deutscher Länder.

30 Fritz Schäffer (1888–1967), 1949–1961 MdB (CSU), 1949–1957 Finanzminister, 1957–1961 Justizminister. Vgl. Otto ALTENDORFER: Fritz Schäffer – Politik in schwierigen Zeiten. In: Politische Studien 39 (1988) S. 305–322; Rudolf VOGEL: Erinnerungen an Fritz Schäffer. In: ABGEORDNETE 4 S. 237–261.

Seiten die Wünsche nach diesem und jenem. Man hat dann versucht, diese Wünsche in möglichst großem Umfange zu befriedigen.³¹ Man glaubte, in diesem Geld, das für die Aufrüstung deponiert war, Deckung dafür zu haben. Man hat aber jährlich wiederkehrende Ausgaben beschlossen, während die Gelder im sogenannten Julisturm für Aufrüstungszwecke bestimmt waren.

Nun stehen wir vor folgender Kalamität: Der Haushaltsplan für 1958 und für die folgenden Jahre ist mit einer großen Zahl neu beschlossener wiederkehrender Ausgaben belastet, und das Geld, das in den nächsten Jahren für die Aufrüstung notwendig ist, fehlt. Das ist die sehr ernste Finanzlage des Bundes, in der wir uns nunmehr befinden. Sie zwingt zur äußersten Sparsamkeit.

Ich bin darauf zu sprechen gekommen, weil Herr Kollege Arnold den Zuruf über die Erhöhung der Bahntarife gemacht hat. Wir sind effektiv nicht dazu in der Lage, ständig Zuschüsse den Betrieben zu geben, die sich nicht weiter mehr tragen können. Wir wären einfach nicht mehr in der Lage, der Bundesbahn weiter diese großen Zuschüsse zu geben, um die Fehlbeträge und die Tarife unangerührt zu lassen. Nun entstand für uns die Frage, Herr Arnold, soll man die Tarifierhöhungen unmittelbar vor der Reisezeit und unmittelbar vor Ihren Wahlen vornehmen. (*Arnold*: Nein, nachher!) Dann kommen die Wahlen in Hessen, in Schleswig-Holstein und in Bayern. Wären die Wahlen alle an einem Tag, dann wäre es leichter gewesen, aber so ist es ja nicht, und deswegen müssen die Betriebe das in Kauf nehmen. Unsere Lage ist also ungewöhnlich schwierig und ernst.

Ich hoffe, daß ich mich klar genug ausgedrückt habe, wie das ganze Elend gekommen ist. Der Finanzlage werden wir Rechnung tragen müssen; denn die Hauptaufgabe bleibt nach wie vor die Stabilität der Währung. Ich wiederhole hier ein Wort des Kollegen Etzel, das absolut richtig ist: Eine Inflation schafft keine Güter. Eine Inflation nimmt einem großen Teil der Bevölkerung das Geld aus der Tasche.

Damit darf ich zunächst einmal schließen. Ich möchte nun um Wortmeldungen bitten. Dabei darf ich um Ihre Entscheidung bitten – ich habe mir die verschiedenen Punkte hier aufgeschrieben –, ob wir nach den einzelnen Punkten oder durcheinander diskutieren sollen. Ich halte es für besser, wenn wir nach den einzelnen Punkten die Diskussion gestalten; zunächst wären das die Landtagswahlen, dann die Vorgänge in München, im weiten Sinne des Wortes genommen, weiter das Verhältnis zu den anderen Parteien, dann die Presse, die Mittelschichten und die Finanzfrage. Sind Sie einverstanden, daß wir in dieser Reihenfolge diskutieren?

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann wollen wir es so halten. Das Wort hat Herr Seffrin³².

31 Anspielung auf den sog. Kuchen-Ausschuß. – Fraktionsinterner Arbeitskreis der CDU/CSU-„Programmkommission“ oder „18er-Ausschuß“, der die Mittel des Julisturm verteilte (vgl. UiD vom 6. März 1956; SCHWARZ: Adenauer 1 S. 325f.).

32 Vgl. Anm. 2.

Seffrin: Ich möchte etwas zu den Hamburger Wahlen sagen und werde dabei weder gegen die Herren Scharnberg, Sieveking und Blumenfeld³³ noch für sie sprechen. Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Bundeskanzler, wenn ich sage, daß Ihre Kennzeichnung der Hamburger Vorgänge bei den Wahlen mir doch etwas zu dumpf und negativ geklungen hat. Ich will nichts beschönigen, aber Sie dürfen nicht vergessen, daß es die ersten Wahlen waren, in denen die Hamburger CDU sich im Alleingang stellte. Wir hatten 1949 und 1953 Absprachen mit der FDP und der DP getroffen. Wenn man das berücksichtigt, sieht die Sache doch etwas anders aus. Wir haben bei der Wahl im Dezember im Alleingang, was die Zahl der Sitze angeht, genausoviel Positionen errungen, wie das 1953 trotz der Wahlabsprache mit FDP und DP der Fall gewesen ist.³⁴ Ich darf dazu sagen, wir haben bei den ersten Wahlen 1946 drei Sitze errungen, alle anderen bekam die SPD, nämlich 85. Wir haben bei den letzten Wahlen, wo wir allein gingen, 41 Sitze errungen und die SPD 65.

Ich darf weiter erwähnen, daß ich immer zu der Gruppe in Hamburg gehörte, die manches, was in den letzten Jahren geschehen ist, sehr kritisch und bedenklich angesehen hat. Ich darf als Konsequenz daraus ziehen, daß wir in Hamburg als CDU aus diesem ganzen Jammer der letzten Jahre und Monate tatsächlich sauber hervorgegangen sind und daß wir allein durchstehen konnten. (*Adenauer:* Finden Sie das als Erfolg, sauber eine Wahl zu verlieren?) Es war nicht drin, daß wir die Wahlen in Hamburg gewinnen konnten. Das wissen Sie ganz genau. Es würde zu weit führen, in der anderen Frage nun hier in die Interna einzugehen. Ich darf aber noch eine persönliche Bitte an Sie richten, Herr Bundeskanzler, und zwar hinsichtlich der Struktur der Hamburger Partei. Die Mittelschichten sind in der Hamburger Partei drin. In unserem Landesausschuß und unserem Vorstand sind die Mittelschichten in weit überwiegendem Maße vertreten. Es kann allerdings nicht bestritten werden, daß es dort eine gewisse „goldene Spitze“ gibt. Es hat uns immer leid getan, daß Sie, wenn Sie in Hamburg weilten, bei der „goldenen Spitze“ waren und keine Gelegenheit hatten, mit den anderen Leuten zu sprechen. (*Adenauer:* Warum denn nicht, ich war doch da! Das ist es doch gerade! Ihre „goldene Spitze“ hat alles hermetisch abgeschlossen und die Entwicklung der Partei abgeriegelt!) Für uns wäre es eine große Freude gewesen, wenn Sie mal heruntergerutscht wären zu den anderen. (*Adenauer:* Sie meinen, heraufgerutscht zur „goldenen Spitze“! Das ist Ihnen ein Vergnügen gewesen!) Ich glaube jedenfalls, daß die Dinge in Hamburg sauber angesprochen werden müssen. (*Unruhe und Zuruf:* Was heißt das?) Übersehen Sie nicht, daß wir in Hamburg – ob mit oder ohne unsere Schuld, das sei dahingestellt – keine Presse für

33 Erik Bernhard Blumenfeld (geb. 1915), 1946–1954 Präsidialmitglied der Handelskammer Hamburg, 1946–1955 und 1966–1970 MdHB (1949–1955 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1958–1968 Landesvorsitzender der CDU Hamburg, 1961–1980 MdB, 1973–1989 MdB.

34 Der „Hamburger Block“, ein Wahlbündnis von CDU, FDP, DP, erreichte 1953 50 % der Stimmen, die SPD 45,2 %. Vgl. FISCHER I S. 522.

uns haben. Ich erinnere Sie an die Herren, die jetzt Bulganin³⁵ in Moskau besuchen. Man sollte das Ergebnis der Hamburger Wahl zwar zur Prüfung der Innenpolitik benutzen, aber ich glaube nicht, daß man sie zum Anlaß nehmen sollte, daraus einen großen Pessimismus für die Zukunft zu schließen.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht?

Von Hassel: Ich möchte ein paar Worte aus der Distanz von Schleswig-Holstein zu den Hamburger Wahlen sagen. Wir haben die Vorbereitung für die Bundestagswahlen – das wollen wir ruhig zugeben – auch mit einem gewissen Pessimismus begonnen. Wenn ich die zwölf Monate vor der Wahl überblicke, dann ist es so, daß wir in dieser Zeit eine Reihe von Sorgen gehabt hatten. Ich bin aber der Meinung, daß ein wesentlicher Teil des Erfolges bei der Bundestagswahl darin gelegen hat, daß wir nach der Überwindung eines gewissen Pessimismus in der Winterwende 1956/57 alle mit der Überzeugung in den Wahlkampf gegangen sind³⁶: Wir werden es schaffen, wenn wir fleißig sind und mit Vertrauen in diese Auseinandersetzung hineingehen. Dieser Optimismus hat sich dann schnell bei uns herumgesprochen und auch seine Wirkungen gehabt.

Überall, wo ich während des Bundestagswahlkampfes gewesen bin, habe ich gesehen, daß jeder mit Freude die Ärmel aufkrempelte und sagte: Ran an die Arbeit, wir schaffen es schon.

Ich glaube, lieber Freund Seffrin, die Wahlvorbereitung in Hamburg war nicht so gut; denn wo auch immer man mit einem Hamburger gesprochen hat, bekam man zu hören: Die Wahl ist gar nicht zu gewinnen. Ich meine, daß gerade diese Formel „Die Wahl ist gar nicht zu gewinnen“ bei den allermeisten Menschen keinen guten Einfluß ausgeübt hat.

Wir schaffen die nächsten Landtagswahlen, wenn wir mit gleichem Optimismus und gleichem Schwung in den Wahlkampf hineingehen, der uns auch beim Bundestagswahlkampf begleitet hat, und zwar vom Bundesvorstand aus, der mit strahlendem Optimismus durch die Lande zog, bis hin zu dem kleinsten Mann. Wir waren alle guten Muts, und dann haben wir es auch geschafft. Eine solche Stimmung und ein solcher Optimismus waren nach meiner Auffassung ein wesentliches Rezept für unseren Erfolg; denn das ist ansteckend und hat eine ungewöhnlich gute propagandistische Wirkung.

Das ist also kein Vorwurf, Herr Seffrin, sondern ich wiederhole nochmals: Mit wem ich auch in Hamburg gesprochen habe, jedesmal erklärte man mir: Die Wahl ist gar nicht zu gewinnen. Wir sollten uns also in Zukunft davor hüten, in solch negativer Weise von dem Ausgang einer Wahl zu sprechen.

35 Nikolai Alexandrowitsch Bulganin (1895–1975), sowjetischer Politiker; 1955–1958 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE S. 500 Anm. 5. – Seit dem 14. Januar 1958 hielten sich Axel Springer, sein Assistent Christian Kracht sowie der Chefredakteur der „Welt“ Hans Zehrer in Moskau auf (vgl. „Die Welt“ vom 15. Januar 1958 sowie AdG 1958 S. 6884f.).

36 Vgl. die Umfrageergebnisse in Nr. 1 S. 33 sowie PROTOKOLLE 2 S. XXIX.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht? Das Wort hat Herr Johnen.

Johnen: Ich darf mich den Worten des Herrn Ministerpräsidenten von Hassel anschließen. Kollege Meyers hat angedeutet: Wir müssen den Wähler im gleichen Prozentsatz an die Urne bringen wie bei der Bundestagswahl.³⁷ Wenn ich von Nordrhein-Westfalen ausgehe, dann kann ich sagen, wenn wir keine 51 % der rheinischen Stimmenzahlen erreichen, haben wir die Wahl nicht gewonnen. 1954 war die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl um 13 % weniger.³⁸ Diese 13 % müssen wir gewinnen. Wir gehen mit guter Hoffnung an die Landtagswahlen heran. Es ist z.Z. bei der Bevölkerung gar keine miese Stimmung, wohl aber unter den Politikern; und dagegen kämpfe ich jetzt. Unsere Abgeordneten sind auf dem Wege, die Stimmung schlechtzumachen.

Es kommt hinzu: Der Wähler hat uns noch nie abgenommen, daß die Landtagswahlen bundespolitische Bedeutung haben. Wenn wir das sagen, dann wird uns das entweder gar nicht oder nur zum Teil abgenommen. Diese These ins Volk zu bringen, ist Aufgabe der Bundestagsabgeordneten und auch Ihre Aufgabe als Bundeskanzler; denn Ihnen glaubt man das, und Ihnen nimmt man das ab.

Wir sind z.Z. bereits im Vorwahlkampf; es finden Versammlungen im vorpolitischen Raume statt. Es werden auch interne CDU-Versammlungen in allen Orts- und Kreisparteien abgehalten. Ich darf hier fragen: Wo sind die Bundestagsabgeordneten? Sie sind auf Reisen. Man spricht sie viel an und schreibt ihnen, aber sie sind immer auf Reisen oder ungewöhnlich stark in Bonn beschäftigt. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Bundestagsabgeordneten die Bundesrepublik kennenlernen wollen. Aber dann sollten sie es vor den Wahlen tun und mit Reden verbinden. Wir müssen verlangen, daß auch die Bundestagsabgeordneten mindestens den gleichen Eifer an den Tag legen bei den Landtagswahlen wie bei den Bundestagswahlen. Nur so können wir die Wahlen gewinnen. Wenn alle den gleichen Fleiß aufbringen wie bei der Bundestagswahl, dann haben wir eine echte Chance, die Wahl in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen.

Dabei spielen bei uns die Preise eine wesentliche Rolle. In einem Lande wie Nordrhein-Westfalen mit seiner Struktur ist auch eine kleine Preissteigerung stimmungsmäßig von wesentlicher Bedeutung. Ich bin der Ansicht, wenn schon die Tarife der Bundesbahn erhöht werden müssen, dann lieber jetzt als unmittelbar vor der Wahl. Bis zur Wahl hat man sich nach dem Grundsatz der Gewöhnung darüber hinweggesetzt. Ich bin Ihnen dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie gesagt haben: Wir müssen in der Einbringung unserer Gesetze auf die Landtagswahlen positiv und negativ Rücksicht nehmen. Wir müssen auch von den Ländern aus auf den Bund Rücksicht nehmen.

³⁷ Die Wahlbeteiligung lag bei 87,8 %.

³⁸ Bei der Bundestagswahl 1953 lag die Wahlbeteiligung bei 86 %, bei den Landtagswahlen in NW am 27. Juni 1954 bei 72,6 %.

Vor allem brennt uns das Problem wegen der Länderabgabe in Höhe von 35 % auf den Nägeln.³⁹ Bei uns in Nordrhein-Westfalen versucht man jetzt, die CDU vor die Landesregierung zu spannen: Helft uns in Bonn, der Finanzminister gehört zu euch, ihr seid die Regierung, damit wir von den 35 % auf 30 % oder auf ein Mittel dazwischen herunterkommen; denn wir können unsere Aufgaben nicht mehr erfüllen, weil wir diese hohen Leistungen an den Bund vollziehen müssen. Ich möchte darum bitten, daß wir uns in den Ländern, in denen wir nicht die Regierung bilden, nicht zum Vorspann gegen den Bund benutzen lassen.

Es müssen also Pannen vermieden werden im Bund gegen die Länder und auch umgekehrt in den Ländern gegen den Bund; denn das wirkt sich bei den Wählern schlecht aus. Wir wollen zugeben, im Endresultat geht der Wähler mit dem Bund und nicht mit dem Land. Das müssen wir psychologisch ganz klar sehen. Ich habe die Bitte, wenn ich auch etwas Anstoß erregt haben sollte, daß die Bundespartei noch einmal die Bundestagsabgeordneten mahnt, sich im Wahlkampf mindestens so zur Verfügung zu stellen wie bei dem Bundestagswahlkampf. Auch die Bundestagsabgeordneten sollten sich, wenn sie sich entschuldigen wollen, überlegen, ob sie, anstatt zu einer Repräsentationsveranstaltung zu gehen, nicht in einer großen Kolpingsversammlung oder vor einem evangelischen Arbeitskreis sprechen, auch wenn es nicht unbedingt ihre Pflicht ist.

Gerstenmaier: Der Herr Vorsitzende der CDU Rheinland hat gesagt, die Offensive ist auf jeden Fall die richtige Form im Wahlkampf. Ich glaube, das gilt auch hier am Versammlungstisch des Parteivorstandes. Der Herr Bundeskanzler hat Hamburg attackiert, und ich hätte Ihnen, Herr Kollege, gewünscht, daß Sie diese Attacke, selbst wenn Sie eine verlorene Sache zu verteidigen hatten, in Form einer Gegenoffensive erwidert hätten. Wenn ich als Officialverteidiger für Hamburg zu reden gehabt hätte, dann hätte ich ganz sicher auf die Attacke des Herrn Bundeskanzlers mit einer nicht ganz so gut placierten, aber in der Form doch ähnlichen Gegenoffensive geantwortet und dem Bundesvorstand der CDU vorgehalten, wie kommt es eigentlich, daß wir heutzutage in Deutschland ein Blatt haben, von dem ein bedeutender Journalist sagt: Es ist eine deutsche „Prawda“⁴⁰. Sicherlich ist man nicht ganz richtig bei dieser Entwicklung vorgegangen. (*Adenauer:* Wieso?) Das werde ich Ihnen noch sagen. (*Adenauer:* Das will ich Ihnen gleich sagen!) Herr Bundeskanzler, ich wollte nur sagen, daß sich von Hamburg aus einiges zur Richtigstellung und zur Kritik sagen läßt. Von Herrn Sieveking – ich bin einmal mit ihm bei der Hamburger Presse gewesen – habe ich nicht gehört, daß er der Meinung sei, wenn er noch einmal drankäme, nun unter allen Umständen nur mit der SPD zu regieren. (*Adenauer:* Das hat er wohl gesagt!) Er hat die Möglichkeit nicht in Abrede gestellt. (*Widerspruch und Unruhe.* –

³⁹ Johnen bezieht sich auf den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der nach dem Finanzverfassungsgesetz vom 23. Dezember 1955 (BGBl I S. 817) am 1. April 1958 von 33¹/₃ auf 35 % anstieg. Vgl. MUSCHEID S. 41 f.

⁴⁰ Gemeint vermutlich „Der Spiegel“.

Adenauer: Das ist ein großer Irrtum!) Ich sage das, meine Herren, was ich selber gehört habe und wovon ich Zeuge bin. Ich habe nicht gehört, daß Herr Sieveking, von der Hamburger Presse befragt, erklärt hat, daß er nur mit der SPD regieren wolle und regieren könne, sondern er hat die Möglichkeit einer großen Koalition in Hamburg nicht von vornherein vor der Wahl in Abrede gestellt.⁴¹

Im übrigen freue ich mich – und der Erfolg hat dem ersten Parteivorsitzenden absolut recht gegeben –, daß es offenbar nichts ist mit dem Wahlkampf in Deutschland, wenn er aus irgendeiner Haltung der Defensive oder einer großzügigen Verständigungsbereitschaft geführt wird. Infolgedessen sehe ich die Chance des Landes Nordrhein-Westfalen für gar nicht so schlecht an. Ich würde gegen manches, was gesagt worden ist, für uns gewisse Bedenken haben, vor allem, wenn ich an die Lohn- und Preisspirale denke. Ich würde Bedenken haben, ob sich ein hundertprozentiger Sieg an unsere Fahnen heften läßt, wenn man in der Defensive bleibt. So viel Bedenken ich hierbei auch habe, so wenig Bedenken habe ich hinsichtlich des Ausgangspunktes in Nordrhein-Westfalen; denn dort haben Sie die große Chance, aus der Opposition heraus in die Offensive zu gehen.

Wenn man – nicht in Form eines Kritikmanövers – an den Hamburger Wahlen Kritik üben will, kann man sagen, daß die Hamburger Wahlen uns sicher geschadet haben; dort hat von uns aus jede Offensive gefehlt. Es ist auch bei einer schwachen Defensive, insbesondere gegenüber dem „Spiegel“, geblieben, die in Hamburg geradezu zu einem Defätismus bis in unsere eigenen Reihen geführt hat.

Sie in Nordrhein-Westfalen sind in einer viel besseren Ausgangsposition und kämpfen nach dem bewährten Rezept der Offensive. Aber, Herr Kollege Johnen, wenn Sie der Meinung sind, daß die Offensivspitze von den Bundestagsabgeordneten gestellt werden müsse, dann muß ich sagen, hier bin ich ganz anderer Meinung. Wenn die Länder es nicht fertigbringen, mit ihren eigenen Mannschaften die Offensivspitze zu bilden, dann ist es Zeit, darüber nachzudenken, wie es eigentlich mit dem Föderalismus in der Tat bestellt ist. Man muß aus Gründen der Arbeitsteilung, der planvollen Wirtschaft und des Energiepotentials verlangen, daß bei Landtagswahlen nicht nach Bundestagsabgeordneten geschrien wird. Man kann auch fragen: Wie ist es mit den Doppelmandaten? (*Zuruf:* Wieso?) Da die Verflechtung über den Bundesrat von den Ländern her eine solche Bedeutung für die Bundesgesetzgebung erlangt hat, muß man sich fragen, ob man nicht überhaupt bei unserer Partei mehr aufpassen muß in der Frage der Doppelmandate. (*Zuruf:* Wo gibt es welche?) In Baden-Württemberg gibt es Doppelmandate, um bei meinem eigenen Land zu bleiben. Es gibt auch noch andere. Ich rate Ihnen auf jeden Fall, im Blick auf die Landtagswahlen nicht nur nach den Bundestagsabgeordneten zu rufen. (*Arnold:* Aber auch!) Ich sage nur, was mich verdrossen hat bei den Ausführungen des Kollegen

⁴¹ Ausgangspunkt der Spekulationen war eine umstrittene Rede, die Sieveking Anfang Oktober 1957 im Zentralausschuß Hamburger Bürgervereine gehalten und in der er sich für eine „Regierung auf breiter Basis“ eingesetzt hatte („Hamburger Echo“ vom 3. Oktober 1957).

Johnen, ist das, daß er nach Bundestagsabgeordneten gerufen hat. Es ist nach meiner Meinung völlig unmöglich, daß man vom Lande her als Landesvorsitzender ruft: Wo sind die Bundestagsabgeordneten? Die Bundestagsabgeordneten sind hoffentlich in ihrem Parlament, verehrter Herr Johnen, und dieses Parlament ist hier in Bonn. Ich will damit nur sagen, daß man den Bundestagsabgeordneten billigerweise ein gerüttelt Maß an Beiträgen und Reden abverlangen kann, aber ich möchte nicht empfehlen, die Sache in erster Linie auf die Bundestagsabgeordneten abzuladen. (*Johnen*: Wer tut das denn?) Die Bundestagsabgeordneten sollten nicht die Offensivspitze stellen. (*Unruhe und Widerspruch.*) Verzeihen Sie, meine Herren, bei der Bundestagswahl habe ich den Eindruck gehabt, daß der Wahlkampf in allererster Linie auf die Bundestagsabgeordneten abgestellt war. (*Erneuter Widerspruch.*) In den Ländern sind die Bundestagsabgeordneten überfordert, wenn sie das machen sollen.

Herr Bundeskanzler! Ich wollte das eigentlich nur so nebenbei sagen, mir kommt es auf etwas anderes an. Zu dem Ereignis von München erging die Meinung, daß darüber unbedingt gesprochen werden müsse, weil alle anderen Gremien innerhalb der Partei zu groß sind, um diesen nuancierten und schwierigen Vorgang anzusprechen. Ich glaube auch nicht, daß wir heute nachmittag im Bundesparteiausschuß darüber sprechen können. Wir sollten aber hier in diesem Kreise darüber sprechen.

Adenauer: Wir wollen uns jetzt nicht verlieren in der Diskussion. Herr Johnen, verzichten Sie auf die Klarstellung? Und Herr Hellwig, verzichten Sie auf Ihre Wortmeldung? (*Hellwig*: Nur eine praktische Anregung!) Lassen Sie mich einige wenige Sätze sagen. Ich bin für Doppelmandate in beschränkter Zahl. Man darf die Landtage nicht völlig losreißen vom Bund.

Ich habe Herrn Johnen richtig verstanden, Herr Kollege Gerstenmaier. Von den Bundestagsabgeordneten wird doch sicher nicht verlangt, daß sie auf die Dörfer gehen und überall dort Reden halten sollen. Aber übersehen Sie doch bitte nicht, daß sich diese Wahlen, vor allem im Lande Nordrhein-Westfalen, in der Hauptsache um die Außenpolitik drehen werden. Und über Außenpolitik kann nun ein Landtagsabgeordneter nicht so sprechen, weil er nicht dabei ist. Da müssen die Bundestagsabgeordneten an die Front.

Johnen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen, der gewohnheitsrechtlich ein Doppelmandat hat; das ist der Landtagspräsident Gockeln⁴². Wir haben dann weiter die Herren Arnold und Meyers, die jetzt in den Bundestag gekommen sind. Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt kategorisch rede. Ich habe den Herren verboten, aus dem Landtag zurückzutreten; denn es ist ausgeschlossen, daß sich die nachrückenden Kandidaten in einem halben Jahr in die Landtagstätigkeit einarbeiten. Ich wollte auf die Mitarbeit der Herren nicht verzichten, und zwar hatte ich als Landesvorsitzender einen egoistischen Grund dabei; denn wenn nun vier Kandidaten nachrücken, dann wollen sie, wenn

42 Josef Gockeln (1900–1958), 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1958 Landtagspräsident, 1949–1958 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 5; Walter FÖRST in ZEITGESCHICHTE 5 S. 161–175.

sie ein halbes Jahr gearbeitet haben, auch bei der nächsten Wahl wieder aufgestellt werden. Infolgedessen habe ich die neuen Bundestagsabgeordneten gebeten, zunächst nicht aus dem Landtag auszutreten.

Hellwig: Ich möchte nur zwei kurze Anregungen geben. Um die Landtagswahlen interessant zu machen, müßte man herausstellen, daß die Landtagswahlen auch sehr wichtig für den Bundesrat sind, z.B. „Das Jahr 1958 – ein Jahr der Bundesratswahlen“. Gerade den Gewerbetreibenden müßte gesagt werden: Die Hälfte der Steuergesetzgebung macht der Bundestag, die andere Hälfte macht der Bundesrat. Wenn ihr eine vernünftige Steuerpolitik haben wollt, dann haltet die Landtagswahlen genauso wichtig wie die Bundestagswahlen.

Nun etwas zur Frage des Rednereinsatzes der Bundestagsabgeordneten. Warum hat das im letzten Sommer geklappt? Weil erstens Parlamentsferien waren und zweitens, weil ein langfristiger Rednerplan aufgestellt war und jeder auf fünf bis sechs Wochen hinaus seine Termine kannte. Es ist unmöglich, neben der Bundestagsarbeit kurzfristige Termine für Rednerverpflichtungen im Lande wahrzunehmen und einzuhalten. Hier muß also ein langfristiger Rednerplan aufgestellt werden.

Etzel: Ich möchte ein Wort sagen zur Vorbereitung dieser Wahl. Ich habe heute morgen den Bericht über die gestrige Besprechung der Länderfinanzminister erhalten.⁴³ Ich bekomme – das möchte ich vor allem in Anwesenheit der Länderministerpräsidenten sagen – den Eindruck, als ob sich dort jetzt schon eine Meinung gegen den Bund bilde, die im Hintergrund beim Wahlkampf benutzt werden soll. Herr Kollege Arnold, Sie waren so freundlich, mir die Ausführungen von Herrn Maier⁴⁴ zu schicken. Gestern hat eine völlige Einmütigkeit der Länderfinanzminister gegen den Bund bestanden. Herr Tapolski⁴⁵, der in Nordrhein-Westfalen im Finanzministerium eine Rolle spielt, hat erklärt, die Länderfinanzministerkonferenz und die Länder würden sich zum ersten Male gegen die Ausgabenpolitik des Bundes wenden. Hier geht also die Torpedierung vom Geldsäckel her gegen den Bund. Wir müssen gerade den Anfängen wehren. Ich stelle mich dafür im kleinen Arbeitskreis zur Verfügung, der bald zusammenkommen muß, um die Politik der Länder, soweit sie falsch gemacht wird, unter Kontrolle zu nehmen. Sie, Herr Johnen und Herr von Hassel, wollen bitte dasselbe tun. Wir müssen die Länderfinanzminister, die zu uns gehören, politisch dahin korrigieren, daß sie sich nicht zum Vorspann und Rammbock einer solchen Entwicklung machen lassen. Wir müssen jetzt aufpassen, sonst ist es zu spät.

Ein zweites Wort zu der Preisfrage! Seien Sie davon überzeugt, daß wir die Bedeutung der Preislage und der Preisentwicklung sehen. Man kann aber gewisse Dinge leider nicht ändern, weil sie sonst inflatorisch werden. Es ist uns lieber, daß die

43 Vgl. FAZ vom 17. Januar 1958.

44 Nicht zu ermitteln.

45 Hans-Joachim Tapolski (1897–1966), Ministerialdirigent im Finanzministerium NW bis 1962 (zunächst Leiter Haushaltsabteilung, dann der Abteilung Vermögens- und Schuldenverwaltung).

Dinge, die notwendigerweise in fünf Monaten kommen, jetzt vorweg gekommen sind, sonst haben wir nachher bei den Wahlen die Malaise.

Adenauer: Wir kommen zum folgenden Punkt, nämlich zur Frage: Verhandlungen zwischen irgendwelchen Teilen der christlichen Kirchen und der Sozialdemokratie. Das Wort hat Herr Kollege Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Wir müssen unser Interesse diesem Ereignis von München⁴⁶ zuwenden; aber nicht deshalb, weil es sich darum handeln könnte, daß unsere jetzige Monopolstellung als christliche Partei in Deutschland in Frage gestellt wäre. Ich glaube auch nicht, daß die Bewegung innerhalb der Sozialdemokraten und auch die Bewegung innerhalb der beiden Kirchen auf die Sozialdemokraten zu im Volksbewußtsein und in unserem eigenen Bewußtsein die Position erschüttern könnte, die darin besteht, daß wir heute die – nicht nur im Namen – eigentliche, sich zum programmatischen Christentum bekennende Partei sind. Die Schwierigkeit scheint mir darin zu liegen, daß bei den beiden christlichen Kirchen ein legitimes Recht verspürt wird, so etwas zu machen; denn im Bewußtsein der beiden christlichen Kirchen steht die missionarische Verpflichtung vor dem Politischen. Das ist traditionell, das ist eine Gemeinsamkeit der christlichen Kirchen innerhalb der Ökumene. Das ist unanfechtbar. Infolgedessen würde ich, wenn ich katholischer Kleriker wäre, nichts gegen die Entscheidung des Münchener Erzbischofs⁴⁷, der diese Sache akzeptiert hat, sagen können; denn das folgt aus dem klarbewußten Vorgang des Missionarischen in der Kirche vor dem Politischen.

Ich glaube also, daß wir das einfach zur Kenntnis nehmen und uns als Partei damit abfinden müssen. Es bleibt uns dennoch ein weiter Spielraum, in dem wir uns auseinandersetzen können und auseinandersetzen müssen. Wir haben gesehen, daß bei den Sozialdemokraten ein positiver Bekenntnisakt in der Richtung zum christlichen Grundbekenntnis im Laufe dieser Jahre stattgefunden hat; ich glaube aber, daß bei der Sozialdemokratie in der Tat sich eine Art Bewußtseinszweifel vollzieht und daß dieser Bewußtseinszweifel weit stärker von taktischen Überlegungen her gespeist wird als von irgendeiner Art grundsätzlicher Konversion. Ich mißtraue auch der programmatischen Abkehr von Karl Marx innerlich sehr stark, weil ich nicht glaube, daß sich diese programmatische Abkehr von Karl Marx in der Erkenntnis einer anderen Wahrheit, einer höheren Wahrheit vollzieht; sie geschieht aus der Einsicht, daß mit den alten marxistischen Ladenhütern kein Geschäft mehr zu machen ist bei den leidlich wiederhergestellten politischen Massen.

46 Tagung der Katholischen Akademie in Bayern am 11./12. Januar 1958. – Vgl. Anm. 18; AdG 1958 S. 6849f.; Frederic Sports: Kirchen und Politik in Deutschland. Stuttgart 1976 S. 290; GAULY S. 156.

47 Josef Wendel (1901–1960), 1928 Priesterweihe, 1929–1938 Direktor des Bischöflichen Studienheims, 1938–1941 des Caritasverbandes in Speyer; 1941–1943 Weihbischof, 1943–1952 Bischof von Speyer, 1952–1960 Erzbischof von München und Freising (1953 Kardinal), 1956 erster katholischer Militärbischof der Bundeswehr.

Wo also mit dem marxistischen Rezept nichts mehr zu machen ist und weil sich das bei den Einsichtigen herumgesprochen hat, müssen auch die anderen, die es nicht gerne haben, vorsorglich mitmachen; denn sonst bringt man die Partei nicht an die Macht. Ich würde es im Blick auf den geistigen Vorgang so ausdrücken, daß es sich nach meiner Überzeugung leider nicht um einen echten Bekenntnisakt der sich wandelnden Sozialdemokraten handelt, sondern um die Einsicht in politisch-propagandistische Notwendigkeiten, die zur Erlangung der Macht einfach unerlässlich sind, weil man sonst über gewisse Grenzen nicht hinauskommt. Wer Volkspartei in Deutschland werden will, darf sich mit dem Traditionsgut des Christentums und der Christenheit nicht auf ein gespanntes polemisches Verhältnis einlassen. Wer das tut nach 1945, der hat keine Aussicht, über die 30%- bzw. 40%-Grenze hinauszukommen.

Was vollzieht sich auf diese Weise in der Sozialdemokratie? Es vollzieht sich eine Art Säkularisationsprozeß gegenüber dem eigenen Ideengut, das nicht nur einen doktrinären Inhalt, sondern auch einen gewissen Sinn für diese Partei gehabt hat. Das Verhältnis zur Idee des Marxismus war positiv. Es lockerte sich immer mehr unter taktischen Gesichtspunkten. Diese Partei wird immer stärker in diesem Sinne säkularisiert, d.h., das weltanschauliche Programm wird immer mehr dem Takt- und Machtmäßigen unterworfen. Es kann also so oder so verfahren werden. Es tritt in dieser Partei eine ungeheure weltanschauliche Labilität ein, die es mit jedem und mit allem kann, auch mit dem katholischen Erzbischof, zum ersten Male in der Geschichte. Das ist nicht die Folge einer Konversion, sondern ein Symptom der Labilität der inneren Haltung der SPD.

Warum rede ich davon? Ich würde mir gar nicht diese Mühe machen, hier darüber zu sprechen, wenn ich mich nicht fragte: Was geht uns eigentlich dabei an? Uns geht dabei wiederum an, daß wir es unsererseits so nicht halten können und nicht halten dürfen, d.h., wir müssen unser Profil behalten. Es ist das Wort, das von unseren katholischen Freunden ohne Arg und ohne Vorbehalt angewendet wird, das aber auf dem Boden des Protestantismus nur mit größter Vorsicht verwendet werden kann und in der Evangelischen Akademie am besten überhaupt nicht benützt wird. Die CDU-Leute sollten Wert darauf legen, daß wir das sind und bleiben, was man eine Weltanschauungspartei nennt. Mein Freund Osterloh⁴⁸ sieht mich an, und ich frage mich, ob man im Blick auf den protestantischen Flügel in der CDU es überhaupt riskieren kann, so etwas zu sagen. Deshalb ist es wichtig, daß man hier im Bundesvorstand darüber spricht. Vielleicht ist der Parteiausschuß, sicher aber ein Parteitag ein zu großer Kreis, um diesen im Bewußtsein des Protestantismus problematischen Begriff aufzunehmen. Ich nehme ihn hier auf, weil man sich am schnellsten darüber verständigen kann. Ich meine damit, daß die CDU sich als

⁴⁸ Edo Osterloh (1909–1964), 1935–1941 Dozent an der Kirchlichen Hochschule Berlin (Bekennende Kirche), 1953–1956 im Bundesministerium des Innern bzw. für Familienfragen, 1956–1964 Kultusminister in Schleswig-Holstein (CDU).

eine christlich bestimmte Volkspartei mit ihrer Kontur und damit auch mit ihrer ansprechenden Kontur, allerdings auch mit ihren Abgrenzungen gegenüber anderen, nicht halten läßt, wenn wir in eine ähnliche Situation hineingeraten, d.h., wenn wir nur unter dem Gesichtspunkt der taktischen Machtverhältnisse anfangen, im politischen Bereich zu manipulieren.

Ich habe immer Bedenken gehabt, dieses oder jenes zu machen, auch z.B. mit den Kirchen. Ich war immer der Meinung, daß die Kirchen von sich aus nicht beliebig weit mit allem und jedem gehen können. Sie können sich zwar an einen Tisch setzen, aber nicht gemeinsame Resolutionen finden mit jedem Gesprächspartner. Das ist unmöglich.

Mich haben in diesem Bericht über München am meisten die Darlegungen des Professor Gundlach⁴⁹ interessiert. Gundlach hat nach meiner Überzeugung den Kern des Problems erfaßt. Er hat nicht nur für die katholische Kirche, sondern eigentlich auch für eine sich christlich nennende Weltanschauungspartei, wie es die CDU ist, dem Gegner gesagt: Wie haltet ihr es denn mit der grundsätzlichen Bindung des politischen Verhaltens, auch im Taktischen? Wie haltet ihr es mit dem Grundgedanken einer absoluten Verpflichtung über Machterwägungen hinaus? Er hat gefragt und damit ihre liberale Tragik ganz aufgedeckt und ihr Handeln völlig in Frage gestellt. (Seffrin: Das war der Erfolg!) Sicher! Gundlach fragt die Sozialdemokraten, auch uns: Wie haltet ihr's denn, und wie gedenkt ihr, bei eurem Selbstbewußtsein zu bleiben und das wahrzunehmen? Mit anderen Worten: Auch für uns ergibt sich aus der Frage Gundlachs an die Sozialdemokraten, ob wir bei dem bleiben wollen, womit wir angetreten sind, oder ob wir der Meinung sind, daß es auch für uns – um die über 50 % hinausgehenden Stimmen zu zementieren – zweckmäßiger sei, das Weltanschauliche zurücktreten zu lassen hinter den Problemen der Volkspartei, der liberalisierten Volkspartei, die möglichst vielen Interessenten eine sichere und brauchbare Heimstätte bietet. Das ergibt sich nebenher aus dem, was Professor Gundlach, nach meiner Überzeugung mit Recht, die Sozialisten gefragt hat.

Herr Bundeskanzler! Wenn ich im Augenblick etwas exemplifizieren darf, von dem Sie gesprochen haben, dann würde ich sofort die Mißbilligung einiger unserer Freunde finden. Aber ich darf einen Punkt konkretisieren. Ich bin der Meinung, daß summa summarum – obwohl sich vieles zur Rechtfertigung sagen läßt – unser Kuchen-Ausschuß⁵⁰ im letzten Bundestag mit seinen großartigen Leistungen im großen und ganzen ein negatives Experiment für unser staatliches, aber auch parteiliches Selbstbewußtsein gewesen ist. Ich sage, auch dabei mischen sich viele Absichten und viele Motive; aber es sind einige Motive dabei, denen gegenüber wir

49 Dr. Gustav Gundlach SJ (1892–1963), 1923 katholischer Priester, Sozialwissenschaftler, 1929 Professor in St. Georgen, ab 1938 in Rom. Vgl. Anton RAUSCHER in ZEITGESCHICHTE 2 S. 159–176, zur Münchener Rede S. 174f. – Gundlach sprach über „Christentum und demokratischer Sozialismus“.

50 Vgl. Anm. 31.

nur mit größten Vorbehalten reagieren können und sollen. Ich sage das nicht, um jemand anzugreifen, sondern weil ich nicht möchte, daß man in abstrakter Form etwas zu einer Auseinandersetzung sagt, in der man die Beziehungen zur politischen Realität herstellen will, was mich verdrossen hat. (*Zurufe*: Was heißt das? Das ist unklar! – *Unruhe*.)

Lieber Freund Osterloh! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir unter die Arme griffen. Die Position des Protestantismus wurde auf dieser denkwürdigen Begegnung ausschließlich wahrgenommen von dem Protestanten und Sozialdemokraten Arndt⁵¹, der sich sehr viel darauf zugute getan hat, die Grundkonzeption des Materialismus und Marxismus – also unser geschworener ideeller wie politischer Gegner – und den militanten Pragmatismus als die heute allein mögliche Position des deutschen Protestantismus im denkerischen Feld der Kirche darzustellen. Das ist einfach unerhört; denn die Darlegungen von Arndt über das protestantische Verhältnis zum Naturrecht entsprechen einfach nicht der Wirklichkeit. Sie geben die Position des militanten Pragmatismus wieder. Ich weigere mich sogar anzuerkennen, daß das die Position des Protestantismus ist. Die Bekenntnisakte des Protestantismus stehen klar auf der Seite des Naturrechts, sogar die des kalvinistischen Protestantismus und der Staatskirche. Das können wir uns nicht wegnehmen lassen; denn hier ist eine elementare Komponente unseres ideellen Zusammengehens in der politischen Praxis innerhalb der Christlich-Demokratischen Union gegeben. Ich frage mich, ob das nicht als Randbemerkung – wenigstens das letzte – von evangelischer Seite aus dem Bereich der CDU zu den Münchener Gesprächen verwendet werden kann, damit es hier keine Mißverständnisse und keine Gedankenverwirrung gibt.

Adenauer: Ich bin in wesentlichen Punkten der gleichen Ansicht wie der Herr Kollege Gerstenmaier. Ich bin in wesentlichen Punkten aber auch völlig entgegengesetzter Meinung. Zunächst scheint es mir so zu sein, Herr Gerstenmaier, daß Sie sich in Ihren Ausführungen sehr stark widersprochen haben. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Sie haben damit begonnen, man könne den christlichen Kirchen diese missionarische Tätigkeit nicht unterbinden, und man müsse das einfach zur Kenntnis nehmen. (*Gerstenmaier*: „Den Vorrang des Missionarischen vor dem Politischen“ habe ich gesagt!) Und dann haben Sie gesagt, es habe sich in München um nichts anderes gehandelt als um politisch-propagandistische Notwendigkeiten der Sozialdemokraten, die zur Erlangung der Macht einfach unerläßlich seien. Das haben Sie wörtlich gesagt. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Gerstenmaier*: Das Motiv! – *Unruhe und Bewegung*.) Lassen Sie mich doch einmal aussprechen. (*Gerstenmaier*: Das Motiv habe ich gemeint!) Das Motiv! Verzeihen Sie, ich bestreite mit der größten Entschiedenheit, daß irgendein Organ der katholischen Kirche eine missionarische Tätigkeit hier ausübt

51 Dr. Adolf Arndt (1904–1974), 1949–1969 MdB (bis 1963 Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1956–1964 Mitglied des SPD-Vorstands, 1963–1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. – Dieter GOSEWINKEL: Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945–1961). Bonn 1991.

gegenüber den katholischen und evangelischen Sozialdemokraten. Wenn das so ist, wie Sie sagen, dann ist die Sozialdemokratie eine Weltanschauungspartei, in der vereinigt sind getaufte katholische und evangelische Christen. Und denen soll man missionarisch in dieser Weise gegenüberreten! Das Ganze war – Sie haben es ja später ausdrücklich bestätigt – nichts anderes als eine politisch-propagandistische Aktion der Sozialdemokraten. Deswegen bedaure ich es außerordentlich, daß man sich in München von katholischer Seite dazu hergegeben hat. Und dabei bleibe ich auch. Dafür sind die Kirchen nicht da! (*Gerstenmaier*: Zur Präzisierung, Herr Bundeskanzler! Ich sage nichts anderes als das: Die Motive, mit denen man die beiden Gesprächspartner an den Tisch gebracht hat, sind ganz verschieden. Von seiten der Sozialdemokraten ist ohne Zweifel das Bedürfnis nach Propaganda vorhanden, um hier etwas zu erreichen. Auf der Seite der Kirchen aber, auch in der Katholischen Akademie und in der Evangelischen Akademie, herrscht das Bewußtsein der missionarischen Verpflichtung vor.) Das bestreite ich Ihnen völlig. Das bestreite ich restlos! Das war keine missionarische Tätigkeit, was da in München abgelaufen ist. (*Arnold*: Wir sind im Grunde der gleichen Auffassung!) Nein, wir sind verschiedener Auffassung; denn ich beabsichtige, bei den katholischen Bischöfen entschieden Protest dagegen einzulegen. (*Arnold*: Einverstanden!) Aber Herr Gerstenmaier sagt: Das war eine missionarische Tätigkeit, die können Sie nicht inhibieren. (*Gerstenmaier*: Das Motiv, das die Katholiken an den Tisch gebracht hat, war missionarisch. Es war nicht das, die Sozialdemokraten zu unterstützen.) Es war eine rein politische Aktion. Sie haben gesagt, die Sozialdemokratie sei zu der Überzeugung gekommen, daß sie über die 30%-Grenze dadurch gelange, wenn sie von ihren bisherigen Angriffen gegen das Christliche abrücke. Deswegen haben sie sich dieses Mäntelchen umgehängt.

Auch in einem anderen Punkt irren Sie sich. (*Gerstenmaier*: Nein! – *Unruhe und Bewegung*.) Meine Herren! Die Sache ist so wichtig, daß ich bitten möchte, ihr die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, die sie verdient. Diese Sache geht an die Wurzel unserer Partei. Und dabei bleibe ich. Sie haben gesagt, das richte keinen Schaden an. Das richtet aber doch einen sehr großen Schaden an, wenigstens auf katholischer Seite. Wenn ich höre, daß sich der Herr Arndt und der Herr Carlo Schmid unter dem Patronat des Erzbischofs von München mit den anderen Herren zusammensetzen und Meinungen austauschen und dann feststellen: Darin sind wir einig, und darin sind wir nicht einig, und wenn sie dann beschließen – diese Nachricht hat nicht in der Presse gestanden –, die Gespräche fortzusetzen, wie sollen wir dann noch in unseren katholischen Organisationen im vopolitischen Raume die Leute bei der Stange halten? Das ist doch völlig unmöglich.

Das ist bei Ihnen deswegen anders, weil ein sehr großer Teil der Evangelischen in Deutschland, wie mir Evangelische gesagt haben, auf ihren Klerus überhaupt nicht hören. Denen ist das egal. Aber auf katholischer Seite ist das anders; denn da hört noch ein großer Teil auf den Klerus. Und wenn sich derartige Sachen wiederholen, dann garantiere ich Ihnen dafür, daß schon bei den Landtagswahlen und später bei den Bundestagswahlen erst recht wir eine schwere Einbuße bekommen. Die Herren

Arndt, Carlo Schmid und von Knoeringen machen das doch nur – das geben sie doch selbst zu – aus parteipolitisch-taktischen Gründen. Sie haben doch die Sache inszeniert. Und die katholischen Faktoren, die in München waren, haben ihnen doch Gelegenheit dazu gegeben, um die Sache aufzuziehen. Ich wiederhole: Wenn wirklich das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit, auch die Sozialdemokratische Partei, sich grundsätzlich auf das christliche Fundament stellte, dann wäre ich sehr dankbar dafür und würde sagen, jetzt ist eine andere Parteiengruppierung möglich und nötig. Aber das ist eben leider nicht der Fall.

Rechnen Sie mal zusammen, wieviel führende Sozialdemokraten aus den Kirchen ausgetreten sind. Das müssen Sie einmal ausrechnen! Ich kenne die Zahlen. Allein in der Stadtverordnetenversammlung in Hannover sind (*Fricke*: 95 %!) 95 % aus der Kirche ausgetreten. Das sind doch Fakten; die gelten mehr als die schönen Worte von Carlo Schmid. Sie gelten viel mehr als die Reden des Herrn von Knoeringen und die selbstgefälligen Tiraden des Herrn Arndt, die Sie doch auch ablehnen. Wenn das so weitergeht, wird es einen großen Schaden anrichten, und zwar nicht nur für unsere Partei. Wir werden die Politik in Deutschland dann nicht mehr auf dem christlichen Fundament halten können. Wenn nämlich die Sozialisten die Mehrheit bekommen sollten, dann werden Sie schon sehen, wie es mit den christlichen Grundsätzen dann bestellt sein wird.

Was ich als Hauptsache bei den christlichen Grundsätzen ansehe, das ist die persönliche Freiheit des einzelnen Menschen. Das ist für mich das Entscheidende. Solange ein Mensch sich nicht gegen legale Gesetze vergeht, soll er seine persönliche Freiheit haben; er mag nun christlich oder nicht christlich sein, das hat er zu verantworten; aber er soll frei sein. Sehen Sie doch, was sich da tut auf dem Gebiete! Man hat in München über Sozialisierung gesprochen. Die Sozialdemokraten sagen, wir denken gar nicht mehr an eine Sozialisierung. Aber sie wollen es auf eine andere Weise machen. Das hat Herr Freitag⁵² einmal in einem Gespräch, wo ich zugegen war, sehr deutlich gesagt. Sie wollen die Löhne, zunächst bei den Bergarbeitern, so hoch treiben, daß die ganzen Zechen nicht mehr rentabel sind. Sie wollen dadurch den Staat zwingen, die Zechen zu verstaatlichen. Und wenn sie das haben, dann ist eine notwendige Folge die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlwerke. Wenn dann die Bergwerke und die Eisen- und Stahlwerke in der Hand des Staates sind, kommt die chemische Industrie dran. Es war von Anfang an ihr Programm, daß sie verstaatlichen, d.h. sozialisieren wollen die Bergwerke, die Eisen- und Stahlwerke und die chemische Industrie. Die Atomwirtschaft wird von vornherein aus dem Zwang der Verhältnisse heraus verstaatlicht werden. Und dann haben wir die Allmacht des Staates. Dann ist es mit der persönlichen Freiheit vorbei! Dann haben Sie die Gewerkschaften und die staatlichen Funktionäre. Bei der Rücksichtslosigkeit, die die Sozialdemokratie in

52 Walter Freitag (1889–1958), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1946–1952 Vorsitzender der IG Metall, 1949–1953 MdB, 1952–1956 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE I S. 110 Anm. 9.

Verfolg ihrer Ziele zeigt, in allen Bereichen, ist es dann mit dem, was wir doch als eine Haupterrungenschaft des christlichen Geistes in diesem Jahrhundert betrachten, nämlich mit der persönlichen Freiheit des Menschen gegenüber der Allmacht des Staates, vorbei. Dann herrschen eben die Funktionäre.

Deswegen habe ich die größten Sorgen. Die Sozialdemokraten machen es heute sehr viel geschickter als früher. Ihre Tätigkeit, insbesondere auf dem Lohngebiete, übertragen sie zum großen Teil auf die Gewerkschaften. Also, diese Angelegenheit geht an die Wurzel. Mir hat neulich der Herr Pferdenges gesagt, daß eine der besten Zechen – ich habe den Namen vergessen – (*Hellwig*: Harpen!⁵³) mit einem Grundkapital von über hundert Millionen DM nur einen Reingewinn von einer Million DM habe nachweisen können. Halten Sie sich das einmal vor Augen. Eine der besten Zechen, die wir im ganzen Industriegebiet haben – die Herren aus dem Industriegebiet werden das bestätigen –, hat nur ein Prozent Reingewinn! Andere haben noch weniger. Das Ganze ist sicher zum großen Teil auch durch die ständige Erhöhung der Bergarbeiterlöhne gekommen, zusammen mit der Verringerung der Arbeitszeit. Man sieht also das Ende der freien Kohlewirtschaft buchstäblich vor den Augen. Dann kommt die Eisen- und Stahlindustrie dran. (*Gerstenmaier*: Warum greifen Sie mich eigentlich an?) Ich greife Sie an, weil Sie eben so falsch gesprochen haben. Es war hier und da etwas Richtiges dran, aber im großen und ganzen nicht. (*Heiterkeit*. – *Widerspruch von Gerstenmaier*.) Es geht also um die Freiheit des Individuums. Im Parteiausschuß können wir über diese Frage nicht gut sprechen. Deswegen habe ich eben darum gebeten, einen Ausschuß von etwa fünf Herren, und zwar evangelische und katholische, einzusetzen, um über diese Materie zu sprechen und zu überlegen, was man gegen die Sache tun kann. Glauben Sie mir, es ist eine große Gefahr.

Hellwig: Das Münchener Gespräch ist nicht nur zu sehen als ein Beitrag im Kampfe der SPD, um die 30%-Grenze zu überschreiten, sondern auch als ein Beitrag im internen Kampf um die Führung der SPD. Es ist der bürgerlich-intellektuelle Flügel um Carlo Schmid herum, der nunmehr um die Führung ringt und diesen Vorstoß, d.h. ein solches SPD-Gespräch, versucht. Wir wissen – ich darf bitten, die Dinge vertraulich zu behandeln –, daß eine Umorganisation der sozialdemokratischen Arbeitnehmerbetreuung, so möchte ich es einmal nennen, im Augenblick über die Bühne geht. Innerhalb des Parteivorstandes ist das bisher einheitlich zusammengefaßte Referat für Gewerkschaften und Betriebsarbeit aufgeteilt worden, um ein selbständiges Referat nur für Betriebsarbeit zu schaffen. Beide Referate sind zur Aufnahme der Koordinierung Herbert Wehner⁵⁴ unterstellt worden. Das Ziel ist, in allen Betrieben aktive sozialdemokratische Betriebsgruppen zu bilden, die einen hauptamtlichen

⁵³ 5 km nordöstlich von Bochum.

⁵⁴ Herbert Wehner (1906–1990), 1949–1983 MdB (SPD), 1958–1973 stv. Parteivorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE I S. 413 Anm. 170; Knut TERJUNG (Hrsg.): Der Onkel. Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews. Hamburg 1986. – Zur Umstrukturierung in der SPD vgl. KLOTZBACH S. 401–421, insbes. S. 417–421.

Parteifunktionär als Betreuer haben. Das Ziel der ganzen Gruppe ist: Zurück zur Arbeiterpartei. Es ist der Kampf von Wehner gegen die bürgerlich-individuellen Elemente seiner Partei. Er scheut sich nicht, um seine Hausmacht zu verstärken, zu sagen: Wir brauchen die Bürgerlich-Intellektuellen nicht, wir wollen zurück zur Arbeiterpartei.

Das ist wichtig zu wissen, um auch das Ringen von Carlo Schmid und von Knoeringen zu verstehen, nämlich Zugang zu gewissen Gruppen außerhalb der Partei zu finden, um dadurch ihre eigene Position in diesen parteiinternen Dingen zu verbessern.

Wir stehen nun vor der sehr ernsten Frage, ob der Aktivierung der Betriebsgruppenarbeit der SPD von unserer Seite aus nicht etwas Ähnliches gegenübergestellt werden muß. Das ist ein Punkt, der in diesem Ausschuß auch ernsthaft überlegt werden muß. Wir haben mehrere Gruppen, die sich um die Betriebsarbeit bemühen. Herr Eberhard Müller⁵⁵ bemüht sich, in Bad Boll eine betriebliche Arbeit aufzuziehen. Aber die Dinge sind noch nicht ausgeborn. Wir müssen jedoch zu einer klaren Konzeption kommen, sonst ist von der sozialistischen Seite her schon etwas organisiert, ehe wir überhaupt wissen, was wir wollen.

*Zimmermann*⁵⁶: Ich habe als Generalsekretär der bayerischen CSU die Vorbereitung der Münchener Tagung und ihre Durchführung aus nächster Nähe miterlebt. Vielleicht interessieren Sie deshalb ein paar Bemerkungen. Der Missionsanspruch der Kirchen ist selbstverständlich nicht zu bestreiten; er richtet sich auf das Einzelindividuum und auf die Ziele dieses Individuums, aber nicht an ein Kollektiv. Er richtet sich nicht an die deutsche Sozialdemokratie, die sich zu Teilen jetzt propagandistisch umorientiert. Dahin richtet sich der Anspruch also nicht, und so darf er nicht verstanden werden.

Der Direktor dieser Akademie ist ein neunundzwanzigjähriger, sehr vielversprechender Geistlicher⁵⁷, ein gescheiter, ein energischer und ein sehr ehrgeiziger Mann. Als diese Akademie vor wenigen Monaten gegründet worden ist, hat er sich zum Ziel gesetzt, mit einem Schlag die große Publizität, die die Evangelische Akademie in den letzten Jahren angesammelt hat, mit einer Sensationsvorstellung zu übertrumpfen.

55 D. Dr. Eberhard Müller (1906–1989), evangelischer Theologe; 1945 Gründer der Evangelischen Akademie Bad Boll, Leiter bis 1972, 1947–1972 Vorsitzender des Leiterkreises der Evangelischen Akademien.

56 Dr. Friedrich Zimmermann (geb. 1925), 1955–1965 Hauptgeschäftsführer und Generalsekretär (1956) der CSU, 1957–1991 MdB, 1982–1989 Bundesminister des Innern, 1989–1991 für Verkehr (Memoiren: Kabinetttücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991. München 1991).

57 Dr. Karl Forster (1928–1981), katholischer Theologe, 1957–1967 Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, 1967–1971 Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, seit 1971 Professor für Pastoraltheologie in Augsburg. – Vgl. Anton RAUSCHER in ZEITGESCHICHTE 6 S. 231–249.

Mir ist nur schleierhaft, wieso das Münchener Kapitel und der Kardinal Wendel⁵⁸ hier mitgegangen sind.

Wir haben gesehen, was für eine Sensation schon in der Ankündigung der gesamten deutschen Presse dieser Tag gewesen ist. Wir haben in den letzten Tagen noch versucht, Herrn Professor Gundlach zu überreden, daß er krank werden solle, damit die Tagung – weil der wichtigste Redner fehlt – nicht zustande käme. Das ist uns aber nicht gelungen. Nun haben wir gesehen, daß die SPD ihre gesamte erste Garnitur aus dem Bundestag und aus den Länderparlamenten nach München gebracht hat. Sie hat sogar als Teilnehmer der Versammlung Herrn Heinemann und Frau Wessel⁵⁹ vorgeschlagen, was diese allerdings ablehnten. Das Interesse der deutschen Sozialdemokratie – Herr von Knoeringen hat maßgeblich mitgearbeitet – war sehr groß, um die österreichischen Sozialisten Pittermann⁶⁰ und Genossen nach München zu bekommen, die bahnbrechend für diese Reformer in der SPD in den letzten Jahren in Österreich gewirkt haben und die zu einem sehr erträglichen Verhältnis mit der katholischen Kirche in Österreich bereits gelangt sind. Aber nachdem vor etwa 14 Tagen die ÖVP und die SPD zusammen die immer noch geheimgehaltenen Noten an den Heiligen Stuhl geschickt hatten, wonach sie das Dollfuß-Konkordat⁶¹ anerkennen, aber gleichzeitig Verhandlungen über ein neues Konkordat wünschen, haben sich die österreichischen Sozialisten nicht recht getraut, zu dieser Münchener Akademie-Tagung zu erscheinen, weil sie nicht wußten, läuft es glatt ab oder nicht, und weil sie sich möglicherweise bei einem nicht glatten Ablauf damit belastet hätten; sonst aber wäre die Popularität noch viel größer gewesen, wenn der österreichische Vizekanzler Pittermann auf dieser Tagung das Wort ergriffen hätte. Herr Dr. Gerstenmaier hat recht, die evangelische Seite war nur durch Herrn Arndt vertreten, der sich mit einem Ausschließlichkeitsanspruch sondergleichen als der Vertreter der protestantischen Sache hingestellt und eine Reihe von angeblichen Gegensätzen zwischen der katholischen und der evangelischen Seite aufgerissen hat, und zwar mit einer deutlichen Spitze gegen die Union.

58 Vgl. Anm. 47.

59 Helene Wessel (1898–1969), 1928–1933 MdPrL (Zentrum), 1945 Mitgründerin der Deutschen Zentrumspartei (1949–1951 Vorsitzende), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 und 1957–1969 MdB (bis Dezember 1951 Vorsitzende der Zentrumsfraktion; Fraktionswechsel, bis November 1952 FU, dann fraktionslos, ab 1957 SPD), 1952 Mitgründerin der Gesamtdeutschen Volkspartei, bis 1957 Mitglied des Präsidiums. – Vgl. Walter HENKELS: 111 Bonner Köpfe. Düsseldorf/Wien 1963 S. 363–365.

60 Bruno Pittermann (1905–1983), österreichischer Politiker (SPÖ), 1945–1971 Mitglied des Nationalrats; 1957–1967 Vorsitzender der SPÖ, 1957–1966 Vizekanzler, 1966–1971 Vorsitzender der SPÖ-Fraktion, 1964–1976 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale.

61 Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich, das unter dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß am 5. Juni 1933 unterzeichnet wurde. Text in PROTOKOLLE DES MINISTERRATES der ersten Republik Abt. VIII Bd. 3. Wien 1983 S. 433–442.

Wenn diese Tagung wiederholt wird, dann wird das verheerende Folgen für die Union haben. Darüber ist gar kein Zweifel! Carlo Schmid und Arndt waren so geschickt und verführerisch im Gebrauch der Akzente, daß jeder unbefangene Beobachter und sogar die Journalisten – das Beispiel Wenger ist bezeichnend – beeindruckt sein mußten von den Ausführungen dieser führenden deutschen Sozialdemokraten. Man muß dafür sorgen, daß es eine einmalige Sache bleibt. Der Herr Bundeskanzler wird sich persönlich bemühen müssen. Dann wird diese Sache in Vergessenheit geraten. Aber das wird nicht der Fall sein, wenn sich die andere Richtung durchsetzt. Dann werden wir mit den ganzen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, in denen die Österreichische Volkspartei jetzt mitten drin ist.

Cillien: Zur Geschäftsordnung! Nicht weil dieses Thema nicht wichtig ist, sondern weil es zu wichtig ist, um hier schnell durchdiskutiert zu werden, schlage ich vor, daß wir nunmehr die Mitglieder für einen Ausschuß bestimmen, der dann diese Dinge mit Ruhe und Sachlichkeit behandeln kann.

Adenauer: Zum Wort haben sich noch gemeldet Herr Osterloh, Frau Dr. Jochmus und Sie. (*Cillien:* Ich wollte nur das sagen!) Das Wort hat Herr Osterloh.

Osterloh: Ich beschränke mich auf die Frage: Was kann man praktisch tun? Es scheint mir wichtig zu sein, daß wir die Beziehungen zu den kirchlichen Behörden auf beiden Seiten ausnutzen, um dort die Überzeugung zu stärken, daß es der Sozialdemokratie allein darauf ankommt, taktisch den Eindruck zu erwecken, als ob sie auch für gläubige Katholiken eine politische Heimat darstelle. Wenn das nämlich gelingt, wird es auch auf die kirchlich-protestantischen Kreise Eindruck machen. Es scheint mir wichtig zu sein, daß das antichristliche Verhalten der Sozialdemokratie herausgestellt wird. Es gibt solche antichristlichen Äußerungen unter den Sozialdemokraten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß in der Tat jeder Mann der Kirche von missionarischem Drang erfüllt ist. Jeder Mann fühlt sich verpflichtet, in der Kirche einen überparteilichen Standpunkt einzunehmen. Auf die verantwortlichen Kreise werden wir nur mit Tatsachen Eindruck machen. Darum ist es notwendig, Gespräche zu führen. Die Evangelische Akademie ist stärker mit uns als mit der Gegenseite verbunden; auch der Evangelische Kirchentag arbeitet lieber mit uns zusammen. Er wird seine nächste große Münchener Tagung in Hamburg durch einen Kongreß vorbereiten.⁶² Es ist bezeichnend, daß dieser Kongreß, der eine Woche dauert, auch eine politische Sektion hat. Ich bin gebeten worden, die Leitung dieser Sektion zu übernehmen. Aber auch Herr Arndt ist gebeten worden, auf dieser Sektion den einleitenden Vortrag zu halten. Ich komme hier zu dem Ergebnis: Die von uns einzusetzende Arbeitsgruppe mußte mithelfen, daß zu dieser Sektionsleitung sachverständige politische Freunde hingehen. Der Kirchentag ist dazu bereit.

⁶² Ein vorbereitender Kirchentagskongreß fand vom 16. bis zum 20. April 1958 in Hamburg statt („Die Welt“ vom 21. April 1958); es folgte der 9. Evangelische Kirchentag in München vom 12. bis 16. August 1959 (AdG 1959 S. 7889–7891).

Ich habe nach langen und schweren Überlegungen und nicht ohne die Zustimmung meines Landesvorsitzenden, des Herrn von Hassel, zugesagt. Ich hatte das Bedenken, der Kirchentag wird dadurch den Eindruck in der Öffentlichkeit erwecken, als ob die Sozialdemokraten mit uns Arm in Arm einig wären. Ich habe mir weiter gesagt, wenn ich abgesagt hätte, dann hätte man unter Umständen einen bekannten Sozialdemokraten, der nicht in der vordersten politischen Front steht, für die Leitung dieses Kongresses genommen. Mir blieb nichts anderes übrig, als den Versuch zu machen, uns hier zu vertreten. Erfolgreich kann das nur sein, wenn die politischen Freunde auch anwesend sind und denjenigen unterstützen, der hier versucht, unter Wahrung des kirchlichen Gesichts auch für die CDU als Partei werbend zu wirken.

Wichtig scheint mir zu sein erstens der Kontakt mit den Kirchenleitungen und zweitens, einen Überblick über die Schwerpunktveranstaltungen zu schaffen, an denen Gespräche nicht zu vermeiden sind. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Tagungen mit Persönlichkeiten besetzt werden, die in der Lage sind, dem Feinde die Stirn zu bieten. Wir müssen insgesamt den Eindruck einer Weltanschauungspartei pflegen und aufrechterhalten. Ich sehe keine andere Möglichkeit, dem Liberalismus und der Sozialdemokratischen Partei, die immer stärker versucht, den Eindruck einer liberalen und bürgerlichen Partei zu machen, entgegenzutreten.

Jochmus: Ich habe in der letzten Zeit verschiedene große Sorgen aus dem Evangelischen Arbeitskreis darüber gehört, daß dort eine Verwirrung besteht. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmer gegründet zur Vorbereitung der Sozialtagungen.⁶³ In diese Arbeitsgemeinschaft werden nun in zunehmendem Maße SPD-Vertreter hineingeschickt. Auch dieser Angelegenheit müssen wir stärker unser Augenmerk zuwenden.

Cillien: Ich darf folgende Herren für den Ausschuß vorschlagen: Dr. Gerstenmaier, Dr. Heck, Osterloh, Professor Dr. Süsterhenn⁶⁴, Dr. Krone und Dr. Stoltenberg.

Adenauer: Warum Herrn Süsterhenn? (*Cillien:* Ich dachte, es wäre gut, einen Mann hineinzunehmen, der diese Dinge ganz anders ansieht.) Der gegen den Willen aller anderen Herren dahin gegangen ist! (*Cillien:* Ich dachte, es wäre gut, einen Vorschlag von uns zu machen.) Alle haben ihm geraten, gehe nicht dahin, aber trotzdem ist er hingegangen.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich wollte zunächst das Wort zur Klarstellung und zu diesem Vorschlag nehmen. Es besteht nicht der mindeste Anlaß, daß wir uns an diesem Tisch Kontroversen bereiten, auch nicht der geringste Anlaß, daß der erste Parteivorsitzende mit seinen Stellvertretern in eine Kontroverse gerät. (*Adenauer:*

63 Arbeiterkongreß aller christlich-sozialer Arbeiter- und Standesorganisationen (GUNDELACH S. 219). Vgl. ACDP IV-001-042/2.

64 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), 1947–1965 Mitglied des CDU-Landesverbands Rheinland-Pfalz, 1957–1961 Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts von Rheinland-Pfalz (Schriften zum Natur-, Staats- und Verfassungsrecht. Hrsg. von Peter BUCHER. Mainz 1991). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 49 Anm. 131; Winfried BAUMGART in ZEITGESCHICHTE 6 S. 189–199.

Umgekehrt!) Das geht zu weit. Ich habe versucht, in großer Vorsicht klarzumachen, daß Nonkonformismus niemals eine Tugend an sich ist, aber ich möchte darum bitten, daß man für das Gegenteil gelegentlich auch Verständnis findet. Ich bleibe dabei – und zwar gebietet uns das der Respekt vor den Kirchen aller Konfessionen –, daß wir ihre Motive respektieren und anerkennen müssen.

Adenauer: Ein neunundzwanzigjähriger Geistlicher! Diese jungen Leute wissen gar nicht, wozu sie sich mißbrauchen lassen, gerade von der sehr gerissenen SPD. Sie sind geradezu vom Heiligen Geist verlassen.

Gerstenmaier: Sie können den Leuten vorwerfen, daß sie sich von der SPD-Propagandaaktion mißbrauchen lassen, aber Sie sollten nicht die Motive bestreiten, die ganz tief zurückgreifen.

Übrigens, Herr Kollege Zimmermann, ich kann es mir nicht verkneifen, als Theologe zu sagen, daß der Missionsbefehl sich nicht an das Individuum, sondern an die Völker wendet. Es besteht kein Anlaß, daß wir uns darüber streiten.

Ich habe gesagt, daß die SPD zur Säkularisation eine Chance hat. Die CDU sieht in der Säkularisation eine Gefahr. Ich habe das dann präzisiert: Es ist keine Gefahr, daß sich die SPD zu einer christlichen Partei entwickelt. Die Gefahr besteht nicht, sondern die Gefahr für uns an diesem Tische könnte eher darin bestehen, daß die CDU ihre Position, die einzige christliche Weltanschauungspartei in Deutschland zu sein, durch Säkularisierungstendenzen in ihren eigenen Reihen untergräbt und verliert. (*Arnold:* Dagegen sind Sie?) Dagegen bin ich! Ich bin dagegen, daß innerhalb der CDU – vielleicht aus organisatorischen Gründen oder um allen gerecht zu werden – der Gedanke der Säkularisation weitermarschiert. Wir können nicht durch die SPD, sondern nur durch den Verlust unserer eigenen Selbstkontrolle aus der Position der einzigen christlichen Partei Deutschlands geworfen werden. Ich wiederhole: Nicht durch die Sozialdemokratie, sondern nur durch den Verlust unserer eigenen Selbstkontrolle. Das ist das Bemerkenswerte in der Rede von Professor Gundlach, die ganz sicher an die Sozialdemokraten gerichtet war, daß sie das liberale Mäntelchen aufdeckte und fragte, was steckt denn nun dahinter. Wir müssen uns diesen Forschungsdrang des Professor Gundlach gefallen lassen, indem wir uns fragen, wie ist es mit unserer eigenen Selbstkontrolle.

Adenauer: Ich will die Debatte nicht verlängern. Sie werden Wert darauf legen, daß wir vor Mittag noch über die Außenpolitik sprechen, die z.Z. besonders wichtig ist. Ich möchte Herrn Gerstenmaier nur sagen, nicht alle Wähler haben Philosophie studiert, sondern die meisten Wähler wollen einfach und klar angesprochen werden. Und wenn die Leute sehen, daß sich die Herren Arndt, Carlo Schmid und von Knoeringen unter dem Protektorat des Kardinals von München tagelang zusammensetzen, so macht das einen schlechteren Eindruck auf sie als alle noch so schönen philosophischen Reden. (*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Wir sind das Führungsgremium der größten Partei Deutschlands. Diesen Einwand kann ich nicht anerkennen!) Herr Gerstenmaier! Ich kenne die Wähler. Ich habe immer und überall betont, auch in Wählerversammlungen, daß wir ein christliches Profil haben müssen.

(Arnold: Einverstanden! Hier ist doch keine Differenz! – Gerstenmaier: Doch! – Zuruf: Er ist jetzt „bekehrt“. – Anhaltende Unruhe und Bewegung.) Ich würde mich freuen, wenn ich ihn „bekehrt“ hätte. (Heiterkeit.) Darf ich Ihnen nun vorschlagen, daß sich einige Herren zusammensetzen, um über die Liste der fünf Mitglieder dieser Kommission zu sprechen. Das ist sehr wichtig, und es muß überlegt werden, wer hineinkommt. Die Herren müssen Zeit und Interesse haben und von der Materie auch etwas verstehen.

Seffrin: Es schwebt über dieser ganzen Erörterung ein Name, nämlich der von Peter Nellen⁶⁵. Ich möchte den kleinen Kreis bitten, seinen Blick auch auf diese Sache zu lenken.

Adenauer: Das ist bereits sehr ernsthaft im Gange.

Oberländer⁶⁶: Ich mache darauf aufmerksam, daß jetzt ein Versuch im Gange ist, eine neue Partei zu gründen, nämlich eine Nationaldemokratische Partei.⁶⁷ Alle Versuche des BHE, einen Zusammenschluß mit anderen Parteien zu erreichen, sind bisher schiefgegangen. In Hessen ist der BHE soweit mit der SPD verheiratet, daß an eine Trennung nicht mehr zu denken ist. Die SPD tut alles, um bei künftigen Wahlen diese Ehe aufrechtzuerhalten. Deshalb muß man von Land zu Land etwas tun. Ich möchte den vier Ländern empfehlen, daß sie ihn nicht aufnehmen und jegliches Zusammengehen ablehnen. Ich würde das Problem anders sehen für Schleswig-Holstein, wo zweifellos eine gewisse Chance besteht, einen Kreis, der sich gut gehalten hat, herüberzuziehen. Ich möchte nach einem längeren Gespräch mit Ministerpräsident Seidel auch für Bayern das gleiche sagen. Dort gibt es positive antisozialistische Kräfte. Es kann richtig sein, dort eine andere Politik zu machen, um diese Leute herüberzuziehen und somit zu einer Assimilierung zu kommen.

Adenauer: Über die DP werde ich heute abend sprechen. Ich möchte Herrn Meyers wegen der vorgeschrittenen Zeit bitten, einen kleinen Kreis einzuladen, um die Frage „Presse und CDU-Presse“ zu besprechen. Damit sind Sie einverstanden! Über die Finanzfrage haben wir gesprochen.

Ich schlage vor, mir zu erlauben, nun über die Außenpolitik zu sprechen. Wir müssen um vier Uhr drüben im Parteiausschuß sein. Es wird dort ein Bericht über unsere Sitzung zu erstatten sein. Würden Sie es übernehmen, Herr Meyers? (Meyers: Ja!) Ich werde dort über außenpolitische Fragen – nicht so ausführlich wie hier – sprechen.

65 Peter Nellen (1912–1969), 1946 CDU, 1949–1969 MdB (bis 8. November 1960 CDU, dann SPD).

66 Dr. Theodor Oberländer (geb. 1905), Professor für Staatswissenschaften, 1950–1953 Staatssekretär für Flüchtlingswesen im Bayerischen Innenministerium, 1953–1961, 1963–1965 MdB (bis 1955 GB/BHE, dann fraktionslos, seit 1956 CDU), 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

67 Am 28. November 1964 in Hannover durch Fusion der DRP mit kleineren Rechtsgruppen gegründet (NDP). Vgl. Stöss 2 S. 1922–1926.

Schmücker: Herr Bundeskanzler! Sie haben vorhin etwas über die Mittelschichten gesagt. Das ist Ihnen jetzt leider entglitten. Ich bin einverstanden, wenn das Gespräch mit Ihnen stattgefunden hat, daß wir dann innerhalb der Bundesregierung etwas tun müssen. (*Gerstenmaier:* Säkularisierung!)

Adenauer: Verzeihen Sie, wenn ich unterbreche! Herr Gerstenmaier und ich, wir ergänzen uns – trotz aller Kontroversen, die wir manchmal haben – in vieler Beziehung, und wir haben uns gern, aber er hat jetzt wiederum das Wort „Säkularisierung“ dazwischengeworfen. Das ist nicht richtig! Das ist keine Säkularisierung, lieber Herr Gerstenmaier, gerade weil wir die mittleren Schichten als mittlere Schichten erhalten wollen.

Ich habe vor Jahrzehnten als junger Mann in einer Predigt das Wort vom „mäßigen Besitz“ gehört, und das hat sich mir bis jetzt eingeprägt. Ein mäßiger Besitz ist die sicherste Gewähr für ein gutes christliches Leben. Die Grundlage für ein gutes christliches Leben ist weder die Armut noch der Reichtum, sondern ein mäßiger Besitz. Und dem liegen zugrunde unsere Bestrebungen für die mittleren Schichten.

Nun komme ich zu den außenpolitischen Fragen. Ich möchte hier möglichst frei und offen sprechen. Bedenken Sie bitte, welche Verantwortung derjenige auf sich nimmt, der hier eine Indiskretion begeht. Ich kann Ihnen nicht sagen: Das oder das dürfen Sie sagen, das oder das dürfen Sie nicht sagen. Das muß jeder Politiker doch selbst fühlen.

BERICHT ZUR AUSSENPOLITISCHEN LAGE

Ich möchte Ihnen zunächst berichten über die Zusammenkunft und das Ergebnis der NATO-Konferenz im Dezember und dann über die Briefe Bulganins und die Reaktion, die sie gefunden haben, auch über die Reaktion auf meine Rundfunkrede.⁶⁸ Ich muß zunächst in Ihr Gedächtnis zurückrufen: Die NATO ist durch einen Vertrag im Jahre 1949 beschlossen worden zum Schutz gegen das weitere Vordringen Sowjetrußlands in Europa. Es handelte sich damals in erster Linie um ein militärisches Bündnis, weil die Russen alle diese Satellitenstaaten unter Bruch der Friedensverträge unterjocht haben. Damals war Amerika allein im Besitz von nuklearen Waffen und somit unbestritten die stärkste Macht auf der Welt. Aber die Dinge haben sich dann später, einmal, was die Russen und ihre Macht angeht, und zweitens, was die gesamte Situation in der Welt betrifft, geändert. Der damals bestehende Gegensatz zwischen Sowjetrußland und den freien Völkern hat sich inzwischen fast auf die ganze Erde

⁶⁸ Tagung des Nordatlantikrates vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris (AdG 1957 S. 6800–6805). Botschaften des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin an die NATO-Staaten vom 10. bzw. 11. Dezember 1957 (ebd. 6785–6788) sowie vom 8. bis 10. Januar 1958 (ebd. 1958 S. 6836–6841). Vgl. auch MOSKAU BONN S. 312–318 und 320–332; Rundfunkrede Adenauers vom 15. Januar 1958 in AdG 1958 S. 6846f. sowie BULLETIN vom 17. Januar 1958 S. 85–87.

erstreckt. Ich brauche nur zu erwähnen Rotchina, Indonesien, den Mittleren Osten und den Nahen Osten.

Auch die militärischen Verhältnisse haben sich seit 1949 insofern grundlegend verändert, als Sowjetrußland nunmehr auch im Besitz nuklearer Waffen ist, ja, daß es sogar in einem Teil seiner Aufrüstung den Amerikanern voraus ist – ich meine jetzt die Raketenwaffen – und daß Sowjetrußland seine konventionellen Waffen in außerordentlich starker Weise vermehrt und verbessert hat. Sowjetrußland ist z.Z. – ich übertreibe nicht – das am besten ausgerüstete Land der Welt.

Im Innern Sowjetrußlands hat sich eigentlich nichts wesentlich geändert. Die Macht ist nach wie vor in den Händen einiger Parteiführer. Nichts ist bezeichnender für die ganze politische Moral Sowjetrußlands als ein Wort Lenins⁶⁹, der noch immer dort sehr stark verehrt wird. Lenin hat einmal gesagt: Verträge unter Völkern sind wie die Kruste einer Pastete; man muß sie zerbrechen, um zu ihrem wirklichen Inhalt zu kommen. Ein solches Wort Lenins muß man sich bei allen Verhandlungen mit Sowjetrußland vor Augen halten. Ich will Sie jetzt nicht aufhalten mit einer Aufstellung der Verträge, die Sowjetrußland in den letzten 30 Jahren rücksichtslos gebrochen hat.⁷⁰ Seit der Gründung der NATO, seitdem der Gegensatz sich über die ganze Erde erstreckt hat, sind auch der sogenannte Kalte Krieg und der diplomatische Krieg viel intensiver geworden. Die politischen Gegensätze sind, wie wir zuletzt im Nahen Osten gesehen haben, allenthalben außerordentlich lebendig.

Noch ein Wort zur NATO! Der NATO-Vertrag läuft im Jahre 1969 insofern ab, als er im Jahre 1968 von jedem Mitglied, auch von den Vereinigten Staaten, mit einjähriger Frist gekündigt werden kann. Wir schreiben heute 1958. In zehn Jahren könnte Amerika den Vertrag kündigen. Es könnte sich dann aus Europa zurückziehen. Man muß diese Frage im Zusammenhang mit all den jetzigen Vorgängen sehen, wenn man die Situation richtig beurteilen will. Bis zum Jahre 1968 sind in Amerika zwei Präsidentenwahlen, und zwar im Jahre 1961 und im Jahre 1965. Im Jahre 1969 wird die dritte Präsidentenwahl sein. Die Kündigungsmöglichkeit zum NATO-Vertrag tritt also kurz vor der dritten Präsidentenwahl ein. Niemand weiß, wer 1961 Präsident der Vereinigten Staaten wird.

Noch schwieriger wäre eine solche Prophezeiung für 1965, geschweige denn für 1969. Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten ungeheuer große Summen für die Aufrüstung aufwenden, daß die Steuerlast, die dadurch auf den Schultern der Bürger der Vereinigten Staaten ruht, als sehr bitter empfunden wird. Tatsache ist, daß im Sommer vor einem Jahr in den Vereinigten Staaten mit dem Lancieren des Radford-Planes⁷¹ der Anfang gemacht worden ist, um zu einer Ermäßigung der Steuer

69 Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924), russischer Revolutionär.

70 Adenauer stützte sich bei derartigen Ausführungen später auf das Buch von Dieter FRIEDE: Das russische Perpetuum mobile. Würzburg 1959.

71 Der Plan sah eine Reduktion der US-Streitkräfte um ca. 800.000 Mann vor („New York Times“ vom 13. Juli 1958). – Arthur William Radford (1896–1973), amerikanischer Admiral (seit 1939).

durch den Abbau der Streitkräfte zu kommen. Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß ich es damals gewesen bin, der dauernd Krach geschlagen hat, und zwar so sehr, daß mir die Amerikaner versichert haben, sie hätten überhaupt keinen Radford-Plan. Es sei nur eine Arbeit von untergeordneten Stellen gewesen, und sie dächten nicht an eine Herabminderung ihrer Streitkräfte. Es war aber doch wahr.

Ebenso ist es richtig – und hier zitiere ich die „Neue Zürcher Zeitung“ –, daß der frühere Verteidigungsminister Wilson⁷², ein führender Wirtschaftler in den Vereinigten Staaten und ehemaliger Leiter von General Motors, verboten hat, Überstunden auf dem Gebiete der Raketenwaffen zu machen, weil das zu teuer sei. Er hat noch kurz vor seinem Abgang 170 Millionen Dollar, die für Studienzwecke im Raketenbau bewilligt waren, gestrichen. Die Sputnik-Geschichte hat dann in den Vereinigten Staaten geradezu einen hysterischen Schreck hervorgerufen.⁷³ Ob der Sputnik um die Erde kreist oder nicht, das ist an sich gleichgültig, es ist aber nicht gleichgültig, daß die Existenz dieses Sputnik beweist, daß Sowjetrußland eine Rakete konstruiert hat, die interkontinental verwendet werden kann, d.h., man kann mit ihr 6.000 bis 8.000 km weit schießen. Wahrscheinlich war das der erste Typ einer Entwicklung, die man auf etwa zwei Jahre schätzt, wonach Sowjetrußland in der Lage ist, von seinem eigenen Gebiet aus die Vereinigten Staaten mit Raketen mit nuklearen Köpfen zu beschießen.

Der Schutz, dessen wir uns hier in Europa erfreuen, beruht lediglich darauf, daß die Vereinigten Staaten eine Bomberflotte haben, die mit nuklearen Waffen ausgerüstet ist, teils bemannt, teils unbemannt, mit denen sie ganz Sowjetrußland auf einen Schlag – es gibt solche Karten, die die einzelnen Stationen anzeigen – angreifen können.

Nun ist es doch geradezu ein Irrsinn zu glauben, daß die Bundesrepublik Sowjetrußland Furcht einflöße. Das ist so lächerlich, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht. Wir werden bestenfalls in einigen Jahren 340.000 Soldaten haben. Die Russen haben ein x-faches dieser Stärke hochaufgerüstet bereitstehen. Während der Ungarn-Tragödie standen in der Sowjetzone 9.000 russische Panzer bereit, davon 7.000 bemannt und 2.000 zum Ersatz. Diese russischen Panzer standen zum weitaus größten Teil nach dem Westen ausgerichtet. Wenn die Russen es wollen, können sie in einem Tag hier in Bonn sein.

Ein wirklicher Gegensatz kann nur entstehen und bestehen zwischen gleichwertigen Gegnern. Der wirkliche Gegensatz besteht nur zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten. Vor den Vereinigten Staaten hatten die Sowjets bisher Angst. Ob sie sie jetzt noch haben, weiß ich nicht. Sie wird noch da sein, aber sie ist durch ihr Selbstbewußtsein aufgrund des Sputniks jedenfalls erheblich geringer geworden. Alle

72 Charles Erwin Wilson (1890–1961); Ingenieur bei General Motors (seit 1929 Vizepräsident, 1941 Präsident), 1953–1957 amerikanischer Verteidigungsminister. – Zu Einsparungen Wilsons im Verteidigungshaushalt vgl. NZZ vom 12. Oktober 1957.

73 Erster erfolgreicher Start eines Satelliten (Sputnik) durch die Sowjetunion am 4. Oktober 1957 (AdG 1957 S. 6675).

anderen europäischen Staaten spielen nur insofern in diesem politischen Kräftespiel in der Welt eine Rolle, als es für Amerika oder für Sowjetrußland wichtig ist, ob diese auf der einen Seite oder auf der anderen Seite stehen.

Wenn die Bundesrepublik mit ihrem kriegswirtschaftlichen Potential – und darauf kommt es an – in die russische Sphäre käme, dann wäre das für die Vereinigten Staaten natürlich sehr unangenehm, weil dadurch das Kriegspotential der Russen erheblich vermehrt würde. Ähnlich ist es mit den anderen europäischen Staaten. Ich erwähne uns, weil wir in erster Linie daran denken müssen: Was ist unsere Position, und welche Forderungen müssen wir daraus ziehen.

Überlegen Sie einmal, wie es wäre, wenn Amerika nicht mehr zu uns hielte! Glauben Sie vielleicht, daß Sowjetrußland uns oder Europa irgendwie fürchten würde? In keiner Weise! Es würde im Handumdrehen mit uns allen glatt fertig werden. Deshalb muß die ganze außenpolitische Situation – ich erinnere an die NATO, die Briefe Bulganins und die Antwort darauf sowie an die Haltung der deutschen Parteien – unter dem Gesichtspunkt des Gegensatzes zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten betrachtet werden. Unsere Politik muß deshalb darauf gerichtet sein, dafür zu sorgen, daß die Vereinigten Staaten an Europa festhalten.

Denken Sie einmal daran: Es könnte nach einer Wahl in den Vereinigten Staaten – in Amerika sind Wahlen überhaupt eine merkwürdige Sache – der Gedanke auftauchen: Sollen wir bei dem Bild, das Europa bietet, uns noch weiter mit so großen Steuern belasten, sollen wir noch weiter unsere amerikanischen Soldaten diesen Gefahren in Europa aussetzen? Sollen wir nicht lieber mit Sowjetrußland einfach halbpart machen, der eine beherrscht diesen Teil der Erde und der andere jenen, dann haben wir doch bis auf weiteres Ruhe. Dieser Gedanke ist das Leitmotiv der sowjetrussischen Politik. Deswegen wollen ja Bulganin und Chruschtschow⁷⁴ ständig eine Verhandlung mit den Vereinigten Staaten allein, in der die Vereinigten Staaten – so denken sie – nicht mehr gehemmt sind durch Rücksichtnahme auf ihre Partner.

Auch in der letzten Note Bulganins, die er an 83 Staaten geschickt hat, in der er eine sogenannte Gipfelkonferenz vorschlägt, finden Sie einen Satz, der besonders auf eine Zweierkonferenz hinzielt. Auch hier kommt dieses Ziel zum Ausdruck. Eine Zweierkonferenz braucht, wenn Amerika festbleibt, nicht unser Ende zu bedeuten, aber eine Zweierkonferenz zwischen diesen beiden Mächten, die die Erde beherrschen, ist naturgemäß für unsere kleinen Völker eine sehr große Gefahr.

Nun komme ich zur NATO zurück. Das Auftreten des Sputniks hatte in den Vereinigten Staaten eine ungeheuer große Erregung hervorgerufen. Die Vereinigten Staaten hielten sich bis dahin für die auf militärischem und technischem Gebiet wie auch auf anderen Gebieten führende Macht der Erde. Sie sahen nun, daß die Russen eine Waffe entwickelt hatten, die eine ungeheuer große Bedeutung bei einer weltweiten Auseinandersetzung spielen würde.

74 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1953–1964 Erster ZK-Sekretär und ab 1958 auch Ministerpräsident.

Wir können eigentlich Gott danken, daß der Sputnik abgeschossen worden ist. Soviel wir wissen – man kann nur sagen, soviel wir wissen –, soll Schukow⁷⁵ dagegen gewesen sein. Wäre der Sputnik nicht abgeschossen worden, dann hätten die Russen ruhig weitergemacht und weitergearbeitet an ihren Raketen, und dann wäre die Situation noch brenzlicher geworden, als sie jetzt schon ist. Deswegen werden Sie verstehen, wenn ich sage, wir können Gott danken, daß der Sputnik abgeschossen worden ist.

Die NATO-Konferenz in Paris ist angeregt worden von den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner wollten dort vor allem das Ansehen ihrer Administration – die sehr heftigen Angriffen ausgesetzt war – wieder stärken. Es bestand die Gefahr, daß auf dieser NATO-Konferenz sehr aggressive Worte gesprochen würden. Ich glaube sagen zu können, daß wir Deutschen – nicht auf der Konferenz selbst, sondern in einzelnen Gesprächen, die ich mit Dulles gehabt habe⁷⁶ – diese Gefahr beseitigt haben. Ich bin – das möchte ich hier sehr nachdrücklich sagen – in keiner Weise auch nur ein Jota von dem Standpunkt abgewichen, den ich auch vorher immer vertreten und eingenommen habe, nämlich folgenden: 1. Wir müssen verhandeln. 2. Mit den Russen kann man nur verhandeln, wenn man mindestens so stark ist wie die Russen. Wenn man weniger stark ist, gibt es mit den Russen keine Verhandlung. Das ist das, was die Sozialdemokraten und die FDP „Politik der Stärke“ nennen.

Hätte ich gesagt, wir wollen eine Politik der Schwäche treiben, dann hätten sie bestimmt gesagt: Ist der Mann denn verrückt! Ich wiederhole, es ist gelungen, die Sprache dort zwar entschieden zu halten, aber doch mäßigend zu wirken. Es ist weiter gelungen, gewisse Befürchtungen, wonach sich der eine oder andere kleine Staat – der natürlich wichtig ist im Ganzen – von der NATO zurückziehen werde, wenigstens einigermaßen zu beseitigen oder zu entkräften.

Nun kam Bulganin mit seinem ersten Brief an die NATO-Staaten. Dann kam er – wie die „Zeit“ mit Recht sagt⁷⁷ – mit einer Postwurfsendung an 83 Staaten, noch ehe der erste Brief überhaupt beantwortet war. Ich habe eben die Antwort auf den ersten Brief unterschrieben. Er geht jetzt heraus.⁷⁸

Ich muß in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Konferenz zurückkommen. Die Konferenz hat vor allem den Erfolg gehabt, daß auch von den Vereinigten Staaten nunmehr eine Konsultationspflicht in politischen Fragen zwischen den NATO-Partnern anerkannt worden ist. Das war bis dahin von den Vereinigten Staaten abgelehnt worden. Aber sie haben es jetzt anerkannt. Ich darf hier sagen, ich zolle Herrn Dulles jedes Lob. Dulles ist einer der besten Leute, die da sind; ein Mann, der

75 Georgi Konstantinowitsch Schukow (1896–1974), sowjetischer Marschall (seit 1943); 1945–1946 Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland, 1955–1957 Verteidigungsminister, 1956–1957 Mitglied des Politbüros, 1957 aller Ämter enthoben.

76 Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 337.

77 Fritz René Allemann: „Gespräch der Schwerhörigen. Auf der Suche nach der Methode des Vorhandelns“, in: „Die Zeit“ vom 16. Januar 1958.

78 Vgl. Anm. 68.

seine Politik auf ethischen Grundsätzen aufbaut, genau wie wir. Er ist ein Mann von unerhörtem Fleiß und von einer Zuverlässigkeit, wie man sie unter Staatsmännern nur selten findet. Wir können Gott danken, daß Herr Dulles da ist. Was sich schon in Paris zeigte, nämlich eine vollkommene Übereinstimmung zwischen Eisenhower und Dulles, das hat Eisenhower in seiner letzten Pressekonferenz noch einmal ausdrücklich bestätigt und gesagt, er dächte nicht daran, auf Dulles zu verzichten, es gäbe überhaupt keinen Besseren. Mit der Konsultationspflicht wurde ein großer Fortschritt erzielt. Damit setzte nun eine Umgliederung bei der NATO ein. Die NATO war bisher vorzugsweise ein Militärbündnis mit einem politischen Anstrich. In Zukunft wird das Politische dort genauso wichtig sein wie das Militärische. Wir hoffen, daß die NATO unter Spaak⁷⁹, der noch einige tüchtige Leute dazubekommen muß, eine intensive Tätigkeit entfalten kann.

Der erste und der zweite Bulganin-Brief müßten eigentlich zusammengekommen werden. Eisenhower hat den ersten Brief nach meiner Meinung vorzüglich beantwortet.⁸⁰ Er kann sich das leisten. Er hat hinzugesetzt: Damit ist auch Ihr zweiter Brief beantwortet. Das können wir kleinen „Köter“ nicht. Wir müssen beide Bulganin-Briefe beantworten. Ich möchte hier folgende Dinge hervorheben, die mir als das Wichtigste in den Briefen erscheinen. Es ist einmal das Verlangen einer neuen Konferenz. Nun muß man daran denken, was an Konferenzen vorangegangen ist. Ich muß an die Verhandlungen in London erinnern, an den Unterausschuß für Abrüstung. Diese Verhandlungen haben von März bis Juli gedauert.⁸¹ Hierbei ist den Russen sehr viel geboten worden, aber die Russen haben immer mit einem Nein geantwortet.

Ich muß weiter daran erinnern, daß von den Vereinigten Staaten und einigen anderen Staaten der Abrüstungsvorschlag, der Sorin⁸² in London gemacht wurde, als Resolutionsentwurf in der UNO-Vollversammlung eingebracht worden ist.⁸³ In der UNO-Vollversammlung haben sich bei der Abstimmung darüber einige Staaten der Stimme enthalten; alle anderen Staaten, mit Ausnahme Sowjetrußlands und seiner Satellitenstaaten, haben diesem Resolutionsentwurf zugestimmt. Hätten die Russen diesem Resolutionsentwurf zugestimmt, dann wären wir in dieser ganzen Frage, die allein über das Schicksal der Welt entscheidet, nämlich die der kontrollierten

79 Dr. Paul Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker; 1957–1961 Generalsekretär der NATO. Vgl. PROTOKOLLE I S. 426 Anm. 13; Beate SCHNEIDER: Propagandist und Staatsmann. In: PERSÖNLICHKEITEN S. 411–454.

80 Vgl. AdG 1958 S. 6843–6845 und S. 6851.

81 Das Subkomitee der UN-Abrüstungskommission trat am 18. März 1957 in London zusammen (AdG 1957 S. 6321) und beschloß am 6. September 1957, sich zu vertagen (ebd. S. 6626).

82 Valerian Aleksandrowitsch Sorin (1902–1986), sowjetischer Diplomat und Politiker; 1945–1947 Botschafter in Prag, 1947–1955 stv. Außenminister, 1955–1956 Botschafter in Bonn, Delegierter beim Londoner Subkomitee der UN-Abrüstungskommission, 1965–1971 Botschafter in Paris. – Vorschläge in AdG 1957 S. 6321f., 6415f., 6503.

83 Am 14. November 1957 (AdG 1957 S. 6744f.).

Abrüstung sowohl auf dem Gebiet der konventionellen wie auch der nuklearen Waffen, ein großes Stück weiter. Aber Rußland hat es nicht getan!

Dann ist man in der UNO noch weiter gegangen und hat einen neuen großen Ausschuß für Abrüstungsfragen eingesetzt. Aber Sowjetrußland hat wiederum erklärt: Wir werden uns an den Arbeiten dieses Ausschusses nicht beteiligen. Und nun kommt Bulganin und schlägt eine neue Konferenz vor! Deshalb werden Sie verstehen, daß es wirklich ein großes Entgegenkommen ist, wenn die Vereinigten Staaten und die anderen Länder diesem Vorschlag Bulganins nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß eine sehr gute diplomatische Vorbereitung dieser Konferenz vorangehen muß.

In normalen Zeiten würde ein großer Staat wie Amerika, da alle bisherigen Bemühungen umsonst waren, geantwortet haben: Ich bin doch kein Narr! Du kannst doch nicht mit mir machen, was du willst. Du lehnst andauernd ab, und jetzt soll ich springen! Ich denke nicht daran. Aber Amerika hat das nicht getan, sondern einen Standpunkt eingenommen, der wirklich von einer sehr großen Verhandlungsbereitschaft ausgeht und zeugt. Die anderen NATO-Partner nehmen den gleichen Standpunkt ein, auch wir. Also: eine Konferenz ja, aber eine sehr gute diplomatische Vorbereitung.

Für uns Deutsche ist dann noch in den Noten zweierlei von großer Bedeutung; einmal die brüske Ablehnung der Wiedervereinigung Deutschlands. Bulganin erklärt sich bereit, dafür zu wirken, daß eine Konföderation, d.h. ein Bündnisvertrag, zwischen der sogenannten DDR und uns abgeschlossen wird, wobei aber der DDR ihre jetzige gesellschaftliche und politische Struktur – d.h. die kommunistische – erhalten bleiben müßte.

Und das ist doch, meine Freunde, für uns völlig unannehmbar; denn das bedeutet die Verewigung des Status quo auf eine nicht zu bemessende Zeit. Wenn wir selber dazu unser Ja sagten, dann halte ich es, ohne daß ein Zusammenbruch in Rußland vorangegangen ist, für unmöglich, daß Amerika oder England oder Frankreich von diesem Ja wieder abgehen. Es kommt folgendes hinzu: Im Jahre 1955 haben Bulganin und Chruschtschow in Genf der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zugestimmt.⁸⁴ Und nun wird diese Zusage rücksichtslos unter den Tisch gewischt. Im September 1955, als ich in Moskau war, haben Bulganin und Chruschtschow mir gegenüber im Beisein der beiden Delegationen – es waren zusammen 30 Leute – anerkannt, daß Sowjetrußland als Besatzungsmacht verpflichtet sei, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Auch das ist einfach unter den Tisch gewischt worden!

Ich sage das in diesem Zusammenhang, weil es die ganze Methode beleuchtet, die die Russen eingeschlagen haben. Sie haben aber noch mehr getan. Sie haben in

⁸⁴ Genfer Konferenz der Staats- und Regierungschefs der vier Hauptsiegermächte vom 17. bis 23. Oktober 1955 (AdG 1955 S. 5269).

dem Brief an den französischen Ministerpräsidenten⁸⁵ geschrieben: Hütet Euch vor einem wiedererstarkten Deutschland! Sie haben auch versucht, die Engländer gegen uns aufzubringen wegen unserer Wirtschaftskraft. Und nun diese Briefe zu betrachten als etwas, was einen ermutigen kann, um mit den Russen diesen Weg weiterzugehen, das geht über meine Vernunft und auch über meine Kraft! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Ein weiterer Punkt ist von größter Bedeutung. Das ist die Frage der sogenannten atomfreien Zone. Davon würden wir nichts anderes haben als Schaden. Die Russen gehen nicht einmal so weit zu sagen, daß diese Zone, in der keine Atomwaffen gelagert werden sollen, eine Garantie von allen bekommen soll, daß in einem Kriege dieser Luftraum respektiert wird. So weit gehen sie gar nicht! Herr Bulganin entblödet sich nicht zu sagen, daß das eine gewisse moralische Garantie wäre. Die Hauptsache ist doch folgendes: Das wäre das Ende der NATO. Und das würde bedeuten den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland. Und wenn Deutschland von amerikanischen Truppen entblößt ist, dann sind wir doch bei dieser Unterminierung, der wir unterliegen, erledigt, dann sind wir ein Volk zweiter oder dritter Güte, mit dem der Russe machen kann, was er gerade will.

Warum würde uns Amerika dann verlassen? Sie haben das nicht ausdrücklich gesagt, aber Herr Dulles hat es im Gespräch angedeutet. Ich verstehe das. Man kann wirklich nicht erwarten, daß die Amerikaner ihre Soldaten ohne Atomwaffen dem eventuellen Feind, den Russen, der Atomwaffen hat, gegenüberstehen lassen. Ob die Tschechoslowakei oder ob Polen welche hat, ist ganz gleichgültig, die Hauptsache ist, daß Sowjetrußland sie hat.

Und jetzt kommt Sowjetrußland mit den Raketenwaffen. Chruschtschow hat öffentlich erklärt, Rußland brauche seinen Satellitenstaaten gar keine Raketenbasen zu geben, sie könnten aus dem eigenen Gelände den ganzen europäischen Westen bestreichen. Das können sie auch, schon mit Mittelstreckenraketen, die eine Tragweite von 3.500 km haben. Die Annahme dieser atomfreien Zone würde also das Ende der NATO bedeuten. Man muß die Dinge so sehen, wie sie sind! Wir haben sehr darum gekämpft – Herr von Brentano ist eben hereingekommen; er wird mir das bestätigen –, daß auch die anderen NATO-Partner sich nicht auf diese Geschichte einlassen, weder England noch Frankreich, weil das das Ende der NATO wäre. Die NATO kann nicht bestehen ohne Deutschland. Und wenn die amerikanischen Truppen sich aus Deutschland zurückziehen, dann ist es aus mit uns. Das wollen natürlich die Russen.

Ich habe über diese Dinge kurz im Radio gesprochen. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen die Rede gehört. (*Dichtel*: Und gesehen!) Ich habe versucht, möglichst klar zu sprechen und das Wesentliche vorzubringen. Ich bin tief betrübt über das Echo in der sozialdemokratischen und in der demokratischen Presse. Ich

⁸⁵ Bulganin an Gaillard vom 10. Dezember 1957. Vgl. AdG 1957 S. 6785–6788; NZZ vom 13. Dezember 1957 (Die Störaktion Bulganins vor der NATO-Konferenz).

hätte nicht gedacht, daß sich eine deutsche Partei so verhalten würde. Dort heißt es:

„Der SPD-Pressedienst warf dem Bundeskanzler vor, mit seiner gestrigen Rede nicht nur die in den sowjetischen Vorschlägen enthaltenen Ansätze zu zerstören ...“⁸⁶

Es ist horrender Blödsinn, was da gesagt wird. Ich habe noch am Schluß der Rede darauf hingewiesen, vor einigen Jahren hätte niemand es für möglich gehalten, daß wir in ein solches Verhältnis kommen würden, wie es sich in Löwen⁸⁷ gezeigt hat. Ich habe die Hoffnung ausgesprochen, daß auch das russische Volk mit uns eines Tages in ein gutes Verhältnis kommen möge. Ich habe gesagt, daß das russische Volk genau wie die anderen Völker der Erde nur gedeihen könne in Frieden. Und das nennen die: Zerstörung der Ansätze zu Verhandlungen! Es heißt weiter:

„Inzwischen habe der Kanzler die außenpolitische Bundestagsdebatte eigentlich überflüssig und einen Brückenschlag zwischen Opposition und Koalition illusorisch gemacht.“

Gott sei Dank, was den Brückenschlag angeht! Die Auseinandersetzung im Bundestag ist nicht überflüssig.⁸⁸ Ich hoffe, daß sie sehr klar der deutschen Bevölkerung gezeigt wird, damit der Aufweichungsprozeß, der leider Gottes bei Intellektuellen und bei Politikern, auch bei uns, eingesetzt hat, endlich einmal gestoppt wird! (*Beifall.*) Herr Mende drückte sich noch schlimmer aus.⁸⁹ Das Ganze stimmt mich doch außerordentlich ernst; denn wenn die SPD und die FDP, die doch immerhin einen erheblichen Teil des Bundestages ausmachen, so offen und so ungeschminkt für Sowjetrußland eintreten, wird das draußen eine sehr ernste Wirkung ausüben.

Der Vorsitzende des amerikanischen Repräsentantenhauses⁹⁰ hat vor kurzem gesagt, unter den Partnern Amerikas seien einige, die sich eine Tür offenließen, um im Ernstfalle sofort zu entweichen. Sie würden das so schnell tun, daß sie sogar den Türrahmen mitnähmen. Wenn wir nicht eine entschiedene und klare Sprache führen – die auch die Engländer und die Franzosen dazu bringt –, dann kann leicht die Entwicklung in Amerika kommen, von der ich eben gesprochen habe.

Wie verboht aber die Sozialdemokraten sind, das können Sie aus einer Rede entnehmen, die Carlo Schmid vor dem Europarat am 15. Januar in Straßburg gehalten

86 Rundfunkansprache vom 15. Januar 1958 in BULLETIN vom 17. Januar 1958 sowie Reaktion von G. Markscheffel: Signal zur Fortsetzung des Rüstungswettlaufs, in: SPD-Pressedienst (P/XIII/13) vom 16. Januar 1958.

87 Rede Adenauers anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Löwen am 10. Januar 1958. Abdruck in BULLETIN vom 16. Januar 1958 S. 77.

88 Am 23. Januar 1958. – Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 297–419. Vgl. auch AdG 1958 S. 6859–6864.

89 Mende und Haußmann auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1958 in Stuttgart. Artikel in „Die Welt“ vom 7. Januar 1958: „Mende sieht neue Aussichten“; „Kölnische Rundschau“ vom 7. Januar 1958: „Dreikönigstreffen der FDP zur Wiedervereinigung“; vgl. Anm. 22.

90 Samuel Taliaferro Rayburn (1882–1961), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1940–1961 Vorsitzender des Repräsentantenhauses.

hat.⁹¹ Was er da gesagt hat, das schlägt all dem, was die Sozialdemokraten bisher erklärt haben, geradezu ins Gesicht. Er sagte so:

„Wir sollten nicht resignieren. Wir sollten uns auch keiner Euphorie ergeben. Beides ist der Tod einer jeden Politik. Wir sollten uns aber klarmachen, daß wir auch kleine Fortschritte nicht verachten dürfen und daß wir stufenweise vorgehen müssen, wenn wir überhaupt etwas erreichen wollen. Sicher werden dann gewisse, uns besonders bedrängende Probleme für einige Zeit vorerst aufgeschoben werden müssen.“

Das ist die Wiedervereinigung! Das haben dpa, „United Press“ und „Associated Press“ in einem Telegramm ausdrücklich gesagt, daß er damit offenbar die Wiedervereinigung gemeint habe. Er fährt fort:

„Wir werden uns dann in unseren Ländern und gleicherweise von Land zu Land verhalten müssen, daß die Voraussetzungen für die Lösung dieser Probleme vom Zeitablauf nicht erschwert oder ausgelöscht werden.“

Mit anderen Worten, er befürchtet selbst, daß dann der Status quo endgültig sein wird. Wie er sich das denkt, „wir müssen uns so verhalten, daß das nicht eintritt“, das ist sein Geheimnis, das er uns nicht verrät. Aber daß bei der Sozialdemokratie ein Mann wie Carlo Schmid bereit ist, die Frage der Wiedervereinigung bis auf weiteres auf Eis zu legen, d.h. für unabsehbare Zeit, das ist mir völlig unverständlich. Darüber bin ich im tiefsten Innern so empört. Wir werden das auch den Sozialdemokraten sagen.

Die Situation in der Außenpolitik ist sehr ernst. Ich glaube nicht – das möchte ich nochmals betonen – an einen heißen Krieg, noch nicht. Wenn die Amerikaner weiter diese Anstrengungen machen, die sie jetzt zu machen scheinen, auch in der Vereinheitlichung ihrer Führung, wo sich Mängel gezeigt haben, dann wird es überhaupt nicht dazu kommen, weil die Russen dann, wenn sie irgendwo etwas unternehmen, gewärtig sein müssen, daß sie von der Macht der Vereinigten Staaten zu Boden geschlagen werden.

Aber wenn wir weich werden, wenn wir nicht ganz klar unseren Standpunkt vertreten, dann geht der Aufweichungsprozeß in den europäischen Ländern weiter. Dann sehen die Russen die von ihnen so sehnlichst herbeigewünschten Risse und Spalten in der NATO. Dann stärken wir ihre Überzeugung, daß es ihnen eines Tages doch gelingen wird, die freie Welt zu erledigen und dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen.

Die nächsten Wochen und Monate werden entscheidend sein für die Klarheit, die wir schaffen müssen. Ich denke, wir sind uns alle darüber klar, daß die einzige Rettung für Deutschland darin besteht, daß wir energisch und hart und fest bleiben, oder wir müssen uns damit zufriedengeben, daß wir eben unterjocht werden wie die Polen, die Tschechen und unsere Menschen in der Sowjetzone, wo eine totale Kirchenverfolgung eingesetzt hat.

⁹¹ Rede in ACDP I-148-170/01.

Dazwischen haben wir zu wählen. Die Sozialdemokratie und die Freien Demokraten haben gewählt, wie es scheint. An uns als der führenden Partei im Bundestag liegt es nun, der ganzen Welt zu zeigen, welchen Weg wir gehen. (*Starker Beifall.*) Darf ich um Wortmeldungen bitten! Niemand? Darf ich dann annehmen, daß Sie den Schlußfolgerungen, die ich gezogen habe, zustimmen?

Gerstenmaier: Ich möchte etwas dazu sagen! Ich möchte nicht den Eindruck hervorrufen, als ob ich mit der Methode einverstanden sei. Ich darf zunächst zu meiner Gewissensentlastung sagen, daß es mir nicht gefällt, wenn die Frage reduziert wird auf das Problem, ob wir weich werden oder daß wir weich werden. (*Zuruf: Wieso?*) Ich frage ausdrücklich, ob in diese Frage auch einbezogen werden soll jede Erwägung eines neuen taktischen oder methodischen Verhaltens. Ich glaube nicht, daß in diesem Kreis die Grundbeurteilung der Situation kontrovers ist. Ich glaube nicht, daß kontrovers ist die Zielsetzung. Ich könnte mir aber denken, daß es Meinungsverschiedenheiten gibt hinsichtlich methodischer oder taktischer Überlegungen.

Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich Ihren Darlegungen zustimme hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Beurteilung der Lage und ihrer Zielvorstellungen, daß ich mir aber vorbehalte, genauer zu reden hinsichtlich methodischer und taktischer Überlegungen, die in dieser Situation, die ich meine, angeschnitten werden sollen.

Adenauer: Herr Kollege Gerstenmaier hat eine ähnliche Rede in Bremen gehalten⁹², wo er auch davon gesprochen hat, daß unsere Politik gegenüber dem Osten beweglicher, aufgeschlossener usw. sein müsse. Ich möchte zunächst hier feststellen, daß unsere Verhandlungen in Moskau über den Abschluß von Handelsbeziehungen und über die Repatriierung, die seit Monaten im Gange sind, der beste Beweis dafür sind, daß wir durchaus bereit sind, mit Sowjetrußland auf diplomatischem Wege über Dinge, die für uns erträglich sind, zu verhandeln. Aber ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mal ein Wort über die methodischen Forderungen, die Sie stellen, und zwar nach den Briefen Bulganins, hier sagen würden. Erst dann kann man darauf eingehen.

Gerstenmaier: Sie haben auf eine Rede hingewiesen, die ich in Bremen gehalten habe. Das ist richtig. Ich habe in Bremen nicht das Verhalten des Bundeskanzlers oder der Bundesregierung in irgendeiner Weise kritisiert, sondern ich habe das Verhalten unterstrichen, indem ich auf die Formulierungen verwiesen habe, die Sie in Paris⁹³ gefunden haben und die mir außerordentlich glücklich zu sein scheinen. Ich möchte mich, jedenfalls was meine Person anbelangt, ausdrücklich für die Formulierungen bedanken, die Sie in Paris geprägt haben.

⁹² Am 11. Januar 1958 auf der Jahrestagung der „Eiswette“ in Bremen (Materialien in ACDP I-210-071/1).

⁹³ Während der Tagung des Nordatlantikrates in Paris (vgl. Anm. 68). Ansprache Adenauers in AdG 1957 S. 6801f.

Auf diesen Formulierungen weitergehend, komme ich zu meinen methodischen Überlegungen. Sie können sagen, daß Sie mir das nicht zugestehen; denn nach dem Grundgesetz ist es der Bundeskanzler, der die Richtlinien der Politik einschließlich der dazugehörigen Methoden bestimmt. Das akzeptiere ich ohne weiteres und verfechte es auch im Bundestag. (*Adenauer*: Wir sind hier im Parteivorstand!) Eben! Ich hätte es heute in der vorgedrängten Zeit nicht in den Mund genommen, wenn Sie nicht ausdrücklich gefragt hätten, ob wir alle damit einverstanden sind. Ich möchte mir nicht sagen lassen, daß ich mich zum Fürsprecher einer weichen Politik mache, weil ich in der Methode eine andere Meinung habe. Ich glaube, daß ich das nicht zu tun brauche! Es gibt Bewährungsproben in der Politik und in der Geschichte, die man durchstehen muß. Ich bin im Augenblick nicht ganz sicher, ob es auf der Linie Ihrer Pariser Ausführungen liegt, wenn ich in eine materielle Stellungnahme eintrete, so wie Sie es in dieser Rundfunkrede getan haben. Ich sage ausdrücklich, daß ich in dieser Rundfunkrede nichts finde, mit dem ich materiell nicht einverstanden wäre; trotzdem ist für mich die Frage offen, ob das richtig war in einem Augenblick, in dem wir ernst den Versuch machen, die Russen von ihrer Allerweltsideologie herunterzubringen und an den Verhandlungstisch zu bringen, wo sie gezwungen werden sollen, ihre Friedensoffensive und Friedensliebe einmal unter Beweis zu stellen.

Ich habe in Bremen gesagt, ich könnte, wenn ich gefragt würde, was ich meiner Regierung empfehlen könne, mit den Worten des Expräsidenten Truman⁹⁴, die er am 7. Januar in der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlicht hat, antworten und sagen: Man sollte sich jedenfalls darum bemühen, den Russen jede Gelegenheit zu bieten, ihre Friedensdokumentation einmal konkret unter Beweis zu stellen. Das geschieht nicht, wenn man sie Propagandaaktionen machen läßt, sondern indem man sie an den Verhandlungstisch zwingt. (*Adenauer*: Wie denn? – *Zuruf*: Dann zwingen Sie mal!) Ich kann nur sagen, meine Herren, wie Truman gesagt hat, auf politisch-diplomatischem Weg. Ich habe nichts anderes gesagt. Und wenn man das will, dann frage ich mich, ob man in dem gleichen Augenblick in die materielle öffentliche Diskussion auch von unserer Seite aus eintreten soll. Ich habe im Ältestenrat des Bundestages gesagt, ich habe nichts dagegen, daß die Fraktionen das tun und ihren Standpunkt klarmachen. Ich hätte es aber für glücklicher gehalten, wenn die Bundesregierung in diesem Augenblick gesagt hätte: Wir machen energische Bemühungen, eine entsprechende Prozedur durchzusetzen, die der sowjetischen gerade entgegengesetzt ist, und im Interesse dieser Durchsetzungsbemühungen nehmen wir einstweilen keine Stellung zum Materiellen. Ich glaube nicht, daß daraus ein Vorwurf gemacht werden könnte, die Bundesregierung habe damit einem Aufweichungsprozeß Vorschub geleistet.

⁹⁴ Harry Spencer Truman (1884–1972), 1944–1945 Vizepräsident und 1945–1952 Präsident der USA (Memoiren. 2 Bde. Stuttgart 1955/56). – Artikel in NZZ vom 7. Januar 1958: „Was jetzt zu tun ist“.

Von Brentano: Erlauben Sie mir, zu dieser Aussprache ein paar Bemerkungen zu machen. Was der Bundeskanzler in der NATO-Sitzung in Paris gesagt hat, stimmt genau mit dem überein, was er heute hier sagt! Darin besteht kein Unterschied. Aber es wäre nötig, die gefährlichen Versuche zu stoppen, aus der wertvollen und von der ganzen NATO-Gemeinschaft begrüßten Initiative des Bundeskanzlers nun ein Verlassen des bisherigen Kurses herauszuinterpretieren!

Wir haben es doch erlebt, mit welcher Lust ein großer Teil unserer Zeitungen und Journalisten – die nicht hinter dem Bundeskanzler stehen – versucht haben, einen Keil hier zu treiben, indem sie sagten: Der Bundeskanzler ist der erste kluge Mann in diesem ganzen NATO-Kreis; denn er hat eine neue Linie gezeigt. Und diese Linie setzt uns zum mindesten in einen Gegensatz zu unseren Bündnispartnern. Wenn wir also nicht darauf antworten, dann gilt der Satz „Qui tacet consentire videtur“, wer schweigt, scheint zuzustimmen. Dann wird nämlich das, was unwidersprochen bleibt, wiederholt, und das gilt dann als richtig!

Das ist auch der Grund, weswegen ich es begrüßt habe, einmal ein paar Worte am Radio zu sagen. Ich würde es auch begrüßen, wenn wir – da bin ich der gleichen Meinung wie der Herr Bundeskanzler und der Kollege Gerstenmaier – eine solche Diskussion nicht in der Öffentlichkeit zu führen brauchten. Die NATO-Staaten haben in einer außergewöhnlich sachlichen Weise an die Sowjetunion appelliert. Sie haben erklärt, sie seien bereit, zu dem von ihnen gemachten Vorschlag neue Vorschläge auszuarbeiten und auch neue Vorschläge entgegenzunehmen. Sie haben darüber ernsthaft diskutiert. Und was geschieht? Um diesen Weg zu sabotieren, werden 83 Briefe herausgeschickt. Der Brief an uns enthält 44 Seiten; ein Brief, den nicht alle lesen, über den aber alle sprechen.

Und dann lasen wir in der Zeitung: Herr Mende hat es sich nicht nehmen lassen, am Tage, an dem der Brief übergeben wurde – der nur in Russisch bei mir vorlag –, zu sagen, daß er wertvolle Anregungen enthalte. Dabei konnte er ihn nicht einmal lesen! Es ist also einfach notwendig, in dieser Unklarheit und Ungewißheit etwas zu sagen. Ich möchte ganz offen feststellen: Wir haben in den letzten Monaten und Wochen vielleicht etwas zu wenig getan, und wir haben an Glaubwürdigkeit verloren. Es ist mir in meinem eigenen Kreis in Hessen gesagt worden: Ihr habt die Wahl gewonnen, aber seit der Zeit schweigt ihr. Ihr handelt nicht! Ihr gebt keine Erklärungen ab! Ihr nehmt keine Stellungnahme! Habt ihr eigentlich den Mut verloren, und seid ihr nicht mehr bereit, die Verantwortung zu tragen? Ich bekomme von Menschen, die ich ernst nehme, Briefe folgenden Inhalts: Es wird notwendig sein, am 23. und 24. Januar, ohne die Sprache zu verschärfen, den deutschen Standpunkt ganz klar herauszuarbeiten und in diese Verwirrung hineinzustoßen!⁹⁵

95 Vgl. Anm. 88.

Ich darf noch ein Wort sagen! Was haben diese Kennan-Vorträge⁹⁶ für ein Unheil angerichtet. Wenn Sie die Menschen fragen, die darüber sprechen, ob sie die Reden gelesen haben, dann schauen sie etwas erstaunt und sagen: nein, nicht ganz. Erlauben Sie mir zu sagen, wenn ein Deutscher heute aufstünde und würde dem deutschen Volk – wie das Kennan in seinen vier Vorträgen getan hat – über die bolschewistische Ideologie predigen, dann würde er von allen Deutschen ausgelacht. Wenn aber ein amerikanischer Nonkonformist von solchen Ideen spricht, dann schweigt man, weil sich das Ganze gegen die Politik der Bundesregierung richtet. Deswegen können wir nicht schweigen.

Wir würden es alle begrüßen, wenn wir dahin kämen, daß die Sowjetunion diese Briefe einstellen und auf den Appell, den alle an sie gerichtet haben – auch Eisenhower in seinem Brief, der doch nicht einen Mangel an Verständigungsbereitschaft zeigt – sagen würde, wie sie nun wirklich prozedieren will. Wir haben Alternativvorschläge gemacht und erklärt, wir nehmen neue Vorschläge entgegen. Und was geschieht? Die 22 Vorschläge, die dem letzten Brief vom 8. Januar beigelegt waren, sind nichts anderes als eine monotone Wiederholung alter Vorschläge und eine monotone Wiederholung des Standpunktes der Sowjetunion, daß sie in der Tat nicht bereit ist zu irgendeinem ernsthaften Gespräch.

Man kann ein ernsthaftes Gespräch nicht einleiten, indem man die bezogene Position und die errungene Kondition als eine Ausgangsbasis bezeichnet, von der man aus zu verhandeln bereit ist. Man sieht es am besten bei der Formulierung zur Deutschlandfrage. Deswegen ist es nötig – wir leben in einer Massendemokratie –, die Menschen in unserem Lande anzusprechen und sie aus ihren Zweifeln zu lösen. Es waren in der Tat Zweifel darüber aufgekommen, ob die CDU überhaupt noch bereit sei, ihre Politik fortzusetzen. Ich bin davon überzeugt: Die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion steigt nicht, sondern sie sinkt mit jeder Konzession, die wir machen.

Man hat uns den Vorwurf gemacht, eine Politik der Vorleistung getrieben zu haben. Was wir an Vorleistung nach dem Westen gemacht haben, das haben wir getan an einen Partner, der die gleiche Sprache spricht, der in den gleichen Gedanken denkt und in den gleichen Vorstellungen lebt. Eine Politik der Vorleistung an die Sowjetunion wäre der Untergang Deutschlands! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das gilt auch

⁹⁶ George Frost Kennan (geb. 1904), amerikanischer Politiker und Historiker; 1947–1949 Chef eines außenpolitischen Planungsstabes, 1949–1950 Leiter der Planungsabteilung im amerikanischen Außenministerium, 1950 politischer Berater der Regierung in Ostfragen, 1952 Botschafter in Moskau, 1961–1963 in Belgrad. – Kennan hatte im November und Dezember 1957 eine umstrittene Vortragsreihe (The Reith Lectures) zur Ost- und Sicherheitspolitik im britischen Rundfunk gehalten. Abdruck in: George F. KENNAN: Rußland, der Westen und die Atomwaffe (The Reith Lectures). Frankfurt/M. 1958.

für solche Vorstellungen wie dem Rapacki-Plan.⁹⁷ Ich habe darüber nachgedacht, was es bedeuten würde, wenn man diesen Plan verwirklichen wollte. Dann wäre die Verhandlungsgrundlage völlig anders; dann wäre die Position des westlichen Verhandlungspartners um so viel schwächer, als die Sowjetunion keinen Grund mehr hätte, eine echte politische Konzession zu machen, denn sie hätte das, was sie zu 100 % erreichen will, schon zu 50 % im Wege der unwiderruflichen Vorleistung erhalten.

Deswegen können wir dieser öffentlichen Diskussion nicht aus dem Wege gehen; im Gegenteil, wir müssen sie führen, um unsere Glaubwürdigkeit bei uns und in anderen Ländern zu behalten. Vergessen wir nicht, was es bedeutet, wenn Zweifel im Ausland entstehen. Wissen wir nicht, daß wir immer noch in der Gefahr leben, daß man über ein Deutschland, an dessen Zuverlässigkeit man zweifelt, dann verhandelt ohne dieses Deutschland? Es ist für die anderen unbequem und eine ständig neue Zumutung, daß sie in allen politischen Entscheidungen die Deutschlandfrage in den Vordergrund stellen und ihre eigene politische Entscheidungsfreiheit dadurch beschneiden lassen.

Wir haben erlebt, mit welcher Selbstverständlichkeit und bedingungslosen Loyalität man in Paris wieder auf diese Frage eingegangen ist. In der Schlußsitzung, als das fertige Communiqué schon vorlag, hat es nur einer Andeutung von mir bedurft, um den französischen Ministerpräsidenten und den französischen Außenminister zu veranlassen, daß in dieses Schlußcommuniqué die ausdrückliche Bestätigung der Sicherheitsgarantie für Berlin aus dem Jahre 1954⁹⁸ einmütig aufgenommen wurde. Gerade in dieser Situation, wo wir alle in Sorge sind, ob sich nicht um Berlin gewisse Schwierigkeiten zusammenziehen, ist das von unschätzbarem Wert.

Diese Bereitschaft, Zustimmung und Unterstützung der anderen zu erhalten, das hängt in der Tat davon ab, daß wir voll und ganz glaubwürdig bleiben. Deshalb müssen wir diese öffentliche Diskussion führen; selbst auf die Gefahr hin – das leugne ich gar nicht –, daß sie nicht dazu beiträgt, die Voraussetzungen einer Entspannung zu schaffen. Aber wir müssen sie führen, solange sie uns von den anderen in dieser Weise aufgezwungen wird. (*Lebhafter Beifall.*)

Osterloh: Ich darf folgendes erwähnen: Abiturienten aus der Sowjetzone, die die Rede des Bundeskanzlers gehört haben, haben ihr unbeschränkt zugestimmt. Nun halte ich es für unfruchtbar, wenn man hier davon ausgeht, als ob zwischen Herrn

97 Am 2. Oktober 1957 in der 12. UN-Vollversammlung vorgelegt; sah ein Verbot der Herstellung und Stationierung von Atomwaffen und ihrer Träger in Polen, der ČSSR und in beiden Teilen Deutschlands vor. Druck: Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3 1957 S. 1681–1686. Vgl. dazu ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 361–365. – Adam Rapacki (1909–1970), polnischer Politiker; maßgeblich an der Vereinigung der polnischen sozialistischen Partei mit der kommunistischen Arbeiter-Partei 1948 beteiligt. 1948–1968 Mitglied des ZK, 1948–1954 und 1956–1968 Mitglied des Politbüros, 1956–1958 Außenminister.

98 Vgl. dazu die Passagen bzgl. Berlins in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 (Europa-Archiv 1954 S. 7172–7174) sowie in der Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 5. Oktober 1954 (BULLETIN vom 6. Oktober 1954 S. 1666).

Gerstenmaier, dem Außenminister und dem Bundeskanzler eine Uneinigkeit bestehe. Es besteht nur eine andere Nuance in der Beurteilung der Methode. Ich möchte ganz kurz von der staatspolitischen Seite her sagen, ich würde es begrüßen, wenn wir stärker als bisher uns gegen die Verdächtigung wehren könnten, als ob unsere Außenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Wiedervereinigung, insgesamt in Amerika gemacht würde. (*Unruhe und Widerspruch.*) Ich meine damit, daß wir der FDP den Wind aus den Segeln nehmen müssen, den sie immer dadurch bekommt, daß sie diesen Eindruck erweckt.

Was die Presse aus den Verhandlungen in Paris gemacht hat, stimmt nicht. Vor allem die „Welt“ hat einen falschen Eindruck erweckt. Sie hat geschrieben, Dulles sei eine Schlafmütze, aber der Kanzler beschreite einen neuen Weg.⁹⁹ Ich möchte fragen, ob nicht eine Absprache mit unseren Verbündeten möglich wäre, die uns erlaubt, ein wenig beweglicher zu erscheinen, als wir es – entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender – realpolitisch sein können. Ich würde es nicht für verboten halten, eine klare Linie in der Politik festzuhalten, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob wir nur hypothetische Vorschläge machten. Als sich Kollege Gerstenmaier meldete, war mein erster Eindruck, es müsse über diese Frage in einem kleineren Kreis gesprochen werden. (*Zuruf: Wieso?*) Man sollte die Methoden für die deutsche Außenpolitik nicht einfach gleichsetzen mit der Klarheit einer außenpolitischen Entscheidung.

Adenauer: Ich muß aufrichtig gestehen, ich bin etwas erstaunt. Zunächst wird unsere Außenpolitik nicht von Amerika gesteuert. (*Osterloh: Habe ich nicht gesagt!*) Sie haben aber gesagt, dieser Eindruck entstünde bei der FDP, insbesondere hinsichtlich der Wiedervereinigung. Wenn Sie, Herr Osterloh – das ist vielleicht in Ihren Augen etwas vermessen, was ich jetzt sage –, erklärten, die amerikanische Politik werde zum Teil von hier aus gesteuert, dann kämen Sie der Sache näher! (*Osterloh: Ist durchaus mein Eindruck!*) Aber was fange ich damit an – das geht auch an den Kollegen Gerstenmaier –, wenn ich sage: eine andere Methode! Ja, was denn für eine Methode? Was wollen Sie denn? Sagen Sie es doch klar! Sie werden jetzt den Brief zu lesen bekommen, den Bulganin von mir bekommt; ein sehr höflicher Brief¹⁰⁰, in dem allerdings seine Vorwürfe gegen uns zurückgewiesen werden. Wenn er sagt, Ihr seid aggressiv, sollen wir das denn ruhig einstecken? Wenn wir nicht darauf antworten, dann heißt es, Ihr habt geschwiegen.

Das eine möchte ich Ihnen sagen, meine Herren, ich habe doch mit den Russen verhandelt. Mit denen können Sie viel deutlicher sprechen, wenn Sie so tun, daß etwas absolut klar und sicher ist. Ich habe im Radio gesprochen auf Wunsch meiner Freunde, weil tatsächlich auch innerhalb unserer Partei keine Klarheit mehr war und die Leute

⁹⁹ Vgl. die kontinuierliche Berichterstattung der „Welt“ über die Tagung des Nordatlantikrates vom 16. bis 21. Dezember 1957, insbes. „Die Welt“ vom 17., 19. und 20. Dezember 1957.

¹⁰⁰ Adenauer an Bulganin, 20. Januar 1958. Druck in AdG 1958 S. 6854–6856, BULLETIN vom 22. Januar 1958 S. 113–115 und MOSKAU BONN S. 327–332.

gar nicht wußten, was überhaupt los ist. Die „Welt“ – der Verlag Springer¹⁰¹ – hatte vier Berichterstatter in Paris. Einen Bericht hat die „Welt“ abgedruckt. Und dann hat sie keinen mehr von ihren Leuten abgedruckt, sondern die Berichte sind in Hamburg gemacht worden. Das haben diese Berichterstatter in Paris erklärt. So sind diese unwahren Berichte entstanden. Und warum haben sie so unwahr berichtet? Um mich auf eine Linie zu bringen, die jetzt die Herren Springer und Zehrer¹⁰² nach Moskau gebracht hat. Das ist nicht meine Linie.

Ich bin der Auffassung, wir müssen auch in der Politik dem deutschen Volke klar das sagen, was wir denken und was wir wollen! Ich will nicht das Vertrauen des deutschen Volkes dadurch verlieren, daß ich vor der Wahl so und nach der Wahl anders spreche. Ich denke gar nicht daran! Da mögen einige Intellektuelle Leibschmerzen bekommen. Die gehen vorüber. Das ist mir völlig gleichgültig. (*Gerstenmaier*: Ich lasse mich ausdrücklich ausnehmen dabei! – *Unruhe*. – *Zuruf*: Methoden und Philosophie!) Ich habe nicht gefragt, ob er intellektuell ist, sondern ob er Leibschmerzen hat. (*Heiterkeit*. – *Unruhe*.) Aber nehmen Sie es mir nicht für übel. Bitte fassen Sie es doch einmal konkret, was Sie sagen wollen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Sind Sie damit einverstanden, Herr Osterloh, was ich am Radio gesagt habe? (*Osterloh*: Ja! – *Gerstenmaier*: Herr Osterloh ist mit mir der Meinung, daß wir nichts dagegen haben, was Sie gesagt haben!) Dann frage ich Sie, was sollen wir denn für Methoden einschlagen? Ich weiß es nicht! Ich werde Ihnen eine Abschrift der Rundfunkrede dedizieren. (*Gerstenmaier*: Ich habe es gehört!) Ich will Ihnen den Schluß vorlesen, vielleicht haben Sie vorzeitig abgebrochen. (*Heiterkeit*.) Ich habe folgendes gesagt:

„Wenn wir unsere Geduld und unsere Nervenkraft behalten, wenn wir auf unseren Selbstschutz auch in Zukunft bedacht sind, wenn wir entschieden und entschlossen den Weg zur allgemeinen kontrollierten Abrüstung, und zwar sowohl auf dem Gebiete der konventionellen wie der nuklearen Waffen, verfolgen, dann wird auch Sowjetrußland eines Tages erkennen, daß von keiner Seite ihm ein Angriff droht und daß das Geschick des russischen Volkes untrennbar verbunden ist mit dem Geschick der anderen Völker auf der Erde. Je klarer und je eindeutiger diese unsere Politik die Politik der freien Völker des Westens ist, desto eher wird auch in Sowjetrußland die Erkenntnis sich Bahn brechen, daß Entspannung und Friede auch das Ziel der sowjetrussischen Politik sein müssen.“

Ich weiß nicht, ich finde es schön! (*Heiterkeit*.) Aber, meine Herren, so können wir nicht auseinandergehen.

101 Axel Cäsar Springer (1912–1985), nach kaufmännischer Ausbildung Journalist, seit 1946 Aufbau eines Pressekonzerns.

102 Hans Zehrer (1899–1966), 1923–1931 Redakteur bei der „Vossischen Zeitung“, 1929–1933 Herausgeber der Monatsschrift „Die Tat“, 1932/33 Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, 1948–1953 Chefredakteur des „Sonntagsblattes“, 1953–1966 der „Welt“. – Zum Besuch in Moskau vgl. Anm. 35.

Seffrin: Ich hätte eine Frage: Ist beabsichtigt, nach Schluß dieser Sitzung des Bundesvorstandes und des Parteausschusses der Presse etwas zu geben? (*Adenauer:* Das müssen wir sogar!) Was mich bedrückt, ist folgendes. Ich habe mich in der vorigen Woche an vier Abenden mit dem Thema „Aktive Ostpolitik“ herumschlagen müssen. Mir ist immer wieder aufgefallen, daß ich den Eindruck bekam: Draußen herrscht die Meinung, die Sowjets schreiben Briefe, offerieren Verhandlungen, und ihr geht nicht darauf ein. Es war außerordentlich schwer, den Leuten klarzumachen, daß Briefeschreiben noch lange kein vernünftiges Verhandlungsangebot ist.

Das zweite, das von den Herren Dr. Meyers und Dr. von Brentano angesprochen worden ist, ist folgendes: Ihr Leute von der CDU und ihr von der Bundesregierung schweigt. Deshalb ist es doch außerordentlich zu begrüßen, sowohl innenpolitisch wie auch außenpolitisch, daß der Herr Bundeskanzler diese Dinge gesagt hat. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand immer wieder der Rapacki-Plan. Die Leute sagen, wenn da drüben nichts ist, kann auch nichts passieren.

Ein weiterer Gedanke wurde zum Ausdruck gebracht: Wenn die Situation so ist, daß die Sowjetunion sowohl hinsichtlich der konventionellen wie auch der nuklearen Waffen die stärkste Mächtegruppe ist, ist es dann noch überhaupt richtig, sich an die Seite der Schwächeren zu halten? Ist es dann nicht richtig ... (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.*) Meine Herren! Ich will Ihnen doch nur einen Erlebnisbericht über das geben, was die Leute draußen sagen. Sie sagen: Ist es dann nicht richtiger, irgendeine Politik der Neutralität zu vertreten. Ist das nicht richtiger als das, was wir bisher tun? (*Anhaltende Unruhe.*) Ich möchte nun vorschlagen, wenn eine Mitteilung an die Presse gegeben wird, auch dazu ein Wort zu sagen.

Adenauer: Das ist der Aufweichungsprozeß, der sich in Hamburg gezeigt hat. (*Seffrin:* Das war keine Parteiversammlung!) Das sage ich auch nicht.

Gerstenmaier: Ich warne davor, dieses Wort vom Aufweichungsprozeß der Intellektuellen zu gebrauchen. Es gibt in der übrigen Welt Symptome, die genauso bezeichnet werden, die eine Art Defätismus verraten, der für uns Deutsche lebensgefährlich ist. Ich warne davor, hier in diesem Kreise mit diesem Wort zu operieren, weil es dazu angetan ist, jede denkerische Bemühung von vornherein zu verdächtigen, die allein darauf hinausgeht, wie könnte man mit den Russen mit friedlichen Mitteln dahin kommen, daß sie endlich aufhören, in dieser aggressiven Art mit ihren Superioritätskomplexen die Welt zu drangsaliieren, wie sie das in den letzten Jahren getan haben. Eine Überlegung, die auf diesem Wege Fortschritte bringen kann, darf unter keinen Umständen in unserem Kreise von vornherein verdächtigt werden.

Es nützt uns nichts, wenn wir vor dem Aufweichungsprozeß warnen und dann Beifall gespendet wird. Im allgemeinen muß man dafür dankbar sein, daß die Leute ein Gefühl dafür haben, daß Aufweichung gefährlich ist. Wir müssen in diesem Kreise ein Bewußtsein haben, daß es nicht damit getan ist, daß die Leute zustimmen, wenn wir vor einer Aufweichung warnen. (*Zuruf:* Unklar! – *Unruhe.*) Meine Herren! Das Problem ist damit nicht ausgeschaltet, daß Sie sagen, wir haben es noch nicht. Es muß ein Grund mehr sein, nun zu versuchen, weil es eben so schwer ist. (*Anhaltende*

Unruhe. – Zurufe: Nicht klar!) Ich bin für die denkerische Bemühung, wirksamere Methoden zu finden und sie in diesem Weltringen durchzusetzen. Dafür rede und dafür stehe ich. Freund Osterloh hat den Finger auf einen Punkt gelegt, der mich andauernd beschäftigt, daß wir nämlich nicht nur in der Agitationsmethode des Kalten Krieges im Bewußtsein des deutschen Volkes leben. Das ist eine Sache, bei der ich mich nicht darüber auseinandersetze, ob ein solcher Vorwurf oder eine solche Unterstellung an unsere Adresse irgendwie berechtigt ist; das akzeptiere ich nicht. Aber es ist eine Aufforderung an uns, auch nur den Eindruck zu vermeiden.

Ich bedaure es als ein evangelisches Mitglied unserer Partei, nicht einfach dort den Punkt machen zu können, wo z.B. die ehrenwerten Herren mit ihrer Fuldaer Erklärung¹⁰³ den Punkt gemacht haben. Ich könnte alles sagen, was die Leute von Fulda gesagt haben, aber damit ist es leider noch nicht aus. Ich muß über diesen Schlußpunkt hinaus für meine unscheinbare Person weiterdenken und meine, die ganzen Mitglieder unserer Partei, die hier versammelt sind, sollten davon erfaßt werden.

Adenauer: Herr Kollege Gerstenmaier macht denselben Fehler, den auch andere machen, indem er die ganze Welt von seiner Situation aus betrachtet, von dem aus, was wir Deutsche tun. (*Gerstenmaier:* Tue ich gar nicht!) Aber was wollen Sie denn mit Ihren anderen Methoden, die wir einschlagen sollen? Und warum sagt Herr Osterloh, wir dürften nicht den Anschein erwecken, als ob wir im Gefolge der Amerikaner unsere Politik machten? Ich habe doch gesagt: Wir müssen kraftvoll und einig und geschlossen sein. Wir müssen versuchen, zu verhandeln. (*Gerstenmaier:* Und wir müssen aktiv sein!) Das habe ich doch gesagt! (*Gerstenmaier:* Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf!) Aber bitte, was wollen Sie denn für andere Methoden? Dann sagen Sie es doch!

Wir machen z.B. folgendes: Wir sind – gegen unsere deutschen Ratgeber in Moskau – dafür, daß Herr Lahr¹⁰⁴ jetzt schon sechs Monate in Moskau sitzt und verhandelt und verhandelt, damit dieser Draht nicht abreißt. Wir werden wahrscheinlich zu einem Abkommen gelangen, wonach wir den Russen für drei Milliarden Waren liefern. Im Höchstfalle können wir nur bis zu vier Milliarden liefern, weil sie uns Waren zurückliefern müssen. Sie können aber nicht mehr zurückliefern. Sie sehen, da tun wir doch etwas.

103 Gemeint ist das „Fuldaer Manifest“ vom 4. Dezember 1957. Warnung katholischer Persönlichkeiten vor Verträgen und Abmachungen mit der Sowjetunion. Vgl. „Die Welt“ vom 4. Januar 1958: „Auch Katholiken warnen Politiker“; ACDP I-070-025/4.

104 Rolf Lahr (1908–1985), Staatssekretär, Botschafter; 1934–1942 Reichswirtschaftsministerium, 1949–1953 Handelsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, 1953–1960 im AA (Referatsleiter Westeuropa, Handelspolitische Abteilung), Leiter der deutschen Delegation bei den deutsch-französischen Saarverhandlungen 1955 und den deutsch-sowjetischen Verhandlungen 1957–1958, 1960–1961 Botschafter bei der EG (Brüssel), 1961–1969 Staatssekretär im AA, 1969–1973 Botschafter in Rom, 1973–1974 Vertreter der Bundesrepublik bei der FAO (Rom). – Memoiren: Zeuge von Fall und Aufstieg – Private Briefe 1934–1974. Hamburg 1981.

Sehen Sie, Herr Gerstenmaier, wenn Politiker von Rang in Bremen sagen, wir müssen neue und flüssigere Methoden anwenden, ohne auch nur mit einem Wort zu substantiieren, was wir denn tun müssen ... (*Gerstenmaier*: Ich habe gesagt ...) Was haben Sie denn gesagt? Unterbrechen Sie mich ruhig; ich bin froh, wenn ich neue Gedanken bekomme. (*Gerstenmaier*: Ich bin bereit, meine Rede zu zitieren. Dann will ich genau darüber sprechen!) Ich habe dasselbe gesagt, was auch Truman erklärt hat. Ich kannte doch den Artikel. Ich habe am Radio gesagt – es steht auch in dem Brief: Wir sind für eine Konferenz nach entsprechender Vorbereitung. Was können wir denn noch mehr machen? (*Gerstenmaier*: Ich habe nichts anderes gesagt und mache Ihnen keinen Vorwurf!) Aber was wollen Sie denn? Also, meine Herren, es ist schon spät, und wir müssen etwas zu uns nehmen. Ich würde es aber tief bedauern, wenn wir mit einer solchen Differenz auseinandergehen. (*Gerstenmaier*: Es besteht keine Differenz, aber ich lasse mich unter keinen Umständen in die Defensive bringen. Ihre Offensive ist unberechtigt!) Bitte, dann wollen wir einmal genau rekonstruieren! Ich habe gesagt: Ich bitte Sie zu erklären, ob Sie damit einverstanden sind. Dann haben Sie sich nach einiger Zeit zum Wort gemeldet und gesagt: Ich möchte durch mein Schweigen nicht den Eindruck hervorrufen, als ob ich mit den Methoden, die die Bundesregierung anwendet, einverstanden wäre. (*Gerstenmaier*: Nein!) Das haben Sie gesagt! (*Zurufe*: Richtig! – *Gerstenmaier*: Nein, nicht so. – *Unruhe und Bewegung*.) Dann verstehe ich das Ganze nicht mehr. Ich habe Ihnen doch gegenübergesessen! Und jetzt diskutieren wir eine Stunde lang über die Methoden. Ich habe Sie gebeten, uns zu sagen, was für Methoden. Sind Sie denn mit den Methoden einverstanden? (*Gerstenmaier*: Hier steht, was ich gesagt habe! – *Anhaltende Unruhe*.) Ich meine, ob Sie mit den Methoden einverstanden sind? (*Gerstenmaier*: Ich möchte mir den Punkt, an den ich denke, nicht von Ihnen umbiegen lassen, ob ich einverstanden bin oder nicht. So kann man nicht diskutieren! – *Unruhe und Bewegung*.) Wie wollen Sie denn diskutieren? Ich habe gesagt, Sie hätten erklärt, Sie seien mit den Methoden nicht einverstanden. Das haben Sie bestritten! Jetzt frage ich Sie, sind Sie einverstanden, und dann sagen Sie, ich lasse mich nicht umbiegen!

Gerstenmaier: Ich habe gefragt, ob der Begriff der Aufweichung zum Inhalt haben soll, daß jede Überlegung taktischer und methodischer Art darunterfalle. Um das zu verhindern, habe ich mich zum Wort gemeldet. Ich habe erklärt, ich möchte mir vorbehalten, hinsichtlich der Methoden noch weitere Überlegungen anzustellen. Ich hätte auch schweigen können, habe aber aus Redlichkeit der Gesinnung und aus Loyalität darüber gesprochen, weil ich meine, daß es unsere Verpflichtung ist, Sie nicht allein zu lassen in dem schwierigen Prozeß der politischen Entwicklung. Es ist unsere Pflicht, dieser Entwicklung gedanklich nachzugehen und dabei Erwägungen anzustellen, die man vielleicht akzeptieren oder auch ablehnen kann.

Adenauer: Der Unterschied ist klar. Ich kenne ihn ganz genau. Herr Gerstenmaier ist der Auffassung, im Bundestag sollten die Parteien ruhig reden, aber die Regierung soll schweigen. (*Gerstenmaier*: Ja!) Die soll da schweigen! Deswegen haben Sie auch gesagt, Sie hätten es nicht für richtig gehalten, daß ich am Radio gesprochen

habe. (*Gerstenmaier*: In diesem Falle ja!) Das ist also ein sehr großer Gegensatz der Auffassungen. Sie würden damit befürworten, daß die Haltung der Regierung irgendwie nicht klar ist. Wenn wir bei einer Anfrage der SPD und der FDP an die Regierung schweigen und die anderen reden lassen, wie stehen wir denn da? Dann stehen wir da wie Esel und Narren! Das wäre das Schlimmste, was wir tun könnten, innenpolitisch und auch außenpolitisch!

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß ich für den Bundestag allerdings der Meinung bin, daß es falsch ist. Ich bin der Meinung, daß es im gegenwärtigen Augenblick der politischen Entwicklung darauf ankommt, die Russen aus der Position der billigen Friedensgeste und Friedenspropaganda herauszubringen, um sie an den Verhandlungstisch zu bekommen.

Ich habe kein Wort darüber gesagt, daß an diesem Verhandlungstisch nicht das gesagt werden soll, was wir gemeinsam für das notwendige Ziel unserer Politik halten. Im gegenwärtigen Augenblick ist nach meiner Überzeugung der Schwerpunkt darauf zu richten, die Russen überhaupt an den Verhandlungstisch zu bringen, wo sie beweisen müssen, ob sie bloß Redensarten für den Frieden machen oder ob sie etwas anderes im Sinne haben.

Man kann eine andere Meinung haben, aber man darf eine Überlegung dieser Art unter keinen Umständen von vornherein als ein Symptom eines Aufweichungsprozesses deuten. (*Adenauer*: Das habe ich gar nicht gesagt!) Sie haben mich unablässig angegriffen. Ich habe dann jeweils etwas zur Klarstellung gesagt. Ich bleibe nicht in der Defensive, sondern gehe lieber in die Offensive.

Adenauer: Das Gespräch ist ziemlich unfruchtbar geworden. Ich verstehe das nicht und muß dem folgen, was mein Gewissen mir vorschreibt. Und mein Gewissen sagt mir folgendes: Die Regierung gibt im Bundestag eine Regierungserklärung über die NATO-Verhandlungen. Die SPD hat eine Große Anfrage an uns gerichtet. Die FDP wird auch eine an uns richten.¹⁰⁵ Und dazu werden wir unsere Meinung sagen, und zwar klar und ungeschminkt. Wenn das Ganze im Nebel bleibt, dann begehen wir das Schlimmste, was wir tun können, einmal gegenüber der Bevölkerung, die dann sagt, die wissen nicht, was sie wollen, die sind knieweich geworden, und zweitens gegenüber dem gesamten Ausland.

Von Brentano: Ich glaube, daß im Grundsätzlichen die Meinungsverschiedenheiten nicht so groß sind; denn wir diskutieren nicht mehr über die Grundsätze unserer Politik. Wir diskutieren nur darüber – und darüber sind wir uns alle einig –, daß wir immer wieder von neuem überprüfen müssen, ob es andere Mittel und Wege gibt, um diese Grundsätze zu verwirklichen, und daß wir nicht daran festhalten, daß das, was gestern richtig, auch unbedingt morgen richtig sein muß.

¹⁰⁵ Antrag der SPD vom 5. Dezember 1957 sowie Große Anfrage der FDP vom 11. Dezember 1957. NATO-Tagung in Paris vom 16. bis 19. Dezember 1957 (AdG 1957 S. 6800).

Diese Elastizität hat der Herr Bundeskanzler in Paris am ersten Tag der NATO-Sitzung gezeigt. Darüber gibt es, wenn wir es richtig analysieren, keine Meinungsverschiedenheit.

Die zweite Frage möchte ich beantworten, da sie unmittelbar mich angeht. Ich möchte sagen, wenn wir nur eine außenpolitische Debatte hätten, in der ich eine Erklärung abgebe über das Geschehen oder über die Aufgaben und Ziele der deutschen Außenpolitik, dann könnte ich mir vorstellen, daß dann eine Diskussion folgt, die man anhört, aber die vielleicht keinen Anlaß mehr zum Eingreifen gibt. Aber ich bitte den Kollegen Gerstenmaier, daran zu denken, daß die SPD konkrete Anträge mit elf oder zwölf Punkten und die FDP eine Große Anfrage mit vier Punkten stellen. Die Anfragen besagen: Die Bundesregierung wird ersucht, dies und dies zu tun und dieses nicht zu tun. Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun hinsichtlich des Rapacki-Plans und der atomfreien Zone usw. Es ist undenkbar, daß nun diese Anträge vorgetragen und begründet werden, und die Bundesregierung sitzt da und schweigt. Ich muß doch antworten, und zwar schon deswegen, weil diese Anträge zur Abstimmung kommen. Ich muß als Bundesregierung sagen, was ich von den Anträgen halte, warum ich sie zum Teil für undurchführbar halte.

Es ist nicht unsere Schuld, daß diese nicht erfreulichen politischen Debatten immer wieder auf uns zukommen. Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, daß die SPD uns zwingt, in einem Stadium, in dem diese Dinge überhaupt erst diskutiert werden, bereits Vorentscheidungen zu treffen. Es gibt kein Parlament der Welt, in dem eine verantwortungsbewußte Opposition der Regierung abverlangt, zu einem Vorschlag des polnischen Außenministers ja zu sagen, ohne zu prüfen, welche Konsequenzen dieser Vorschlag hat; sie soll eine Entscheidung treffen über die Ausstattung der gemeinsamen Verteidigungsorganisation, ohne prüfen zu können, welche Auswirkungen das auf die Bündnispartner hat. Deswegen sind wir doch gezwungen zu reden. Weder die Fraktion noch die Öffentlichkeit würde es verstehen, wenn wir schwiegen. Man würde sagen, die Regierung weiß nicht, was sie will; sie hat ihren Kurs verloren oder gewechselt.

Ich bin entschlossen und bereit zu antworten. Meine Antwort wird sich richten nach der Art, wie die Anfrage lautet und wie sie begründet wird. Ich wäre glücklich, wenn uns die Opposition nicht in einer Weise, die mit der Verfassung nicht vereinbar ist, vor Fragen stellte, die wir in diesem Stadium eigentlich noch nicht beantworten dürfen; aber wenn die Fragen nun einmal gestellt werden, müssen wir sie beantworten.

Dichtel: Es ist die Frage behandelt worden, ob die SPD bei ihrer Aussprache mit den Kirchen eine ehrliche Absicht hätte oder nicht. Es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß sie die Absicht habe, eine große Verwirrung herbeizuführen. Die gleiche Parallele liegt auch in der Frage vor, die wir jetzt behandeln. Deshalb müssen wir in dieser Frage eine absolute Klarheit in jeder Form und in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich habe die Rede des Herrn Vorsitzenden am Sprechfunk und am Fernsehen erlebt. Ich habe aus verschiedenen Kreisen der

Bevölkerung gehört, daß sie überall mit großer Zufriedenheit aufgenommen worden ist. Wenn über die heutige Sitzung eine Presseerklärung gegeben werden soll, dann kann sich diese Erklärung keinesfalls auf die Schlußphase beziehen, die sich eben hier gezeigt hat. Ich habe Herrn Kollegen Gerstenmaier doch wohl so verstanden, daß wir uns im Ziel der Außenpolitik völlig einig sind. Ich würde sagen, die Vorstandssitzung müßte ihren Abschluß damit finden, daß zum Ausdruck kommt: Der Bundesvorstand billigt einmütig die Haltung des Bundeskanzlers. Dies muß in aller Deutlichkeit gesagt werden.

Die Frage, wie der eine oder andere Weg in diesem oder in jenem Fall – über den die Meinungen verschieden sind – gegangen werden soll, braucht heute gar nicht nun unter allen Umständen bis zum Letzten erörtert und ausgetragen zu werden. Wir sind aber unserem deutschen Volk über unsere Politik in dieser Lebensfrage absolute Klarheit schuldig.

Adenauer: Ich kann nur nochmals die Frage stellen, ob Sie bereit sind ... (*Dichtel:* Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, ich möchte folgenden Antrag stellen: Der Bundesvorstand billigt die Haltung des Bundeskanzlers in der Außenpolitik.) Sie stellen diesen Antrag! Dann lasse ich darüber abstimmen, und ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. Das ist die übergroße Mehrheit. Wer ist dagegen? Einer! (*Gerstenmaier:* Ich kann diesem Antrag nicht folgen!) Ich stelle fest, gegen eine Stimme ist der Antrag angenommen. Ich bedaure das sehr. Es wird schwerwiegende Folgen haben; denn das wird doch bekannt werden, daß Sie dagegen gestimmt haben.

Gerstenmaier: Ich lasse mich bei einer so entscheidenden Frage der Nation und bei einem solch redlichen Bemühen in denkerischer Hinsicht nicht mit solchen Pauschalen überfahren! Dagegen wehre ich mich! Ich habe damit in keiner Weise zu Ihren Ausführungen Stellung genommen!

Osterloh: Es ist gefragt worden, ob wir der materiellen Entscheidung in der Außenpolitik des Bundeskanzlers zustimmen. Darüber besteht also kein Zweifel. Sie haben ausdrücklich gesagt, daß Sie dazu Ihre uneingeschränkte Zustimmung geben, daß Sie die Linie des Bundeskanzlers bejahen. Darum kann ich es nicht verstehen, daß Sie jetzt dagegen gestimmt haben. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Bewegung.*)

Gerstenmaier: Was mich zum „Nein“ geführt hat, ist das, daß der Antrag so ganz allgemein formuliert war. Wenn ich zugestimmt hätte, dann hätte ich das reduzieren und revidieren müssen, worum ich mich während der ganzen Diskussion bemüht habe. (*Starker Widerspruch der Versammlung.* – *Zurufe:* Wieso? Nein! Irrtum! – *Lebhafte Unruhe.*)

Dichtel: Noch ein einziges Wort, meine Herren! Es stehen heute zwei Fragen hier zur Debatte, einmal die grundsätzliche Haltung des Bundeskanzlers. Diese Frage hat Kollege Gerstenmaier mit uns allen als richtig bejaht. Differenzen bestehen, verehrter Herr Vorsitzender, in der Frage des dabei einzuschlagenden Weges des Verfahrens. (*Gerstenmaier:* Noch nicht einmal! – *Zuruf:* Worin denn? – *Unruhe.*) Ich habe

beantragt, der Vorstand möge beschließen: „Der Bundesvorstand billigt die Haltung des Bundeskanzlers in der Außenpolitik.“ (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich darf um Ruhe bitten! Je mehr geredet wird, desto unklarer scheint mir die Sache zu werden. Ich möchte feststellen, daß Herr Gerstenmaier ausdrücklich erklärt hat, er hätte es nicht für richtig gefunden, daß ich diese Rede am Radio gehalten habe, (*Zuruf:* Er hat dem Inhalt zugestimmt!) daß ich sie am Radio gehalten habe! Er hat weiter gesagt, er sei der Auffassung, daß im Bundestag die Bundesregierung sich zurückhalte, aber die Parteien solle man reden lassen. Das sind doch schwerwiegende Gegensätze! (*Erneute Bewegung und Unruhe.* – *Zurufe:* Sehr richtig! – *Fay:* Jawohl! – *Cillien:* Das gehört nicht zum Inhalt der Außenpolitik. – *Zurufe:* Doch, aber sicher! – *Anhaltende, lebhaft Unruhe.*) Was heißt „zum Inhalt“? (*Zuruf:* Er hat doch zugestimmt Ihren Ausführungen. – *Zuruf:* Aber gegen den Antrag gestimmt. – *Unruhe.*) Ich soll wohl den Inhalt in meiner Brust verschließen!

Arnold: Wir können zu einer Einigung kommen. Es ist beantragt worden: „Der Bundesvorstand billigt die Außenpolitik des Bundeskanzlers.“ Darüber bestehen doch keine Differenzen! (*Adenauer:* Dazu gehören auch die Methoden!) Herr Gerstenmaier, Sie haben gesagt, es müsse erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob man in der Methode oder in dem Verfahren, je nach der Situation, neue Möglichkeiten finden könne, ohne daß einem der Vorwurf der Aufweichung gemacht werde. (*Gerstenmaier:* Ja! – *Zuruf:* Nachdenken, aber nicht darüber reden! – *Zurufe:* Im Grundsatz sind wir uns alle einig. – *Unruhe.*) Ich schlage nunmehr vor, zu beschließen: „Der Bundesvorstand billigt einmütig die Außenpolitik des Bundeskanzlers.“ (*Gerstenmaier:* Ich stelle ausdrücklich fest, daß hier kein Gegensatz besteht! – *Zurufe:* Na also! Warum nicht gleich so?)

Adenauer: Und ich erkläre ausdrücklich, Herr Gerstenmaier, daß ich selbstverständlich jeden Tag und jede Stunde darüber nachdenke, ob es nicht einen kleinen Weg gibt, um mit der Gesellschaft irgendwie zusammenzukommen.

Gerstenmaier: Ich habe um Gottes willen nicht in Frage gestellt, was Sie veranlassen könnte, mich zu attackieren, sondern ich habe gesagt, wir wollen keine Mißverständnisse entstehen lassen. Wir wollen das, was Sie als Aufweichungsgefahr darstellen, nicht ausdehnen auf die gedanklichen Bemühungen, bessere Methoden aufzuspüren, die uns zu dem von uns gemeinsam angestrebten Ziele führen.

Ich muß allerdings Wert darauf legen, daß diese Nuance nicht untergeht. Weshalb ich also dagegen gestimmt habe, ist also der Wunsch, diese Nuance nicht untergehen zu lassen. (*Zuruf:* Aha!) Wenn Sie diese Nuance mit einbeziehen in den Antrag, dann stimme ich zu. Wenn Sie sie ausschließen, kann ich nicht zustimmen.

Adenauer: Ich habe Ihnen eben schon etwas erklärt. Ich will es noch deutlicher sagen. Ich habe dem Herrn Lahr gesagt: Sie gehen nicht von Moskau weg, bis Sie hinausgeschmissen werden. Sie sehen also, daß ich die Finger dranhalte! (*Gerstenmaier:* Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf!) Es ist klar, daß wir uns nach den jeweiligen Möglichkeiten richten ... (*Dichtel:* Verzeihung, Herr Bundeskanzler, grundsätzlich sind wir doch alle einverstanden!)

Arnold: Meine Herren! Ich schlage nochmals vor: „Der Bundesvorstand billigt einmütig die Außenpolitik des Bundeskanzlers.“ (*Zuruf:* Es ist doch möglich, daß der eine seine eigenen Gedanken hat. – *Zuruf:* Wir müssen uns restlos einigen! – *Zuruf:* Haben wir doch! – *Unruhe.*)

Adenauer: Wir können uns vielleicht folgenden Zusatz in Gedanken machen: „Vorbehaltlich weiteren Nachdenkens!“ (*Große Heiterkeit.*)

Meyers: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Es ist kurz vor 15 Uhr. Um 16 Uhr kommt der Parteiausschuß zusammen. Wir werden also nach dem Essen hier nicht mehr zusammentreten können. Ich bitte Sie daher, die Behandlung der übrigen vom Herrn Bundeskanzler angeschnittenen Fragen dem geschäftsführenden Vorstand¹⁰⁶ zu übertragen, ebenso die Frage des Parteitages. Wir müssen hier endlich weiterkommen. (*Zustimmung.*)

BUNDESPARTEITAG 1958

Adenauer: Als Tagungsort für den diesjährigen Parteitag wird Wiesbaden vorgeschlagen, und zwar soll er im Herbst vor den dortigen Wahlen stattfinden. Sind sie damit einverstanden, daß der geschäftsführende Vorstand die Dinge weiterbehandelt? (*Zustimmung.*) Ich bitte noch, daß sich die Herren der Redaktionskommission zusammensetzen.

Damit darf ich unsere heutige Sitzung schließen und Ihnen nochmals für Ihr Erscheinen danken.

¹⁰⁶ Kiesinger, Meyers, Schröder.